

08./09.2017

**AKTUELL**

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Globalisierung & Eine Welt	10
Klima & Energie	11
Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz	15
Landwirtschaft & Gentechnik	17
Naturschutz & Biodiversität	18
Tierschutz & Ethik	21
Umweltpolitik & Umweltrecht	21
Verkehr & Tourismus	25
Wasser & Meere	26
Wirtschaft & Ressourcen	28

**VERBÄNDE**



Interview: Hermann Ott	37
DNR intern	38
Aus den Verbänden	38
Ehrenamt	38
Preise & Ausschreibungen	39

**SERVICE**

Termine	40
Impressum	40

**Stimmen zum Jubiläum**

„10 Jahre – weniger lesen – mehr wissen“ – Glückwunsch! Ich finde das für solche Fachinformationen ein sehr gutes Format, das auch durch das Internet nicht ersetzbar ist: so kompakt und gut handhabbar in Papierform, da ist man trotz allem schneller mit informiert, als durch x-mal Runklicken.“

Dr.-Ing. Christoph Hecker, Mainz

**SPEZIAL**

**Bundestagswahl 2017**

Seite 29 bis 36

**THEMEN DES MONATS**

Gentechnik

**Genbäume: Ökologische Katastrophe**

**Statt das Erbgut von Pflanzen müssen Menschen ihr Konsumverhalten ändern**

Seite 2

Zukunft der EU

**Kühne Vision für faires Europa**

**Damit die UN-Agenda 2030 kein Wunschtraum bleibt, muss die EU deren Ziele konsequent umsetzen**

Seite 4

Endlagersuche

**Das Nationale Begleitgremium**

**Transparenz und Partizipation sollen Suche nach Endlager für hoch radioaktiven Atommüll bestimmen**

Seite 6

Interview: Kai Niebert über die Rolle der Umweltpolitik

**„Es gibt nur eine Gerechtigkeit“**

**Gegen ein „Weiter so“ in Sachen Umwelt müssen die Verbände der Politik konkrete Vorschläge machen**

Seite 23

## Gentechnik

# Genbäume sind eine ökologische Katastrophe

Statt das Erbgut von Pflanzen zu verändern, müssen Menschen ihr Konsumverhalten ändern

**Weltweit lehnen Bürgerinnen und Bürger gentechnisch manipulierte Pflanzen ab. Jetzt läuft das Zulassungsverfahren für frostresistente Eukalypten aus den Genlabors des US-Unternehmens ArborGen. Damit steht die Ausweitung von Eukalyptusmonokulturen in Regionen bevor, die bisher als zu kalt galten. Für die Umwelt ist dies verheerend.**  
**■ VON MATHIAS RITTGEROTT, RETTET DEN REGENWALD**

Im Juni hat Portugal eine nie da gewesene Feuersbrunst erlebt. Mindestens 64 Menschen starben in den Flammen, zumeist in ihren Autos, mit denen sie sich auf der Landstraße N-236 in Sicherheit bringen wollten. Allein aus dem Dorf Vila Facaia verloren 30 Menschen ihr Leben. Feuerwehrleute kämpften bis zur Erschöpfung, aus den Nachbarländern flogen Löschflugzeuge an, doch die Retter waren letztlich machtlos. Eine ähnliche Katastrophe hatte sich kein halbes Jahr zuvor in Chile ereignet. 280.000 Hektar Land wurden dort verwüstet, 1500 Häuser zerstört.

Die Feuer waren menschengemacht! Was da brannte, waren keine natürlichen Wälder, sondern zum Großteil ausgedörrte Baumplantagen. Endlos scheinende Reihen aus Kiefern und vor allem Eukalypten. Seit Jahrzehnten ist bekannt, dass diese Bäume leicht in Brand geraten. Die Feuer brennen bei mehr als 600 Grad Celsius besonders heiß und lassen sogar die Aluminiumkarosserien von Autos schmelzen. Dürreperioden – die vom immensen Wasserverbrauch der Eukalypten bestärkt wurden – trugen zu den Tragödien bei.

Eukalyptusplantagen sind eine Katastrophe mit Zeitzünder – und nun droht die Ausbreitung von Plantagen in Regionen, die bislang zu kalt für die ursprünglich in Australien vorkommende Baumart waren. In den Genlabors der US-Firma ArborGen haben Wissenschaftler zwei gentechnisch veränderte Eukalyptusarten kreiert, denen selbst leichter Frost nichts anhaben kann. Dazu haben sie das Genom der Bäume manipuliert und Gene der Acker-Schmalwand (*Arabidopsis thaliana*), einer Blume, eingebaut.

Anders als bei vielen Gentechnikpflanzen zielen ArborGens Schöpfer bei den Eukalypten FTE 427 und FTE 435 nicht vorwiegend darauf ab, sie gegen Krankheiten und Schädlinge resistent zu machen oder die Ernteerträge zu steigern. Der Konzern will die Grenzen des Anbaus verschieben, über die Frostgrenze hinaus nach Norden, nach Süden und in die Berge. Gentechnisch veränderte Eukalypten könnten bald Landstriche überziehen, die bisher frei davon gewesen sind.

Die Kritiker der Gentechnik sind alarmiert. „Werden ArborGens frostresistente Eukalypten zugelassen, bedroht das nicht nur die Wälder in den USA, sondern weltweit“, warnt Anne Petermann von der Organisation Global Justice Ecology Project. Es wäre naiv anzunehmen, die Genmanipulatoren würden sich mit dem US-Markt begnügen, sagt sie. Der Konzern habe den Weltmarkt im Blick. Auch neuen Sorten Pappeln und Kiefern würde die Zulassung den Weg bereiten. Allein in den USA stellen Gentechnikfirmen auf Hunderten Feldern Versuche mit Dutzenden Baumarten an. ArborGen allein soll mehr als 250.000 Setzlinge zu Testzwecken gepflanzt haben.

Umweltschützer und Ökologen beobachten das mit Sorge. Denn die Liste der ökologischen Schäden, die Monokulturen von Eukalypten – ob gentechnisch verändert oder nicht – anrichten, ist lang. Sie stehen für eine industrielle, auf Agrochemikalien basierende Forstwirtschaft, die Boden, Luft und Wasser belastet, die Artenvielfalt verringert und Treibhausgase emittiert.

Während im Ursprungsland Australien Koalabären bevorzugt Eukalyptusblätter verspeisen, sind die Bäume in anderen Ländern fremd und ökologisch nahezu

wertlos. Von Äthiopien über Brasilien bis in die USA liefern sie Tieren weder Nahrung noch Lebensraum und fügen sich in kein Ökosystem ein. Als invasive Pflanzen stören sie das komplexe Netzwerk der Arten, indem sie andere Spezies verdrängen. Noch schlimmer sind die Folgen für die Artenvielfalt, wenn für Eukalyptusplantagen intakte Wälder gerodet oder Grasland zerstört werden. Dies setzt zudem große Mengen Kohlendioxid frei und schädigt somit das Klima.

Weil Eukalyptusbäume viele Jahre leben, kann niemand die Langzeitfolgen der Genmanipulation abschätzen. Erst recht nicht, was passiert, wenn sich die Bäume außerhalb von Plantagen ausbreiten. Experten warnen vor „transgenic contamination“.

## Explosive Bäume benötigen riesige Wassermengen

Die Wurzeln von Eukalyptusbäumen reichen tief – und saugen selbst 50 Meter unter dem Boden Grundwasser auf. Der Wasserverbrauch ist immens: Bis zu 1.000 Liter benötigt jeder Baum pro Tag. Ökologen haben in Südafrika und Brasilien dokumentiert, wie Bäche versiegen und Täler trockenfallen, nachdem Plantagen angelegt wurden. Dadurch verschlimmern Monokulturen übers Land ziehende Dürren. Ein Blitzschlag genügt und eine Feuerwalze frisst sich unaufhaltsam über viele Hektar. Umweltschützer verwenden sogar den Begriff „explodieren“, wenn sie die Feuergefährlichkeit von Eukalypten beschreiben.

Die örtliche Bevölkerung leidet häufig erheblich unter den Eukalyptusplantagen – und die Probleme würden sich durch die

Expansion von genmanipulierten Bäumen verstärken. Und zwar nicht nur, wenn das Hab und Gut der Anwohnerinnen und Anwohner ein Raub der Flammen wird oder gar Todesopfer zu beklagen sind.

Während Wald den Menschen eine Lebensgrundlage bietet, ihnen Heimat und oft spiritueller Ort ist, während er sie mit Wasser und Heilpflanzen versorgt, als Jagdrevier und Fundort für Pilze, Nüsse und Früchte dient, sind Eukalyptusplantagen oft Quelle von Ungemach und Not. Der Begriff „grüne Wüste“ hat sich vielerorts eingebürgert.

Im Zentrum steht häufig der Verlust oder gar Raub von Land: Kleinbauern, die oft keine im Grundbuch eingetragene Landtitel haben, werden von finanzkräftigen, oft internationalen Holz- und Agrarkonzernen verdrängt. Diese zahlen wenig bis nichts fürs Land, versprechen ein besseres Leben, den Bau von Schulen und gut bezahlte Jobs. Nichts davon wird wahr. Stattdessen verlieren ganze Dörfer die Lebensgrundlage und den Zugang zu Wasser; stattdessen wird die Ernährungsicherheit gefährdet, weil Ackerland den Baumplantagen weicht; stattdessen steigen soziale Spannungen. In Chile beklagen die indigenen Mapuche seit vielen Jahren die Auswirkungen von Plantagen auf ihrem angestammten Land.

„Es gibt Hunderte dokumentierte Fälle von Menschenrechtsverletzungen, die von der ungezügelter Expansion von Eukalyptusplantagen in Zentral- und Südamerika ausgehen“, sagt BJ McManama vom Ingenieur Environment Network. „Indigene und traditionelle Dorfgemeinschaften werden durch gefährliche Chemikalien vergiftet und gewaltsam von ihrem angestammten Land vertrieben.“

In Mosambik haben erboste Dorfbewohner bereits Plantagen angezündet. „Die Bevölkerung fühlt sich verraten und hintergangen“, schreibt Clemente Ntauzi von der mosambikanischen Organisation ADECRU (Academic Action for the Development of Rural Communities). Wie soll man leben, wenn man gänzlich von Eukalyptusplantagen umzingelt ist? Die Menschen wehren sich, aber der Protest wird von der Polizei gewaltsam niedergeschlagen.

Die Profiteure der Eukalyptusplantagen sitzen meist weit entfernt. Ein Hauptabnehmer des Holzes in Mosambik ist beispielsweise The Navigator Company, ein Papier- und Zellstoffkonzern, ausgerechnet aus dem von Waldbränden geplagten Portugal. Die Firma betreibt auch Afrikas größte Baumschule. Bis zu 24 Millionen Setzlinge sollen dort pro Jahr gezogen werden – Nachschub für die Anlage neuer Plantagen.

### Eukalyptusholz ist unökonomisch und unökologisch

Auch Portugals Waldbauern wurde Eukalyptus von der Regierung als „grünes Gold“ angepriesen. Schnell wachsend und rentabel, alle fünf bis sieben Jahre wird geerntet. Subventionen flossen und fließen weiter, auch von der EU. Kein Wunder, dass sich Plantagen auf mehr als 800.000 Hektar erstrecken.

Ein tragischer Grund für den Run auf Eukalyptus ist zudem das Märchen, Holzpellets seien wirksame Waffen im Kampf gegen den Klimawandel. Die verfehlte Klimapolitik der EU, die auch auf Biomasse aus Holz setzt, gibt verheerende Anreize: ArborGen preist Europa als Absatzmarkt für Eukalyptus an. Biomassekraftwerke haben einen großen Bedarf an Holz, der oft aus entfernten Regionen gestillt wird. So soll Holz aus Brasilien und den USA im umgebauten E.ON-Kohlekraftwerk Provence-4 in Gardanne bei Marseille verfeuert werden. Gentechniker unterbreiten der Biomasseindustrie zudem ein schwer auszuschlagendes Angebot: Sie bekommen Holz mit reduziertem Ligningehalt. Das macht die Verarbeitung einfacher.

Verfechter des Holzverfeuerns im großen Stil behaupten gern, durch Plantagen werde natürlicher Wald geschützt, da statt Urwaldriesen Bäume aus dem Stangenwald verfeuert würden. Das ist einfach als Legende zu entlarven: Plantagen fallen nicht vom Himmel. Bevor sie angelegt werden, wird Wald vernichtet – mit verheerenden Folgen für das Klima. Plantagen brauchen lange, bis sie so viel Kohlendioxid gebunden haben, wie durch die Rodung frei wird.

Seit Jahren gehen Umweltschützer dagegen an, dass die Vereinten Nationen Holzplantagen als Wald anerkennen – und entsprechend positiv im Kampf gegen den Klimawandel werten. Holzkonzerne, die artenreiche Wälder für öde Plantagen zerstören, werden so auf dem Papier zu vorbildlichen Streibern für die Umwelt grünlackiert. Gentechnisch veränderte Eukalypten dürften ideal in ihr Geschäftsmodell passen.

Derzeit läuft in den USA das Zulassungsverfahren für ArborGens Eukalypten FTE 427 und FTE 435. Bis zum 5. Juli konnten Bürger ihre Bedenken beim Agrarministerium vortragen – über 250.000 und 500 Organisationen haben das getan. Allein „Rettet den Regenwald“ hat die Bedenken von rund 115.000 Unterzeichnern einer Petition übersandt.

Für Umweltschützer ist klar: Gentechnisch veränderte Eukalypten dienen einzig den wirtschaftlichen Interessen weniger Unternehmen und schaden der Natur und der örtlichen Bevölkerung. Bäume müssen nicht manipuliert werden – unser Konsum muss sich ändern.

### Weitere Informationen über Eukalyptusplantagen und gentechnisch manipulierte Bäume

- ▶ Timberwatch in Südafrika: [www.timberwatch.org.za](http://www.timberwatch.org.za)
- ▶ World Rainforest Movement in Uruguay: [www.wrm.org.uy](http://www.wrm.org.uy)
- ▶ Global Justice Ecology Project in den USA: [www.globaljusticeecology.org](http://www.globaljusticeecology.org)
- ▶ Rettet den Regenwald Deutschland: [www.regenwald.org](http://www.regenwald.org)

Der Journalist Mathias Rittgerott ist Campaigner bei der Umweltschutzorganisation Rettet den Regenwald.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)40 / 4103804,  
E-Mail: [mathias.rittgerott@regenwald.org](mailto:mathias.rittgerott@regenwald.org)  
[www.regenwald.org](http://www.regenwald.org)



## Zukunft der EU

# Kühne Vision für faires Europa

Damit die UN-Agenda 2030 kein Wunschtraum bleibt, muss die EU deren Ziele konsequent umsetzen

**Im März hat EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker sein Weißbuch zur Zukunft Europas vorgestellt. Die Zivilgesellschaft setzt seinen ideenarmen fünf Szenarien ein alternatives sechstes entgegen: das eines nachhaltigen, fairen und sozialen Europas, in dem Demokratie und Bürgerbeteiligung an erster Stelle stehen, das Gerechtigkeit garantiert, auf Solidarität und Nachhaltigkeit beruht und die Menschenrechte wahrt. ■ VON PATRIZIA HEIDEGGER, EEB**

Das Jahr 2016 war gekennzeichnet von mehreren Schockwellen, die durch Europa gingen: Das Vereinigte Königreich verlässt die Europäische Union. Rechtsnationale Parteien sind auf dem Vormarsch und die Regierungen in Ungarn und Polen nehmen antidemokratische Züge an. Viele Menschen in der EU sind verunsichert durch die Flüchtlingskrise, durch Terrorismus in Europa und Konflikte in der Welt, sie sind betroffen von Sparmaßnahmen, Arbeitslosigkeit und Finanzkrisen im europäischen Süden. Und dann wird mit Donald Trump ausgerechnet ein Klimaskeptiker und Freund des Big Business zum Präsidenten der USA gewählt. Die Europäische Union schlittert zusehends in eine Identitäts- und Rechtsfertigungskrise und es stellt sich die drängende Frage: Wo wollen die Menschen hin mit Europa? Was sind ihre Visionen für die Zukunft der Europäischen Union? Was treibt sie an?

Bereits in seiner letzten Rede zur Lage der Union im September 2016 hatte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker angekündigt, ein Weißbuch zur Zukunft Europas vorzulegen. Im März 2017, vor dem Gipfel in Rom mit den Feierlichkeiten zum 60. Jahrestag der Römischen Verträge, stellte er fünf Szenarien vor, die verschiedene Wege in die Zukunft Europas aufzeigen. Im ersten Szenario „Weiter so wie bisher“ konzentriert sich die EU auf die Umsetzung der momentanen politischen Leitlinien ohne Veränderung der Schwerpunkte und ohne strukturelle Reform. Das zweite Szenario bedeutet nur noch Binnenmarkt, während andere Politikbereiche heruntergefahren werden. Ein drittes Szenario ist die EU der verschiede-

nen Geschwindigkeiten: „Wer mehr will, tut mehr.“ Während die einen zusammenarbeiten, halten sich andere zurück. Im Szenario 4 „Weniger, aber effizienter“ soll sich die EU darauf konzentrieren, in ausgewählten Bereichen schneller Ergebnisse zu erzielen, und überlässt andere Tätigkeitsbereiche den Mitgliedstaaten. Das fünfte Szenario „Viel mehr gemeinsames Handeln“ bedeutet, dass die Mitgliedstaaten mehr Kompetenzen teilen. Auf EU-Ebene werden rascher Entscheidungen getroffen, die zügig umgesetzt werden, so die Wunschvorstellung.

## Weißbuch bleibt konkrete Ziele schuldig

Auch wenn einige Gedankenspiele Junckers interessant sind: Eine Vision für die Zukunft Europas liefert das Weißbuch nicht. Juncker hält an seinen eng gesteckten Prioritäten fest: Arbeit und Wachstum, Grenzen, Terrorismusabwehr und Kontrolle der Migration. Um langfristige Lösungen der viel tiefer liegenden Probleme innerhalb der EU, zwischen den Mitgliedstaaten und im Verhältnis zum Rest der Welt geht es nicht. Das Wort Nachhaltigkeit taucht innerhalb der Szenarien gar nicht erst auf. Das hat eine breite Koalition von mehr als 250 zivilgesellschaftlichen Organisationen aus den Bereichen Umwelt, Arbeiterrechte, Kultur, Entwicklung, Gesundheit, Frauen, Jugend und Anti-Diskriminierung veranlasst, ein alternatives, sechstes Szenario zu entwickeln. In dessen Zentrum steht der Mensch: sein wirtschaftliches Wohl in Form eines gerecht verteilten Wohlstands, an dem alle teilhaben dürfen; sein soziales Wohl durch bezahlbare, offene und hochwertige öffentliche Daseinsvorsorge, durch

kulturelle Vielfalt und eine fürsorgliche Gesellschaft; sein Wohl in einer gesunden und natürlichen Umwelt, die nahrhafte Lebensmittel zu Verfügung stellt und in der Biodiversität, Böden, Luft und Wasser geschützt sind. Das öffentliche Interesse soll im Mittelpunkt stehen statt die Einzelinteressen von Industrieverbänden – erinnert sei an den Dieselskandal.

Auf die Vision eines nachhaltigen Europas sind die derzeitigen politischen Prioritäten nicht ausgelegt – auch wenn die Kommission dies immer wieder beteuert. Obwohl sie sich zu den Nachhaltigen Entwicklungszielen der UN bekennt und diese selbst enorm vorangebracht hat, hat sie sich nicht einmal die Mühe gemacht, einen Plan zur Umsetzung der 17 Ziele und 169 Unterziele vorzulegen: keine Zielsetzung, keine konkreten Maßnahmen.

## Utopie gegen ein „Weiter so“

Die Agenda 2030, im Jahr 2015 von den Vereinten Nationen beschlossen, ist die Vision einer nachhaltigen Zukunft, die wir für unsere Vision der Zukunft Europas brauchen. Sie führt die Verbindungen zwischen den komplexen Problemen der Welt vor Augen und ruft dazu auf, langfristige und ganzhaltige Lösungen zu entwickeln, statt weiterhin in voneinander abgrenzten Bereichen gegeneinanderzuarbeiten. Und: Es sind auch die Ziele der Zivilgesellschaft. Es geht nicht mehr wie bei den Millenniumsentwicklungszielen um die Unterstützung für die Entwicklungsländer, es geht darum, wie die Europäische Union als einer der reichsten Teile der Welt nachhaltig werden kann. Wie können alle am Wohlstand teilhaben? Wie kann Wohlstand in einer

Welt der endlichen Ressourcen neu verstanden werden? Wie kann übermäßiger Verbrauch reduziert werden, statt auf Kosten anderer zu leben?

Die Vision der Zivilgesellschaft – das alternative, sechste Szenario – sieht im Gegensatz zu Junckers Prioritäten vor, die Nachhaltigen Entwicklungsziele in der EU konsequent umzusetzen. Das bedeutet:

- ▶ Die EU setzt das Pariser Klimaschutzabkommen um, in dem sie sich von fossilen Energieträgern löst.
- ▶ Alle europäischen Gesetze und Regularien sind auf die Kohärenz zwischen verschiedenen Politikfeldern zur Erreichung von nachhaltiger Entwicklung ausgerichtet. Das bedeutet unter anderem das Ende aller Subventionen für umweltschädliche Praktiken, die Besteuerung von Ressourcenverbrauch, Verschmutzung und Müllverursachung statt von Arbeit, und dass Politikmaßnahmen, die unserem Wohlstand dienen, nicht mehr zulasten des globalen Südens gehen.
- ▶ Europäische Firmen und ihre Tochtergesellschaften unterliegen einer gesetzlichen Verpflichtung sicherzustellen, dass ihre globalen Wertschöpfungsketten negativen Umwelt- und Menschenrechtsfolgen vorbeugen. Opfer von Ungerechtigkeit in den Zulieferketten haben Zugang zu unseren Gerichten.
- ▶ Das Ziel von internationalem Handel wird neu definiert. Handel dient dazu, Ziele für die Gesellschaft, für die Umwelt und Wirtschaft zu erzielen – er ist kein Mittel zum Zweck, und seine Regeln dienen dem Gemeinwohl.
- ▶ Eine grüne und faire Wirtschaft bedeutet nicht nur Ressourceneffizienz, sondern Wirtschaften im Respekt vor den natürlichen Grenzen unseres Planeten. Wirtschaftswachstum ohne Rücksicht auf die Endlichkeit unserer Ressourcen ist kein Maßstab für das Wohlergehen einer Gesellschaft: Wir messen Wohlstand an Gesundheit, fairen Arbeitsbedingungen und gerechter Entlohnung, Bildung, einer intakten Umwelt.
- ▶ Der EU-Haushalt entfaltet sein ganzes Potenzial, um Nachhaltigkeit, Gerech-

tigkeit und das Allgemeinwohl zu fördern. Die Bürger erhalten mehr Mitsprache und können die Institutionen zur Rechenschaft ziehen.

Die Aufgaben sind groß – und deshalb braucht die EU eine starke Vision ihrer Zukunft, die über die tagesaktuellen Probleme hinausblickt und uns wirklich in eine nachhaltige Zukunft führt. Die Menschen in Europa brauchen einen klaren Fahrplan und kühne Ideen, um sich an Veränderung und Entwicklung zu beteiligen. Mit Angstszenarien, noch mehr Sparmaßnahmen oder Diskussionen über Verteidigungsausgaben und Abschottung gewinnen wir nicht mehr Menschen dafür, sich für eine nachhaltige Zukunft einzusetzen.

Die europäische Umweltdachorganisation, das Europäische Umweltbüro (EEB), ist – auch über das Kampagnennetzwerk SDG Watch Europe – an der Diskussion zur Zukunft Europas beteiligt.

Das Alternativszenario und weitere Informationen zur Arbeit am „Peoples' Budget“, einem EU-Haushalt für und mit den Menschen, ist zu finden unter:

- ▶ [www.eeb.org](http://www.eeb.org)
- ▶ [www.sdgwatcheurope.org](http://www.sdgwatcheurope.org)
- ▶ [www.peoplesbudget.eu](http://www.peoplesbudget.eu)

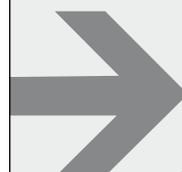
Patrizia Heidegger leitet den Bereich Globale Politik und Nachhaltigkeit beim EEB. Die Schwerpunkte ihrer Arbeit sind die Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele in der EU und der Einsatz für globale Umweltgerechtigkeit.

Kontakt:  
Tel. +32 (0)2 / 2741082,  
E-Mail: [patrizia.heidegger@eeb.org](mailto:patrizia.heidegger@eeb.org),  
[www.eeb.org](http://www.eeb.org)



## Nachhaltigkeit

### A-Z



### Z wie Zukunftsfragen

Von Beginn an hat das christliche Ethos von der »Bewahrung der Schöpfung« die Ökologiebewegung stark beeinflusst. Sind christliche Werte und Spiritualität auch heute noch bedeutsam für nachhaltige Entwicklung und gesellschaftliche Transformation? Friedbert Ritter untersucht, wie christliche Werte Impulse und Orientierung bieten können bei wichtigen Zukunftsfragen wie dem Klimawandel und globaler Gerechtigkeit.

F. Ritter

**Neue Impulse für den Wertewandel**  
Für eine ethisch-spirituelle Perspektive in der Nachhaltigkeitsdiskussion

144 Seiten, broschiert, mit zahlreichen Abbildungen, 19,95 Euro, ISBN 978-3-96006-021-5

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

**oekom**

Die guten Seiten der Zukunft

## Endlagersuche

# Was macht das Nationale Begleitgremium?

Transparenz und Partizipation sollen Suche nach Endlager für hoch radioaktiven Atommüll bestimmen

**Eine breite Bundestagsmehrheit hat nach der Reaktorkatastrophe von Fukushima beschlossen, bis 2022 die letzten deutschen Atomkraftwerke abzuschalten. Auch bei der Endlagerung des hoch radioaktiven Mülls geht Deutschland nun neue Wege: Im gesamten Bundesgebiet wird nach dem geeignetsten Standort gesucht. Die Auswahl folgt festen Regeln und Kriterien und soll transparent und unter Beteiligung der BürgerInnen erfolgen. Für Transparenz und Nachvollziehbarkeit will das Nationale Begleitgremium sorgen. ■ VON MIRANDA SCHREURS, TU MÜNCHEN**

Die Bundestagsmehrheit, die 2011 ein zweites Mal, aber erstmals parteiübergreifend den deutschen Atomausstieg beschloss, folgte der kritischen Haltung der BundesbürgerInnen zur Kernenergie und trug jahrzehntelangen Protesten von Antiatomaktivisten Rechnung. Nun bleibt die Aufgabe, auch das strahlende Erbe der Kernenergienutzung in einem demokratischen und fairen Prozess zu bewältigen und dabei die höchsten Sicherheitsstandards für die Endlagerung hoch radioaktiver Abfälle anzuwenden. Derzeit beginnt eine neue Standortsuche, die Konsequenzen aus früheren deutschen Endlagerprojekten zieht: Aus dem einstigen Versuchsendlager Asse, das mit einem Milliardenaufwand wieder ausgeräumt werden muss; aus dem bereits von der DDR eingerichteten Endlager Morsleben, das ein Sanierungsfall ist und dessen Verfahren zur sicheren Stilllegung nun wiederholt werden soll; und auch aus den Protesten in der Region um Gorleben gegen Castor-Transporte und gegen die nun beendete Erkundung des dortigen Salzstocks auf dessen Eignung für ein Endlager.

Auch den Neustart der Endlagersuche hat eine breite lagerübergreifende Bundestagsmehrheit per Gesetz beschlossen. Dabei wurde zunächst eine „Kommission Lagerung hoch radioaktiver Abfallstoffe“ eingesetzt. Darin entwickelten Wissenschaftler, VertreterInnen gesellschaftlicher Gruppen, der Bundesländer und der Bundestagsfraktionen gemeinsam Kriterien und Regeln für die neue Standortsuche. Die Kriterien und weitere Vorschläge nahm der Bundestag im März 2017 bei einer gründlichen Überarbeitung in das Standortaus-

wahlgesetz auf. Das Standortauswahlgesetz will das Vertrauen der Öffentlichkeit durch grundlegende Neuerungen wiedergewinnen. Sehr wichtig ist dabei, dass das gesamte Bundesgebiet in die neue Suche einbezogen wird, dass die Auswahl mit einer „weißen Landkarte“ von null beginnt. Im ersten Schritt werden nun die Regionen ausgeschlossen, die etwa aufgrund von Vulkanismus, der Möglichkeit von Erdbeben oder etwa einer unmerklichen Hebung des Untergrundes für ein Endlager nicht infrage kommen. Später wird sich die Auswahl auf Regionen konzentrieren, die die geologischen Bedingungen für ein sicheres Endlager erfüllen können. Am Ende soll nach der Erkundung mehrerer Standorte durch Bergwerke ein Endlager gefunden sein, das für hoch radioaktive Abfälle bestmögliche Sicherheit gewährleistet.

Mit dem Gesetz wurden auch Aufgaben der Endlagerung neu strukturiert. Erstmals sind Endlagerung und auch Standortsuche von der behördlichen Aufsicht organisatorisch getrennt. Die neu gegründete Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) unter der Leitung von Ursula Heinen-Esser hat potenziell geeignete Standorte zu ermitteln, Explorationsprogramme zu entwickeln und betreibt die Schachtanlage Asse II sowie die Endlager Morsleben und Schacht Konrad. Die Bundesgesellschaft schlägt am Ende auch den gesuchten Standort mit bestmöglicher Sicherheit vor.

Das von Wolfram König geleitete Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit (BfE) hat als Aufsichtsbehörde die Vorschläge der BGE aus Sicherheitsperspektive zu prüfen. Das Bundesamt organisiert die Öffentlichkeitsbeteiligung am und

die Kommunikation über das Auswahlverfahren. Schließlich prüft es den Standortvorschlag der BGE, um ihn danach dem Bundesumweltministerium als Endlagerstandort empfehlen zu können. Endgültig wird der Standort durch ein Bundesgesetz bestimmt.

Die Endlager-Kommission hat auch die Gründung des Nationalen Begleitgremiums (NBG) empfohlen. Das unabhängige Gremium aus bislang neun BürgervertreterInnen und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens soll die Standortauswahl vermittelnd begleiten und ermöglichen, Vertrauen in demokratische Fairness und wissenschaftliche Korrektheit des Verfahrens wiederzugewinnen. Die drei BürgervertreterInnen wurden in einem zweistufigen Verfahren von Bürger-Workshops gewählt. An den fünf Workshops nahmen BürgerInnen teil, die bei einer telefonischen Zufallsauswahl Interesse am Thema Endlagerung bekundet hatten. Die BürgervertreterInnen sind die Marketing- und Kommunikationsspezialistin Bettina Gaebel, der Industrieökologieprofessor Hendrik Lambrecht und die Jurastudentin Jorina Suckow als Vertreterin der jungen Generation. Die BürgervertreterInnen wurden nicht wegen ihrer Erfahrungen mit Kernenergiefragen ausgewählt, sondern aufgrund ihrer Bereitschaft, an einem Problem zu arbeiten, das sie als wichtig erachten und weil sie von einer neuen Form der demokratischen Partizipation fasziniert waren.

Die sechs Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wählten Bundestag und Bundesrat auf Grundlage eines gleichlautenden Wahlvorschlages. Zu ihnen zählen der ehemalige Leiter des Umweltprogramms der

Vereinten Nationen und frühere Bundesumweltminister Klaus Töpfer und die Politikwissenschaftlerin Miranda Schreurs, die international vergleichend zum politischen Umgang mit der Atommüllproblematik forscht. Schreurs und Töpfer wählte das Gremium einstimmig zu seinen gleichberechtigten Vorsitzenden. Dem Nationalen Begleitgremium gehören außerdem zwei ehemalige Mitglieder der Endlagerkommission an: das Vorstandsmitglied des BUND Klaus Brunsmeier und der Physiker und Philosoph Armin Grunwald, Leiter des Instituts für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse in Karlsruhe. Als weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens wurden der Präsident des Deutschen Naturschutzringes Kai Niebert und die Studienleiterin Monika Müller in das Gremium gewählt. Müller hat bei zahlreichen Tagungen an der Evangelischen Akademie Loccum Erfahrungen im Dialog mit Vertretern von Standortgemeinden und Anti-AKW-Initiativen sammeln können. In der kommenden Legislaturperiode des Bundestages steht die Erweiterung des Nationalen Begleitgremiums um weitere drei BürgervertreterInnen und sechs Persönlichkeiten an.

Das Begleitgremium hat bereits intensiv darüber diskutiert, wie sich Vertrauen in eine faire und transparente Standortauswahl ermöglichen lässt. Seine Mitglieder wissen um die lange und kontroverse Geschichte bisheriger Bemühungen um einen vernünftigen Umgang mit nuklearen Abfällen. Unzählige Einzelpersonen und Gemeinschaften haben der Atompolitik viel Lebenszeit gewidmet. Diese Vergangenheit muss respektiert werden und darf nicht in Vergessenheit geraten. Die Mitglieder der NBG sind überwiegend der Meinung, dass es zwar keine ideale Lösung für das Problem der hoch radioaktiven Abfälle gibt, es aber sicherer für die Gesellschaft und fairer der nächsten Generation gegenüber wäre, wenn diese in einem tiefen geologischen Endlager entsorgt würden. Grundlage dafür ist die Erkenntnis, dass die derzeitige Zwischenlagerung nicht unendlich weitergehen kann. Denn alle deutschen Zwischenlager für hoch radioaktive Abfälle haben auf 40 Jahre befristete Betriebsge-

nehmungen. Als seine wichtigste Aufgabe sieht es das Begleitgremium an, für Transparenz im Standortauswahlprozess zu sorgen. Deshalb hat es bereits im Februar 2017 – nur zwei Monate nach seinem ersten Treffen – eine öffentliche BürgerInnen-Anhörung zum Standortauswahlgesetz durchgeführt.

Das Gremium lässt sich regelmäßig von der Bundesgesellschaft für Endlagerung und vom Bundesamt für kerntechnische Entsorgungssicherheit über den Stand des Auswahlverfahrens informieren und stellt alle erhaltenen Informationen auch der Öffentlichkeit zur Verfügung. Das Bundesamt ist außerdem gesetzlich dazu verpflichtet, über eine Informationsplattform von sich aus der Öffentlichkeit alle Gutachten, Stellungnahmen, Datensammlungen und Berichte des Auswahlverfahrens zugänglich zu machen. Das Begleitgremium ist sehr daran interessiert, wie diese Plattform funktioniert. Es will sicherstellen, dass Bundesgesellschaft und Bundesamt tatsächlich transparent arbeiten und sich für mehr als nur eine Pro-Forma-Partizipation engagieren.

Die Genehmigungen der deutschen Zwischenlager für hoch radioaktiven Müll laufen in den Jahren 2034 bis 2047 aus. Auch wenn es bei Standortauswahl, Genehmigung und Bau nicht zu Verzögerungen kommt, wird das Endlager für diese Abfälle erst 2050 zur Verfügung stehen. Im Zwischenlager Gorleben wurden seit 1995 vor allem hoch radioaktive Abfälle aus der Wiederaufarbeitung deutscher Brennelemente in der französischen Anlage La Hague eingelagert. Es gab nicht nur heftigen Widerstand gegen die Transporte dieser Abfälle nach Gorleben. Angesichts einer 2034 auslaufenden Genehmigung bereitet auch die Dauer der Zwischenlagerung erhebliche Sorgen. Es ist verständlich, dass die Region um Gorleben den Endlagerstandortsuchprozess besorgt verfolgt. Umso wichtiger ist, dass es einen offenen und fairen Prozess auf der Basis einer weißen Landkarte ohne Vorfestlegungen gibt. Alle Auswahlsschritte müssen transparent sein. Es darf nicht zu einem weiteren Vertrauensverlust kommen. Das bedeutet nicht, dass am Ende alle mit der Standort-

entscheidung zufrieden sein werden, aber es sollte Einigkeit darüber herrschen, dass der Prozess fair durchgeführt wurde.

Zwei weitere Probleme mit radioaktiven Abfällen, die Auswirkungen auf die Glaubwürdigkeit der Standortauswahl haben können, sind absehbar. Das Endlager Schacht Konrad, das derzeit für die Aufnahme schwach und mittel radioaktiver Abfälle ausgebaut wird, darf 303.000 Kubikmeter dieser Abfälle aufnehmen. Nach dem Abriss aller Kernkraftwerke und der Räumung des maroden Atommülllagers in der Schachtanlage Asse werden aber voraussichtlich rund 600.000 Kubikmeter schwach bis mittel radioaktive Abfälle angefallen sein. Unbeantwortet ist auch die Frage, was später einmal aus in den deutschen Forschungsreaktoren produzierten radioaktiven Abfällen werden soll. Auch nach dem Abschalten der Kernkraftwerke wird es in Deutschland Forschungsreaktoren geben. Diese fallen nicht unter den Ausstiegsbeschluss. Das Nationale Begleitgremium wird nicht entscheiden, was mit den genannten radioaktiven Abfällen zu geschehen hat. Seine Aufgabe ist es aber, die Öffentlichkeit auf wichtige offene Fragen aufmerksam zu machen und zu informieren. Nur dann können wir auf fundierte Schlussfolgerungen des Publikums und der Entscheidungsträger hoffen.

Das Nationale Begleitgremium steht am Anfang seiner Arbeit und es wird sich sicherlich weiterentwickeln und mit der Zeit reifen. Es ist eine Ehre, an diesem äußerst anspruchsvollen Thema arbeiten zu dürfen. Das NBG begrüßt Anregungen und Ideen der Öffentlichkeit und ist für Ansichten über unbeantwortete Fragen und mögliche Lösungen offen.

Miranda Schreurs ist Professorin für Klima- und Umweltpolitik an der Hochschule für Politik München der Technischen Universität München und Ko-Vorsitzende des Nationalen Begleitgremiums.

Kontakt:  
Tel. + 49 (0)89 / 907793220,  
E-Mail: miranda.schreurs@  
hfp.tum.de,  
[www.hfp.tum.de/startseite](http://www.hfp.tum.de/startseite)



## ABFALL, CHEMIE &amp; EMISSIONEN

Plastikmüll**Tüten schwinden zu langsam**

■ Am 3. Juli war der Internationale Tag gegen Plastiktüten. Sieben Monate nach der Umsetzungsfrist der EU-Richtlinie zur Verminderung von Plastiktüten ziehen Umweltverbände Bilanz.

Die NGO „Koalition gegen Plastikverschmutzung“ ist enttäuscht darüber, dass viele Mitgliedstaaten der EU nachlässig bei der Umsetzung der Richtlinie seien. Einige hätten zwar Plastiktüten versteuert, andere haben jedoch nur den Appell der EU-Kommission über die Gefahren von Plastiktüten weitergeleitet.

In Deutschland ist durch die freiwillige Vereinbarung zwischen Handelsverband und Bundesumweltministerium der Plastiktütenverbrauch in 2016 um ein Drittel zurückgegangen. Somit verbrauchen BundesbürgerInnen im Schnitt jährlich nur noch 45 statt 68 Tüten und erreichten damit bereits das EU-Ziel für 2019.

Für den NABU ist diese Entwicklung nicht überraschend – er fordert eine gesetzliche Regelung. „Ohne eine staatliche Abgabe für alle Einwegtüten ist nicht damit zu rechnen, dass auch die Branchen umdenken, in denen es fast immer noch kostenlose Einwegtüten gibt, wie der Textilhandel oder Apotheken“, sagte Bundesgeschäftsführer Leif Miller. [es]

- ▶ [www.kurzlink.de/Plasticpoll-PM-bags](http://www.kurzlink.de/Plasticpoll-PM-bags)
- ▶ [www.kurzlink.de/NABU-Plastiktuete-Ge](http://www.kurzlink.de/NABU-Plastiktuete-Ge)

Produktpolitik**Kampf gegen geplante Obsoleszenz**

■ Das EU-Parlament hat im Juli ein Zeichen für die Förderung von langlebigen Produkten gesetzt. In der Resolution verlangen die Abgeordneten von der EU-Kommission eine Definition von geplanter Obsoleszenz.

Dafür stimmten in Straßburg 662 von 750 EU-ParlamentarierInnen. Mithilfe von Behörden zur Marktüberwachung sollen absichtlich eingebaute Verschleißteile bei Produkten entdeckt sowie Whistleblower der Technikbranche besser geschützt werden. Dadurch sollen „robuste, leicht reparierbare sowie Produkte guter Qualität“ gefördert werden.

In dieser nicht bindenden Resolution geht das EU-Parlament über die Vorschläge des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz vor einigen Wochen hinaus (umwelt aktuell 07.17, S. 8) und kommt dem Entwurf des Grünen-Abgeordneten Pascal Durand wieder näher.

Zudem fordern die Abgeordneten die Kommission auf, Secondhandmärkte zu fördern und auch die Reparatur von älteren Produkten möglich zu machen. [es]

- ▶ [www.kurzlink.de/EP-resolut-lifespan](http://www.kurzlink.de/EP-resolut-lifespan)

Klärschlamm**Phosphorrecycling wird Pflicht**

■ Der Bundestag hat im Juli eine neue Klärschlammverordnung beschlossen. Sie verpflichtet die Betreiber von Abwasserbehandlungsanlagen zur Wiedergewinnung von Phosphor aus Klärschlämmen.

Die Verordnung wird voraussichtlich im Herbst dieses Jahres im Bundesgesetzblatt verkündet werden und in Kraft treten. Dann gelten je nach Größe der Abwasseranlage Übergangsfristen von 12 bis 15 Jahren, um geeignete Rückgewinnungsverfahren für Phosphor zu entwickeln.

Phosphor wird in der Landwirtschaft als mineralischer Dünger eingesetzt. Deutschland ist vollkommen von Importen abhängig – wie viele EU-Staaten. Mit dem Phosphorrecycling könnte nach und nach der Stoffkreislauf geschlossen werden. Bisher wurde der größte Anteil von Phosphor in Müllverbrennungsanlagen verbrannt. [es]

- ▶ [www.bmub.bund.de/pressemitteilung/phosphor-zu-wertvoll-fuer-die-muellverbrennung](http://www.bmub.bund.de/pressemitteilung/phosphor-zu-wertvoll-fuer-die-muellverbrennung)

Hormongifte I**Entscheidung gefallen**

■ Die Kriterien zur Identifizierung hormonenschädlicher Stoffe stehen fest: Im Juli stimmten VertreterInnen der Mitgliedstaaten im EU-Pestizidausschuss mehrheitlich für den Vorschlag der EU-Kommission.

Die neue Regelung wird nun erstmals festlegen, wie die hormonell wirksamen Chemikalien, sogenannte endokrine Disruptoren (EDC), und ihre Gesundheits- sowie Umweltauswirkungen in Pestiziden wissenschaftlich identifiziert werden. Die Kommission musste in den vergangenen Monaten siebenmal den Vorschlag überarbeiten, da sich verschiedene Mitgliedstaaten und Umweltschutzorganisationen sehr kritisch zur Kriterienfestlegung äußerten (umwelt aktuell 07.17, S. 9).

Ein Kritikpunkt war die zu hohe Beweislast, die die Identifizierung von Stoffen als hormonell wirksam sehr schwierig oder gar unmöglich mache. Zudem bemängelte das Pestizid Aktions-Netzwerk Deutschland (PAN) Ausnahmeregelungen für bestimmte Pestizide und Biozide, die gezielt hormonell schädigend sind. Deshalb fordert ein NGO-Bündnis um PAN Deutschland die Bundesregierung auf, einen nationalen Aktionsplan zum Schutz von Mensch und Umwelt vor Chemikalien mit hormoneller Wirkung aufzustellen. Noch kann das EU-Parlament die Kriterien ablehnen. Sonst gelten sie nach einem kurzen Übergangszeitraum von sechs Monaten. [es]

- ▶ Kriterien der Kommission: [www.ec.europa.eu/health/sites/health/files/endocrine\\_disruptors/docs](http://www.ec.europa.eu/health/sites/health/files/endocrine_disruptors/docs)
- ▶ [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP/17/1906)
- ▶ [www.pan-germany.org/deu/~news-1462.html](http://www.pan-germany.org/deu/~news-1462.html)

Hormongifte II**Bisphenol A doppelt gefährlich**

■ Der Weichmacher Bisphenol (BPA) ist seit Juni als sogenannter endokriner Disruptor klassifiziert. Somit gilt BPA in zwei Kategorien als besonders besorgniserregender Stoff (SVHC).

BPA gilt bereits seit September 2016 als schädlich für die Fortpflanzung und erfüllt damit ein Kriterium der SVHC-Einstufung. Der Ausschuss der Mitgliedstaaten der europäischen Chemikalienagentur (ECHA) hat nun einstimmig der Forderung Frankreichs vom März zugestimmt, BPA zusätzlich als hormonellen Störfaktor zu deklarieren.

Dies ändert für die Hersteller zunächst nichts, kann jedoch zukünftige Einschränkungen begünstigen. So will die ECHA ab Mitte 2018 untersuchen, ob BPA zur Aufnahme in die Zulassungspflicht im Chemikalienregister REACH vorgeschlagen wird. Zulassungspflichtige Stoffe dürfen in der EU nach einem festgelegten Ablaufdatum nicht mehr hergestellt oder verwendet werden.

Die Diskussion um die Gefährlichkeit von BPA läuft bereits seit Jahren. Neulich wurde der Grenzwert von BPA in Spielzeugen gesenkt (umwelt aktuell 07.17, S. 9). Die Entscheidung der ECHA sei ein historischer Schritt, nachdem die ersten Risiken von BPA bereits vor 20 Jahren festgestellt worden seien, sagten die Anwälte der Umweltrechtsorganisation ClientEarth. [es]

- ▶ [www.kurzlink.de/ECHA-BPA-EDC-classif](http://www.kurzlink.de/ECHA-BPA-EDC-classif)
- ▶ [www.kurzlink.de/ClientEarth-BPA-EDC](http://www.kurzlink.de/ClientEarth-BPA-EDC)

## Elektrogeräte

### Richtlinie zu gefährlichen Stoffen wird erneuert

■ Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat im Juli einer Überarbeitung der Richtlinie über die Beschränkung der Verwendung bestimmter gefährlicher Stoffe (RoHS-Richtlinie) in elektrischen und elektronischen Geräten zugestimmt. Hauptpunkte sind Sekundärmärkte und Ersatzteile.

Der Abstimmung ging eine informelle Einigung mit dem Ministerrat der EU voraus. Die Überarbeitungspunkte wurden auf Grundlage einer Evaluierung der EU-Kommission festgelegt, die die Probleme um eine Ausweitung der Richtlinie untersuchte. Dies betrifft vor allem den Umgang

mit Sekundärmärkten von Elektrogeräten und deren Ersatzteilen, die bestimmte gefährliche Chemikalien enthalten.

Der Wiederverkauf dieser Elektrogeräte und ihrer Ersatzteile soll nun dennoch erfolgen, solange diese vor Juli 2019 auf den Markt gebracht werden. Inwieweit die Richtlinie diese Geräte in Zukunft behandelt, wird auf eine umfangreichere Überprüfung 2021 vertagt.

Die RoHS-Richtlinie hat zum Ziel, problematische Substanzen wie Blei oder Quecksilber aus den Bauelementen und Komponenten der Elektrotechnik zu verbannen, um auch Stoffströme des Recyclings sauber zu halten. Das Plenum des EU-Parlaments wird Anfang Oktober über die Reform abstimmen. [es]

- ▶ [www.kurzlink.de/ENVI-RoHS-reform](http://www.kurzlink.de/ENVI-RoHS-reform)

## Bleifarben

### Zulassung vor Gericht

■ Eine Gruppe von europäischen NGOs hat eine Entscheidung der EU-Kommission, zwei bleihaltige Pigmente in Industriefarben zuzulassen, erneut angefochten. Die Kommission muss sich nun vor dem Gericht der Europäischen Union schriftlich verteidigen.

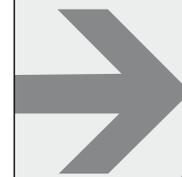
Im Juli 2016 hatte der REACH-Ausschuss für die Ausnahmeregelung der zwei Stoffe Bleisulfochromat-Gelb oder Bleichromatmolybdatsulfat-Rot gestimmt. Die Farben werden in speziellen Beschichtungen und Kunststoffen wie Fahrbahnmarkierungen eingesetzt und dürfen in sechs unterschiedlichen Bereichen von der Industrie für weitere vier bis sieben Jahre angewendet werden.

Die NGOs ClientEarth, das Europäische Umweltbüro (EEB), ChemSec und das internationale Netzwerk für persistente organische Schadstoffe (IPEN) haben den Fall nun ein zweites Mal vor Gericht gebracht. Im Mai 2016 hatte die Kommission abgelehnt, ihren Standpunkt zu überdenken.

Die Bleipigmente gelten als krebserregend und schädigend für die Fortpflanzung. Die NGOs werfen der Kommission vor, das

## Nachhaltigkeit

### A-Z



## K wie Klimakennzahlen

Der Jurist und Klimaexperte Stephan Buhofer erläutert die wichtigsten Kennzahlen zum Klimawandel, er analysiert die Hintergründe und bietet Einblicke in Klimawissenschaft und Klimadiplomatie. Sein Werk bietet damit eine fakten- und zahlenstarke Grundlage für die eigene Meinungsbildung über die größte Herausforderung unserer Zeit, den Klimawandel.

S. Buhofer  
**Der Klimawandel und die internationale Klimapolitik in Zahlen**  
 Eine Übersicht  
 148 Seiten, broschiert, 24,95 Euro,  
 ISBN 978-3-96006-001-7

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

bereits bestehende Angebot von sichereren Alternativen nicht zu berücksichtigen. Dies hätte ein schnelleres Ende dieser Stoffe auf dem EU-Markt zur Folge. Nach der schriftlichen Verteidigung folgt die erste Anhörung frühestens in einem Jahr. [es]

- [www.eeb.org/commission-to-face-eu-court-over-authorisation-of-lead-chromate-in-paint](http://www.eeb.org/commission-to-face-eu-court-over-authorisation-of-lead-chromate-in-paint)

## Gesundheit

### Mehr Schutz am Arbeitsplatz

■ Das EU-Parlament und der Ministerrat der EU haben sich im Juli auf die Festlegung neuer oder strengerer Grenzwerte für mehrere krebserregende chemische Stoffe am Arbeitsplatz geeinigt.

Die EU-Kommission hatte im Mai 2016 zwei Vorschläge zur Überarbeitung der Richtlinie über Karzinogene und Mutagene eingebracht. Parlament und Rat stimmten nun dem ersten Vorschlag zu, die Einigung über den zweiten Vorschlag steht noch aus.

Krebs gilt als häufigste arbeitsbedingte Todesursache in der EU. Bei der konsequenten Umsetzung beider Vorschläge könnten in den nächsten 50 Jahren mehr als 100.000 Todesfälle bei ArbeitnehmerInnen vermieden werden. [es]

- [www.kurzlink.de/EC-RL-Karzinogen-nov](http://www.kurzlink.de/EC-RL-Karzinogen-nov)

## Luftverschmutzung

### EU-Parlament ratifiziert globale Abkommen

■ Das internationale Montreal- und das Göteborg-Protokoll stehen jeweils für den globalen Schutz der Ozonschicht sowie dafür, Versauerung und Eutrophierung zu vermindern. Das EU-Parlament hat im Juli den Änderungen an den Abkommen zugestimmt.

Die wichtigste Änderung am Montreal-Protokoll umfasst die Aufnahme von Fluorkohlenwasserstoffen (FKW) in die Liste von Substanzen, deren Ausstoß sukzessive

zum Schutz der Ozonschicht reduziert werden soll. Die teilnehmenden Staaten müssen die Emissionen der sogenannten F-Gase nun bis 2040 um 80–85 Prozent senken. Dieser Beschluss wurde bei dem 28. Treffen der Vertragsparteien im Oktober 2016 in Ruanda getroffen.

Im Göteborg-Protokoll sollen durch die verschärfte Vorgabe von Grenzwerten von Luftschadstoffen wie Schwefeldioxid oder Feinstaub die Versauerung und Eutrophierung bekämpft und bodennahes Ozon vermindert werden. In der EU wird das Protokoll durch die Richtlinie über nationale Emissionshöchstwerte (NEC) in europäisches Recht umgesetzt, welche bereits Ende Dezember 2016 überarbeitet wurde. [es]

- [www.kurzlink.de/EP-ratific-mont-gote](http://www.kurzlink.de/EP-ratific-mont-gote)
- [www.kurzlink.de/Montreal-amendment](http://www.kurzlink.de/Montreal-amendment)

## Chemieindustrie

### Strengere Grenzwerte auf dem Weg

■ VertreterInnen der EU-Mitgliedstaaten haben im Juni der Novellierung der Schadstoffnormen für Chemiefabriken zugestimmt. Dies betrifft unter anderem den Ausstoß von Stickoxiden sowie Kohlenstoffmonoxid.

Das Referenzdokument für die besten verfügbaren Techniken (BREF) – Bestandteil der Richtlinie 2010/75/EU über Industrieemissionen – gilt für Anlagen, die organische Chemikalien in großen Mengen herstellen. Darunter fallen Chemikalien wie stickstoffhaltige Kohlenwasserstoffe oder metallorganische Verbindungen.

Gerade die Obergrenze für Stickoxidemissionen, die in Crackeröfen entstehen, hätte strenger ausfallen können, bemängeln InteressenvertreterInnen in einer Stellungnahme vom April. Das Dokument wird voraussichtlich nach der Sommerpause offiziell angenommen und tritt dann vier Jahre später in Kraft. [es]

- [www.kurzlink.de/KOM-BREF-Chemiefabr](http://www.kurzlink.de/KOM-BREF-Chemiefabr)
- [www.kurzlink.de/BREF-com-stakeholder](http://www.kurzlink.de/BREF-com-stakeholder)

## GLOBALISIERUNG & EINE WELT

### Klimawandelfolgen

### Hunger in Afrika – G20 verpasst Chancen

■ Eine anhaltende Dürre in großen Teilen Afrikas hat Ernteausfälle und die Zerstörung von Weideflächen zur Folge. Das Bündnis Gemeinsam für Afrika fordert deshalb die internationale Gemeinschaft auf, sich stärker gegen den Klimawandel zu engagieren.

Infolge des Klimawandels sind laut dem Bündnis derzeit 23 Millionen Menschenleben durch Hunger in Gefahr. In großen Teilen der Sahelzone, im Süden und Osten Afrikas regnet es immer weniger. Dadurch ist die Lebensgrundlage der dort lebenden Menschen bedroht.

Nach den Worten der Welthungerhilfe hat der G20-Gipfel im Juli in Hamburg die Chance für eine nachhaltige Hungerbekämpfung verpasst. Zwar wurden finanzielle Zusagen für die Hungersnöte am Horn von Afrika, im Südsudan, in Nigeria und im Jemen gegeben. Doch bedarf es mehr als die ohnehin späte Ankündigung Donald Trumps, 639 Millionen Dollar für die Hungerkatastrophen zur Verfügung zu stellen. Dieses Geld sei unverzichtbar, es rette Menschenleben, so die Welthungerhilfe.

Laut Atlas des Klimawandels und der Umweltgefahren ist es in den Ländern Afrikas südlich der Sahara zunehmend schwer, die Versorgung mit Nahrungsmitteln zu garantieren. In den vergangenen 25 Jahren verdoppelte sich demnach die Anzahl wetterbedingter Katastrophen wie Hochwasser oder Dürren. Die Folgen sind auf der ganzen Welt spürbar. [mbu]

- [www.gemeinsam-fuer-afrika.de](http://www.gemeinsam-fuer-afrika.de)
- [www.welthungerhilfe.de/blog/g20-die-verpasste-chance](http://www.welthungerhilfe.de/blog/g20-die-verpasste-chance)
- Atlas des Klimawandels und der Umweltgefahren: [www.environmentalpeacebuilding.org/library/show/libraryitem-877](http://www.environmentalpeacebuilding.org/library/show/libraryitem-877)

Ausführliche Berichte und Hintergrundinformationen über Globalisierung & Eine Welt lesen Sie im vierteljährlichen Rundbrief des Forums Umwelt und Entwicklung: [www.forumue.de](http://www.forumue.de)

## KLIMA & ENERGIE

### Internationaler Klimaschutz

## Mäßige Noten für G20

Die Gruppe der 19 größten Volkswirtschaften sowie die EU ist von einem verantwortungsvollen Kurs beim Klimaschutz noch weit entfernt. Dies ist das zentrale Ergebnis des G20-Klimaschutz-Index, den die Entwicklungsorganisation Germanwatch und das New Climate Institute vor dem Gipfeltreffen in Hamburg Anfang Juli vorgestellt haben.

Einzelne Staaten, darunter traditionelle Industrienationen wie Italien, Frankreich und in Teilen auch Deutschland ebenso wie die Schwellenländer Brasilien oder Indien schnitten vergleichsweise gut ab. Sie deuten an, wie der Weg hin zu ambitionierter Klimaschutzpolitik aussehen könnte. Am unteren Ende des Rankings landeten Südkorea, die USA und Saudi-Arabien.

Jan Burck von Germanwatch und einer der Co-AutorInnen des Berichts dämpfte die Erwartungen: „Allerdings kann schon eine Verzögerung zu einem großen Problem werden. Unser Index zeigt auch: Bisher ist kein G20-Land beim Klimaschutz so weit, dass sein Beitrag für eine Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad ausreichen würde.“

Der G20-Index deckt vier Bereiche ab: Emissionen, Energieverbrauch, erneuerbare Energien und Klimapolitik. Auch die Frage wird adressiert, inwieweit ein Land auf dem Weg ist, die Pariser Klimaziele zu erreichen. [aw]

► Der vollständige Bericht (engl.): [www.germanwatch.org/de/download/18809.pdf](http://www.germanwatch.org/de/download/18809.pdf)

## G20: Politische Alternativen chancenlos

**Der deutschen Zivilgesellschaft ist es bis heute nicht gelungen, genug Druck für eine andere Politik zu machen, sagt Jürgen Maier vom Forum Umwelt & Entwicklung.**

Angela Merkel als weise, unpräzise Staatenlenkerin, die Lichtgestalt umgeben von Irrlichtern, Despoten und Chaoten. Wenn diese Botschaft das Idealbild des G20-Gipfels der CDU-Wahlkampfzentrale gewesen sein sollte, dann ist das Szenario zu 100 Prozent aufgegangen. Die Alternativlosigkeit Merkelscher und deutscher Wirtschafts- und Finanzpolitik, einer Globalisierungspolitik, die eigentlich längst von einer breiten Mehrheit sehr kritisch gesehen wird – dieser Gipfel inszenierte genau dieses Schauspiel perfekt.

Es war ein Spiel mit hohem Risiko, ohne Frage. Noch bis kurz vor Gipfelschluss war es durchaus ungewiss, ob es überhaupt in zentralen Fragen zu Einigungen kommen würde. Ihren Teil der G20-Aufführung hat die Bundeskanzlerin mit Bravour gemeistert. Ihre Politik wurde bestätigt.

Auf die freiwillige und unfreiwillige Mitarbeit der anderen Akteurinnen und Akteure konnte sie sich dabei verlassen: Trump und Putin, die die Klimatisierung schwänzten und lieber zu einem Gespräch unter echten Männern zusammenkamen. Erdogan, der eine Kundgebung abhalten wollte und nicht durfte und dafür das Konzert in der Elbphilharmonie boykottierte. Theresa May, die unterwürdig bei Trump um ein Handelsabkommen betteln musste. Brasiliens Temer, der wegen drohender Amtsenthebung erst nicht kommen wollte und dann doch kam. Die neoliberalen Sonnyboys Macron und Trudeau als kritiklose Verbündete des Exportweltmeisters . . . und so weiter. Da ist man als Deutscher doch froh, dass man eine Merkel hat.

Und natürlich der Schwarze Block, der „größte Schwarze Block aller Zeiten“, wie man vollmundig angekündigt hatte. Auch er fügte sich perfekt in das Szenario ein. Die Bilder der testosterongeladenen Hooligans, die plündernd und brandschatzend ganze Stadtteile zu Bürgerkriegszonen machten, gingen um die Welt. Sie bestimmten in der medialen Wahrnehmung die Bilder des Protests. Wenn selbst das Autonomenzentrum Rote Flora sich beklagt, dass die Polizei im Schanzenviertel zu spät eingegriffen habe, dann weiß man doch, was man

an einer Kanzlerin Merkel hat. Mehr Härte gegen linksradikale Gewalttäter, das läuft immer gut im Wahlkampf. Den politischen Preis für den Hamburger Ausnahmezustand zahlen der SPD-Mann Olaf Scholz und seine grünen Koalitionspartner, nicht die CDU der Bundeskanzlerin.

So bekam die Bundeskanzlerin ihren erfolgreichen Gipfel, und ausgerechnet ihre vermeintlich größten Gegner trugen maßgeblich dazu bei. Aus Sicht der kritischen Zivilgesellschaft muss man konstatieren: Mit diesem G20 wurde eine große Chance vertan. Auf der Strecke blieb eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der neoliberal geprägten Globalisierung, mit der sogenannten Freihandelspolitik der Bundesregierung, mit den weitgehend floskelhaften Klimaschutzbekenntnissen der allermeisten Regierungen. Der „Gipfel der Alternativen“ mit seinen immerhin 1.500 Teilnehmern, bei dem zwei Tage lang über solche Alternativen diskutiert wurde, kam medial überhaupt nicht vor. Was die friedlichen Protestierer eigentlich wollten, interessierte niemanden – interessant war nur die Tatsache, dass sie friedlich blieben.

Aber genau diese Diskussion fand Anfang Juli rund um den G20-Gipfel nicht statt, obwohl wir sie dringend gebraucht hätten. Ein „Weiter so“ ist anachronistisch, aber nach dem Gipfel hat die Bundesregierung die Botschaft erfolgreich platziert: Das „Weiter so“ ist alternativlos, und Angela Merkel ist seine Garantin. Der Rest der Welt beneidet uns um eine Regierung, die dafür sorgt, dass es uns besser geht als anderen. Das hinzubekommen, ist schon eine PR-Meisterleistung, das muss man neidlos anerkennen. Aus einer weitverbreiteten Unzufriedenheit mit der heutigen Politik ausreichend gesellschaftlichen Druck für eine andere Politik zu machen, ist eine Aufgabe, die die deutsche Zivilgesellschaft bisher nicht geknackt hat. Auch beim G20-Treffen nicht.

**Jürgen Maier ist Geschäftsführer des Forums Umwelt & Entwicklung in Berlin.**  
[www.forumue.de](http://www.forumue.de)

## Bilateraler Klimaschutz

### „Mercron“ für Paris

■ Im Juli hat der deutsch-französische Ministerrat in Paris getagt. In ihrer gemeinsamen Erklärung versicherten Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Staatspräsident Emmanuel Macron, die Umsetzung des Pariser Abkommens auf allen Ebenen zu unterstützen.

Auf Ministerebene vereinbarten Bundeswirtschaftsministerin Brigitte Zypries und ihr französischer Amtskollege Nicolas Hulot eine stärkere Zusammenarbeit im Energiebereich, insbesondere zum Winterpaket der EU-Kommission. Auch wollen sie die Integration erneuerbarer Energien in dezentrale Netze in einer grenzüberschreitenden Modellregion mit dem Projekt „Smart Border Initiative“ erproben sowie gemeinsame Ausschreibungen für Erneuerbare durchführen.

Das Europäische Umweltbüro (EEB), der französische Umweldachverband France Nature Environnement (FNE) sowie der Deutsche Naturschutzring (DNR) hatten vor dem Treffen in einem offenen Brief die rasche Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele, Klimaschutzpolitik im Einklang mit dem Pariser Abkommen sowie eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Finanz- und Agrarpolitik gefordert. [aw]

- ▶ Gemeinsame Erklärung des Ministerrats: [www.kurzlink.de/DE-FR-Ministerrat-17](http://www.kurzlink.de/DE-FR-Ministerrat-17)
- ▶ Bundeswirtschaftsministerium: [www.kurzlink.de/bmwi-pm-130717](http://www.kurzlink.de/bmwi-pm-130717)
- ▶ Offener Brief: [www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2017-07-13-offener-Brief-Merkel-Macron-engl..pdf](http://www.dnr.de/fileadmin/Positionen/2017-07-13-offener-Brief-Merkel-Macron-engl..pdf)

## Schiffstreibstoffe

### Effizienz erhöhen

■ Die Schifffahrtsorganisation der Vereinten Nationen (International Maritime Organisation, IMO) hat sich auf der Ausschusssitzung für marinen Umweltschutz im Juli in London für die Verbesserung der Treibstoffeffizienz ausgesprochen. Die Vertragsstaaten haben dazu Leitlinien angenommen.

Zuvor hatte das unabhängige Forschungsinstitut CE Delft eine Studie veröffentlicht, die verdeutlicht, dass im Bereich der Energieeffizienz großer Handlungsbedarf bestehe. Zwar hätte mehr als die Hälfte aller neu gebauten Fracht- und Containerschiffe das IMO-Ziel, die Treibstoffeffizienz um 30 Prozent bis 2025 zu steigern, bereits im vergangenen Jahr erreicht. Jedoch stagniere mittlerweile die durchschnittliche Effizienz beim Kraftstoffverbrauch.

Die Umweltorganisationen Transport & Environment (T&E) sowie Seas At Risk forderten angesichts der Leichtigkeit, mit der Reedereien ihre Effizienzziele bislang erreichten, das Effizienzziel deutlich anzuheben. [aw]

- ▶ IMO: [www.imo.org/en/MediaCentre/PressBriefings/Pages/17-MEPC-71.aspx](http://www.imo.org/en/MediaCentre/PressBriefings/Pages/17-MEPC-71.aspx)
- ▶ T&E: [www.transportenvironment.org/press/efficiency-new-ships-falling-study-finds](http://www.transportenvironment.org/press/efficiency-new-ships-falling-study-finds)

## Emissionen aus Landnutzung

### Potenzial erkannt

■ Der Umweltausschuss des EU-Parlaments hat im Juli seine Position zur Verordnung über Emissionen aus der Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (LULUCF) festgelegt.

Die Abgeordneten erkennen die wichtige Rolle des Landnutzungssektors für das Erreichen der Klimaziele von Paris an und fordern, die Potenziale des Sektors, mehr CO<sub>2</sub> aufzunehmen als er emittiert, auszuschöpfen. Zudem stimmten sie dem Vorschlag zu, die CO<sub>2</sub>-Emissionen und die CO<sub>2</sub>-Speicherung aus dem Waldsektor zu berechnen, indem zukünftige Emissionen mit einem Referenzwert verglichen werden, der auf vergangenen Praktiken und Intensität des Waldmanagements basiert. Der Umweltausschuss änderte jedoch die Referenzperiode von 1990 bis 2009 auf 2000 bis 2012.

Die Umweltorganisation FERN warnte vor dieser Verlegung, da die 2009 in Kraft getretene Erneuerbare-Energien-Richtlinie einen ansteigenden Anbau von Bioenergie-

pflanzen mit sich zog, deren Emissionen nicht erfasst würden. Denn das Ernten von Wäldern für die Bioenergie, die bereits zu einer Verkleinerung der CO<sub>2</sub>-Speicher beigetragen hat, werde nicht richtig angerechnet.

Im Herbst wird das EU-Parlament über den Bericht im Plenum abstimmen. [lr]

- ▶ EU-Parlament: [www.kurzlink.de/envi-lulucf-110717](http://www.kurzlink.de/envi-lulucf-110717)
- ▶ Verfahrensdokument: [www.kurzlink.de/eu-parl-lulucf-06.17](http://www.kurzlink.de/eu-parl-lulucf-06.17)
- ▶ Reaktion von FERN: [www.kurzlink.de/fern-lulucf-110717](http://www.kurzlink.de/fern-lulucf-110717)
- ▶ DNR-Hintergrundpapier zu LULUCF: [www.kurzlink.de/dnr-lulucf-papier](http://www.kurzlink.de/dnr-lulucf-papier)

## Emissionshandel

### Ringens um Flugverkehr

■ Vor der Sommerpause haben sowohl der Rat der EU als auch der federführende Umweltausschuss im EU-Parlament seine jeweilige Verhandlungsposition zur Ausnahmeregelung für den internationalen Flugverkehr beschlossen.

Nach dem Willen des Rates sollen Flüge von und nach Europa auch nach 2020 vom europäischen Emissionshandelssystem (EU-ETS) ausgeschlossen bleiben. Damit folgte er im Wesentlichen dem Vorschlag der EU-Kommission vom Februar dieses Jahres, die Stop-the-Clock-Regelung zu verlängern. Allerdings soll der lineare Reduktionsfaktor auf Emissionen des Luftverkehrs angewendet werden, sollte die EU-Kommission bei ihrer Prüfung des globalen marktbasierenden Mechanismus der Zivilen Luftfahrtorganisation (ICAO) zu dem Schluss gelangen, dass dieser Mechanismus zur Reduktion und Kompensation von Treibhausgasemissionen im internationalen Flugverkehr nicht ausreicht.

Die Abgeordneten des Umweltausschusses verlangen dagegen in ihrem Bericht, die Ausnahmeregelung nach 2020 zu beenden, wenn bis dahin kein funktionierender internationaler Mechanismus in Kraft getreten ist. Zudem soll der Luftverkehrssektor innerhalb der europäischen Wirtschaftszo-

ne ab 2021 nur noch die Hälfte der Emissionszertifikate kostenfrei erhalten. Derzeit sind es 85 Prozent. Die Abstimmung über den Bericht im Plenum dürfte frühestens im September stattfinden. [lr, aw]

- ▶ Ratsposition: [www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/06/21-ets-aviation](http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/06/21-ets-aviation)
- ▶ Flugverkehr Dossier: [www.kurzlink.de/aviation-ets-dossier](http://www.kurzlink.de/aviation-ets-dossier)

### Private Investitionen

## Kapitalanlage Klimaschutz?

■ Einem Bericht der europäischen Sektion des WWF zufolge stehen die Investitionstätigkeiten von europäischen Investoren nur teilweise im Einklang mit den Zielen des Klimaschutzabkommens von Paris.

30 der größten Kapitaleigentümer in Europa, hauptsächlich Pensionsfonds aus den Niederlanden, Dänemark, Schweden, Norwegen und Finnland, haben nach Auffassung des WWF ihre Anlagenportfolios dem Zwei-Grad-Ziel entsprechend angepasst. Vor allem Investitionen in den Kohlebergbau wurden zurückgefahren. Jedoch wird noch immer sehr viel Kapital im Bereich der Kohleenergieproduktion angelegt, während Investitionen im Bereich der erneuerbaren Energien hinterherhinken.

Der WWF hatte für seine Untersuchung insgesamt 80 der größten europäischen Kapitaleigentümer angefragt, die zusammen über ein Vermögen von rund zwölf Trillionen Euro verfügen. Doch nur 30 von ihnen stimmten zu, ihre Unterlagen offenzulegen.

Sebastien Godinot vom WWF kritisierte das Verhalten vieler Investoren, keine Auskunft über ihre für Klima und Umwelt relevanten Aktivitäten zu geben. Hier müsse die EU ansetzen und den Finanzakteuren Transparenzpflichten auferlegen. [aw]

- ▶ Der vollständige Bericht (engl.): [www.d2ouvy59p0dg6k.cloudfront.net/downloads/wwf\\_asset\\_owners\\_full\\_report.pdf](http://www.d2ouvy59p0dg6k.cloudfront.net/downloads/wwf_asset_owners_full_report.pdf)

### Staatssubventionen

## Multis gegen dreckige Kraftwerke?

■ Nach Informationen des Nachrichtensportals EurActiv haben im Juni zahlreiche Unternehmen die Initiative „Make Power Clean“ ins Leben gerufen. Daran beteiligten sich zum Beispiel Shell, Total und Siemens.

Nach eigenen Angaben wollen sie die Pläne der EU-Kommission unterstützen, Kriterien zu erstellen, nach denen Firmen ihre CO<sub>2</sub>-Emissionen einschränken

müssen, um weiterhin Subventionen zu erhalten. In einem gemeinsamen Brief an EU-ParlamentarierInnen und an die Kommission forderten die Unterzeichner: „Unsere Stromrechnungen sollten nicht zum weiteren Betrieb der umweltschädlichsten Kraftwerke beitragen – vor allem nicht, wenn sauberere Alternativen vorhanden sind.“ Außerdem forderten die Initiatoren für staatlich oder mit EU-Geldern geförderte Kraftwerke einen Höchstwert von 550 Gramm CO<sub>2</sub>-Ausstoß pro Kilowattstunde. Auch müsse der europäische Emissionshandel grundlegend überarbeitet werden, um Anreize für den Übergang zur kohlenstoffarmen Energieproduktion zu schaffen.

Es bleibt abzuwarten, ob den Worten Taten folgen werden. [aw]

- ▶ EurActiv: [www.kurzlink.de/euractiv-co2-030717](http://www.kurzlink.de/euractiv-co2-030717)
- ▶ Unternehmensinitiative: [www.makepowerclean.eu](http://www.makepowerclean.eu)

### Effizienzsteigerung

## Energiefloser Rat

■ Der Rat der EU hat sich im Juni auf Verhandlungspositionen zur Revision der Energieeffizienz-Richtlinie (EED) und der Gebäudeenergieeffizienz-Richtlinie (EPBD) geeinigt. Bei der EED nahmen die MinisterInnen den Kompromissvor-

# Nachhaltigkeit

## A-Z



# T wie Transformationspfade

Im Osten von Ecuador wird der Yasuni-Regenwald durch die Erdölförderung, Palmölplantagen und Bergbauprojekte immer mehr zerstört. Stefan Golla nimmt dies zum Anlass für eine umfassende Analyse der Chancen und Risiken einer ganzheitlichen Transformation Ecuadors. Dabei werden viele heikle Themen wie Glyphosat, Palmöl, Freihandelsabkommen, industrielle Landwirtschaft und Bergbau integriert. Seine Ergebnisse zeigen, wie stark Umwelt und Gesellschaft von einer nachhaltigen Entwicklung profitieren können.

S. Golla  
**The End of Oil**  
 Eine Energiewende-Studie für ein nachhaltiges Ecuador  
 424 Seiten, broschiert, mit zahlreichen farbigen Abbildungen, 32,- Euro,  
 ISBN 978-3-96006-030-7

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

schlag des maltesischen Ratsvorsitzes an. Er sieht im Einzelnen vor, das 30-Prozent-Einsparziel nicht verbindlich für die EU-Mitgliedstaaten zu machen und die Einsparverpflichtung unter Artikel 7 für den Zeitraum von 2021 bis 2025 bei jährlich 1,5 Prozent zu belassen. Ab 2026 soll der Anteil auf 1 Prozent fallen, vorbehaltlich einer Prüfung durch die EU-Kommission im Jahr 2024.

Der Deutsche Naturschutzring kritisierte das Ergebnis als vergebene Chance für den Klimaschutz. Auch das Europäische Umweltbüro (EEB) sowie das Climate Action Network (CAN) Europe monierten, dass durch die Position die Bekenntnisse der EU-Länder zum Pariser Klimaschutzabkommen in Zweifel gezogen würden.

Bei der EPBD legte der Rat fest, dass die EU-Mitgliedstaaten langfristige Renovierungsstrategien entwickeln, die Elektromobilität im Allgemeinen fördern und Ladestationen an Wohn- und Geschäftshäusern bereitstellen sollen. Im Wärme-Kälte-Bereich soll die Inspektion auf Heizungs- und Klimaanlage fokussieren. Kleine Anlagen wie elektrische Heizgeräte und Holzfeueröfen sollen davon nicht betroffen sein.

Im Gesetzgebungsverfahren zu EED und EPBD muss sich das EU-Parlament noch auf seine Position festlegen. Frühestens Ende dieses Jahres wird der Beginn des Trilogs erwartet. [aw]

- ▶ Rat zur EED: [www.data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10284-2017-INIT/de/pdf](http://www.data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10284-2017-INIT/de/pdf)
- ▶ Rat zur EPBD: [www.data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10288-2017-INIT/de/pdf](http://www.data.consilium.europa.eu/doc/document/ST-10288-2017-INIT/de/pdf)
- ▶ DNR: [www.kurzlink.de/dnr-pm-eed-270617](http://www.kurzlink.de/dnr-pm-eed-270617)
- ▶ EEB: [www.eeb.org/energy-ministers-weaken-eu-energy-efficiency-measures](http://www.eeb.org/energy-ministers-weaken-eu-energy-efficiency-measures)
- ▶ CAN Europe: [www.kurzlink.de/can-eed-260617](http://www.kurzlink.de/can-eed-260617)

#### EU-Strombinnenmarkt

### Künftig ohne Vorrang für Erneuerbare?

■ Im Juni ist der Berichtsentwurf zur Neufassung der Richtlinie über den Elektrizitätsbinnenmarkt veröffentlicht worden.

Nach Angaben des Umweltnachrichtendienstes ENDS soll der Einspeisevorrang für erneuerbare Energien abgeschafft werden. Der Berichterstatter des federführenden Industrieausschusses im EU-Parlament Krišjānis Kariņš (Lettland, Europäische Volkspartei) will anscheinend eher der regulatorischen Kraft des Marktes vertrauen: „Jeder, der Strom ins Netz einspeist, soll finanziell verantwortlich gemacht werden für die Ungleichgewichte, die er verursacht.“

Marktbasierte Maßnahmen sollen künftig Anreize schaffen, das Stromnetz stabil zu halten und somit die Stromversorgung zu gewährleisten. So müsse künftig auch weniger Geld an Kraftwerksbetreiber dafür bezahlt werden, dass diese ihre Kohle- und Atomkraftwerke im Stand-by-Betrieb hielten. Diese sogenannten Kapazitätsmechanismen sollen nur noch im Notfall angewendet werden.

Die europäische Sektion von Greenpeace zeigte sich zwar zufrieden damit, dass die Kapazitätsmechanismen deutlich eingeschränkt werden sollen. Sie seien nichts weiter als staatliche Subventionen für fossile Energien. Jedoch kritisierte die Umweltschutzorganisation Kariņš dafür, den Einspeisevorrang für Erneuerbare zu streichen.

Die Abstimmung im Industrieausschuss über den Entwurf wird Ende November dieses Jahres erwartet. Das EU-Parlament wird voraussichtlich erst in der ersten Jahreshälfte 2018 seine Verhandlungsposition beschließen. [aw]

- ▶ Verfahrensdokument: [www.kurzlink.de/electric-market-file](http://www.kurzlink.de/electric-market-file)
- ▶ Berichtsentwurf: [www.kurzlink.de/elec-draft-report](http://www.kurzlink.de/elec-draft-report)
- ▶ Greenpeace Europe: [www.greenpeace.org/eu-unit/en/News/2017/tighten-rules-subsidies-coal](http://www.greenpeace.org/eu-unit/en/News/2017/tighten-rules-subsidies-coal)

#### Deutscher Klima- und Naturschutz

### Plan für die Eintracht

■ Bundesumweltministerin Barbara Hendricks hat Kriterien für die Verwirklichung einer naturverträglichen Energiewende im Juni in Berlin vorgestellt. Der Fünf-Punkte-

Plan setzt auf ambitionierte Effizienzmaßnahmen, auf einen stärkeren Ausbau gebäudenaher Anlagen wie Solarmodule auf Dächern und an Fassaden und auf Wärmepumpen. Ebenso soll der Ausbau von Windenergie an Land und See schonender und effektiver vorstättgehen, Biomasse nur noch aus Rest- und Abfallstoffen gewonnen sowie die Wasserkraft naturverträglicher genutzt werden.

Hendricks erläuterte bei der Vorstellung, dass zwar unbegrenzt Wind und Sonne vorhanden seien, „aber die naturverträglichen Möglichkeiten, die Anlagen aufzustellen, begrenzt bleiben.“

Die Präsidentin des Bundesamts für Naturschutz (BfN) Beate Jessel fügte hinzu: „Eine naturverträgliche Energieversorgung 2050 ist möglich, erfordert allerdings große Kraftanstrengungen. Mit den Weichenstellungen für 2050 muss daher schon heute begonnen werden.“ Auf der Website „Naturschutz und Erneuerbare Energien“ des BfN können sich Interessierte über Forschungsthemen informieren. [aw]

- ▶ Fünf-Punkte-Plan: [www.kurzlink.de/bmub-bfn-5pkt-plan](http://www.kurzlink.de/bmub-bfn-5pkt-plan)
- ▶ BfN-Website: [www.natur-und-erneuerbare.de](http://www.natur-und-erneuerbare.de)

#### Atomenergie

### Gefährliche Strahlkraft

■ Der öffentlich-rechtliche Vertrag über die Finanzierung des Kernenergieausstiegs zwischen der Bundesregierung und den vier Energieunternehmen Vattenfall, Eon, EnBW und RWE ist Ende Juni mit der Unterzeichnung in Kraft getreten.

Der Vertrag bekräftigt die im Gesetz zur Neuordnung der Verantwortung in der kerntechnischen Entsorgung zugewiesenen Zuständigkeiten. Die vier Unternehmen übernehmen Stilllegung, Rückbau und Verpackung des Atommülls. Der Bund ist für die Zwischen- und Endlagerung verantwortlich. Wenige Tage nach der Unterzeichnung zahlten die Kraftwerksbetreiber die vereinbarten rund 24 Milliarden Euro in den „Fonds zur Finanzierung der kerntechnischen Entsorgung“ ein.

Hubert Weiger, Vorsitzender des BUND, kritisierte: „Die knapp 24 Milliarden Euro der Atomkonzerne reichen nicht mal annähernd, um die riskante Zwischen- und Endlagerung des Atommülls zu finanzieren. Es ist fahrlässig und verantwortungslos, all die Risiken und Folgekosten der Atomkraft den Steuerzahlern aufzubürden.“

Darüber hinaus wurden Ende Juni erstmals Castorbehälter per Binnenschiff auf dem Neckar transportiert. Das Energieunternehmen EnBW plant insgesamt fünf solcher Fahrten vom stillgelegten Atomkraftwerk Obrigheim flussaufwärts ins rund 50 Kilometer entfernte Zwischenlager Neckarwestheim. Es kam zu Protesten entlang der Strecke. Jochen Stay, Sprecher der Anti-Atom-Organisation ausgestrahlt, hielt den Transport für „eine Verantwortungslosigkeit sondergleichen“.

Zwei Tage zuvor hatte es eine der größten Protestaktionen seit der Atomkatastrophe von Fukushima gegeben: Etwa 50.000 Menschen waren Teil der 90 Kilometer langen Menschenkette, die Belgien, die Niederlande und Deutschland miteinander verband. Ihr Protest richtete sich gegen den Weiterbetrieb der belgischen Pannereaktoren Tihange und Doel. [aw]

- ▶ BMWi: [www.kurzlink.de/24-mrd-atomvertrag](http://www.kurzlink.de/24-mrd-atomvertrag)
- ▶ ausgestrahlt: [www.ausgestrahlt.de/mitmachen/tihange-menschenkette](http://www.ausgestrahlt.de/mitmachen/tihange-menschenkette)
- ▶ BUND: [www.kurzlink.de/bund-atomvertrag](http://www.kurzlink.de/bund-atomvertrag)

## Deutscher Strommarkt

### Alles im Fluss?

■ Vor der Sommerpause haben Bundestag und Bundesrat die Angleichung der Übertragungsnetzentgelte und das Mieterstromgesetz beschlossen.

Das geplante Netzentgeltmodernisierungsgesetz (Nemog) sieht vor, schrittweise die Netzentgelte, die derzeit regional stark variieren, bis 2023 anzugleichen. Die Bundesregierung erwarte vom Gesetz eine Reduzierung der Netzkosten und damit verbundene Einsparungen für Haushalte und Wirtschaft.

Mit dem geplanten Mieterstromgesetz sollen VermieterInnen künftig einen Zuschuss erhalten, wenn sie auf dem Hausdach produzierten Strom direkt an die MieterInnen weiterleiten. Mindestens 40 Prozent des Gebäudes muss für Wohnzwecke genutzt werden. Die Höhe des Zuschusses soll von der Größe der Fotovoltaikanlage (bis maximal 500 Megawatt pro Jahr) und dem Gesamtzubau abhängen und über die EEG-Zulage finanziert werden.

Die Deutsche Umwelthilfe (DUH) beklagte, dass die Regierung das volle Potenzial von Mieterstromprojekten mit dem neuen Gesetz nicht ausschöpfe, da etwa gewerblich und öffentlich genutzte Gebäude wie Garagen und Hallen ausgeschlossen sind. [aw]

- ▶ Mitteilung zum Nemog: [www.kurzlink.de/bt-nemog-300617](http://www.kurzlink.de/bt-nemog-300617)
- ▶ Mitteilung zum Mieterstrom: [www.kurzlink.de/bt-mietstrom-290617](http://www.kurzlink.de/bt-mietstrom-290617)
- ▶ DUH: [www.duh.de/aktuell/nachrichten/aktuelle-meldung/vom-dach-in-die-steckdose](http://www.duh.de/aktuell/nachrichten/aktuelle-meldung/vom-dach-in-die-steckdose)
- ▶ [www.bundesrat.de/SharedDocs/TO/959/tagesordnung-959](http://www.bundesrat.de/SharedDocs/TO/959/tagesordnung-959) (TOP 108 und 109)

## KONSUM, GESUNDHEIT & VERBRAUCHERSCHUTZ

### Kennzeichnung I

#### Alles in Butter?

■ Produkte, die keine tierischen Bestandteile enthalten, dürfen nicht als Butter, Käse, Joghurt, Rahm oder Sahne bezeichnet werden. Das hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) Mitte Juni in Luxemburg entschieden.

Demnach darf etwa ein pflanzliches Erzeugnis nicht Tofubutter genannt werden. Verboten sind auch Begriffe wie Veggikäse oder Sojamilch. Für die Bezeichnung Milch erlaubt das EU-Recht Ausnahmen, die für „Erzeugnisse, deren Art aufgrund ihrer traditionellen Verwendung genau bekannt ist“, gelten. Auf einer Extraliste, die nach Sprachraum sortiert ist, stehen 21 Produkte, die nicht aus Eutern kommen, aber dennoch das Wort Milch oder eine

# FAIR FRIENDS

Messe für neue Lebensmodelle,  
Fairen Handel und  
gesellschaftliche Verantwortung  
[www.fair-friends.de](http://www.fair-friends.de)

01.–03.09.2016  
Dortmund

Ehrlichkeit,  
Transparenz,  
Respekt –  
mit Werten  
mehr gewinnen.



Messe Westfalenhallen Dortmund

daraus abgeleitete Bezeichnung auf ihrem Etikett tragen dürfen. So darf etwa „Latte di mandorla“ zwar in Italien verkauft werden, aber künftig nicht als Mandelmilch in Deutschland. Weiteres prominentes Beispiel ist Kokosmilch. Zu den Ausnahmen gehören auch Erdnussbutter und Leberkäse oder Butterbohnen. Die Luxemburger Richter wiesen darauf hin, dass Tofu und Soja nicht auf der Liste der Ausnahmen stehen. Sie begründeten ihre Entscheidung damit, dass eine Verwechslungsgefahr für Verbraucher nicht ausgeschlossen werden könne. Die EU-Regelungen schafften Klarheit und faire Bedingungen für Erzeuger, Händler und Kunden.

Die Frage musste juristisch geklärt werden, weil der Verband Sozialer Wettbewerb vor dem Landgericht Trier gegen das Unternehmen TofuTown geklagt hatte. Dieses vertrieb seine pflanzlichen Produkte unter Namen wie Veggie-Cheese oder -Cream. Das Trierer Gericht verwies den Fall an den EuGH. **[mbu]**

- EuGH-Urteil zur Bezeichnung pflanzlicher Produkte: [www.curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2017-06/cp170063de.pdf](http://www.curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2017-06/cp170063de.pdf)

## Kennzeichnung II

### Bioputzmittel ohne Plastik

■ Für Reinigungsmittel gelten in der Europäischen Union künftig strengere Auflagen, wenn sie das EU-Umweltlogo mit der grün-blauen Blume auf dem Etikett tragen.

So sind in Handspülmitteln, Geschirrspül- und Allzweckreinigern mit dem EU-Ökolabel verschiedene umwelt- und gesundheitsgefährdende Chemikalien als Inhaltsstoffe verboten. Zudem dürfen die Putzmittel keine kleinen Plastikpartikel mehr enthalten. Auch schädliche Duftstoffe oder Nanosilber sind tabu. Das Ökolabel gibt es seit 25 Jahren. Die neuen Auflagen gelten seit Mitte Juli.

Der europäische Verbraucherverband BEUC nannte die Regeln strenger und besser als zuvor. Die Produkte würden genauso gut funktionieren und kein giftiges Erbe hinterlassen, das künftige Generati-

onen beseitigen müssten. Fast 40.000 Produkte – von Babykleidung bis zu Briefpapier – sind mit dem EU-Umweltzeichen etikettiert, die Verwendung ist freiwillig. Unternehmen, die das Label nutzen, haben 12 bis 18 Monate Zeit, die neuen Vorgaben zu erfüllen. **[mbu]**

- EU-Ökolabelwebsite: [www.ec.europa.eu/environment/ecolabel/products-groups-and-criteria](http://www.ec.europa.eu/environment/ecolabel/products-groups-and-criteria)
- BEUC zu Bioputzmitteln: [www.beuc.eu/publications/suspect-chemicals-and-microplastics-out-ecolabel-products](http://www.beuc.eu/publications/suspect-chemicals-and-microplastics-out-ecolabel-products)

## Verbraucherinformation

### Haushaltsgeräte fressen mehr Strom als angegeben

■ Einer Studie von vier europäischen Umweltorganisationen zufolge verbrauchen viele Elektrogeräte – etwa Fernseher, Geschirrspüler und Kühlschränke – erheblich mehr Energie, als im Laden gekennzeichnet.

Eine Ursache für die teilweise deutliche Differenz zwischen den Verbrauchswerten, die im Labor gemessen wurden, und den tatsächlichen liegt in veralteten Testmethoden, die nicht auf dem neuesten technischen Stand sind und keine präzisen Daten liefern. Außerdem seien VerbraucherInnen häufig nicht darüber informiert, dass sich der Stromverbrauch erhöht, wenn sie Zusatzfunktionen am Gerät einstellen oder die Software updaten.

Die Umweltorganisationen Clasp, Ecos, EEB und Topten ließen für ihre Studie neue Tests entwickeln, die sich am realen Verhalten von VerbraucherInnen und am Stand der Technik orientieren. Zum Beispiel wurde bei der Messung des Stromverbrauchs eines Kühlschranks berücksichtigt, dass die Türen des Geräts geöffnet und geschlossen werden. Die Normmessungen, anhand derer die Europäische Kommission das noch existierende Energielabel von A+++ bis G vergibt, sehen solche realen Bedingungen nicht vor. Bei den Tests der Umweltorganisationen ergaben sich

Energieverbrauchssteigerungen von bis zu 30 Prozent.

EU-weit soll der Energieverbrauch bis 2020 um fast ein Zehntel sinken. Privathaushalte könnten so jedes Jahr fast 500 Euro sparen, Klima und Umwelt würden geschont. Das funktioniere aber nur, wenn die VerbraucherInnen der Gerätekennzeichnung vertrauten, mahnten die VerfasserInnen der Studie.

Mitte Juni stimmte das EU-Parlament einer vereinfachten Kennzeichnung zu. Frühestens ab Ende 2019 soll demnach eine geänderte Skala von A bis G ohne Pluszeichen gelten. **[mbu]**

- Bericht zum Stromverbrauch von Haushaltsgeräten: [www.eeb.org/wp-content/uploads/2017/06/Reality-Gap-report.pdf](http://www.eeb.org/wp-content/uploads/2017/06/Reality-Gap-report.pdf)

## Antibiotikaeinsatz

### Kampf gegen resistente Keime

■ Die EU-Kommission hat Ende Juni einen neuen Aktionsplan zur Eindämmung antimikrobieller Resistenzen verabschiedet. Die darin enthaltenen Empfehlungen sollen die nationalen Leitlinien der EU-Länder für die Vorbeugung und Bekämpfung von Infektionen ergänzen. Die Widerstandsfähigkeit gefährlicher Bakterien gegen Antibiotika ist eine wachsende weltweite Bedrohung. In der EU gelten Antibiotikaresistenzen als Ursache für 25.000 Todesfälle pro Jahr. Der daraus resultierende wirtschaftliche Schaden beläuft sich auf 1,5 Milliarden Euro jährlich.

Unter Antibiotikaresistenz versteht man die Fähigkeit von Mikroorganismen, antimikrobiellen Behandlungen zu widerstehen. Die rasante Ausbreitung solcher resistenter Mikroorganismen geht auf eine übermäßige oder falsche Anwendung der entsprechenden Wirkstoffe – etwa in der Massentierhaltung – zurück. Dadurch bleiben Behandlungen mit antibiotischer Arznei wirkungslos. Umwelt- und Tierschutzverbände fordern seit Langem, den systematischen Einsatz dieser Medikamente abzuschaffen. **[mbu]**

- ▶ Aktionsplan der EU-Kommission zu Antibiotika: [www.ec.europa.eu/health/amr/sites/amr/files/amr\\_action\\_plan\\_2017\\_en.pdf](http://www.ec.europa.eu/health/amr/sites/amr/files/amr_action_plan_2017_en.pdf)
- ▶ Deutscher Tierschutzbund zu Antibiotika: [www.tierschutzbund.de/information/hintergrund/landwirtschaft/antibiotika](http://www.tierschutzbund.de/information/hintergrund/landwirtschaft/antibiotika)

## EU-Verbraucherrecht

### Öffentliche Konsultation

■ Die EU-Kommission möchte von den Verbraucherinnen und Verbrauchern, Unternehmen und Organisationen erfahren, wie die europäische Gesetzgebung zum Verbraucherschutz verbessert werden kann. Dazu hat sie am 30. Juni eine Konsultation gestartet, die bis 4. Oktober dauert.

Darin wird auch zu den Rechten befragt, die auf Onlinemarktplätzen gelten und zu den „kostenlosen“ Onlinedienstleistungen, bei denen KonsumentInnen ihre persönlichen Daten zur Verfügung stellen, anstatt zu bezahlen. Außerdem möchte die Kommission Informationen bekommen, wie KonsumentInnen Entschädigung oder Rechtsbeistand erhalten können, wenn sie von unfairen Handelspraktiken betroffen sind. [mbu]

- ▶ Konsultation: [www.ec.europa.eu/eusurvey/runner/ConsumerLawReview](http://www.ec.europa.eu/eusurvey/runner/ConsumerLawReview)
- ▶ EU-Verbraucherrechte und Verbraucherschutzvorschriften: [www.ec.europa.eu/consumers/consumer\\_rights/index\\_en.htm](http://www.ec.europa.eu/consumers/consumer_rights/index_en.htm)

## LANDWIRTSCHAFT & GENTECHNIK

### Konsultation zur EU-Agrarpolitik

### Umweltverschmutzung ist größte Herausforderung

■ Mitte Juli hat die Generaldirektion AGRI der EU-Kommission die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation zur Zukunft der Gemeinsamen Agrarpolitik

der EU (GAP) nach 2020 in Brüssel vorgestellt.

Unter dem Motto „The CAP: Have Your Say“ waren bei der Konferenz über 300 VertreterInnen aus Politik, Agrarindustrie, Landwirtschaft und Zivilgesellschaft anwesend. Bei der Konsultation, die im Frühjahr 2017 durchgeführt wurde, sind insgesamt 322.000 Kommentare eingegangen. 258.000 dieser Antworten kamen von der LivingLand-Kampagne, die sich für eine grundlegende Reform der GAP hin zu einem fairen, ökologischen und nachhaltigen System aussprach, und vom Deutschen Naturschutzring unterstützt wurde. Der Großteil der Kommentare stammte aus Deutschland, aber es meldeten sich auch Vertreterinnen aus allen EU-Ländern zu Wort.

Als größtes Problem und wichtigste Herausforderung einer zukünftigen GAP stufen die KonsultationsteilnehmerInnen die Umweltverschmutzung und ihre Folgen ein, dicht gefolgt von einer zu komplexen Bürokratie und fehlenden Nachhaltigkeit. Zudem ging aus der Konsultation hervor, dass mehr dafür getan werden müsse, aktive LandwirtInnen und JunglandwirtInnen zu fördern. Viele Gelder der aktuellen GAP gelangen heute noch in die Hände von Landbesitzern, die selbst keine aktive Landwirtschaft betreiben.

Während der Konferenz stellte sich erneut die Komplexität der EU-Agrarpolitik heraus, da derart viele Akteure von der GAP tangiert werden, die alle jeweils ihre eigenen Interessen verfolgen. Die anwesenden Umweltschutzorganisationen betonten unter anderem, dass der Entscheidungsprozess für eine zukünftige GAP geändert werden müsse, um die Vielfalt der Interessen auch im Gesetzgebungsprozess widerzuspiegeln. So sollten nicht nur der Agrarausschuss im EU-Parlament und der Agrarministerrat federführend im Verhandlungsprozess sein, sondern auch Ressorts wie Umwelt, Gesundheit und Verbraucher involviert werden.

Als nächster Schritt folgt eine Mitteilung von EU-Agrarkommissar Phil Hogan, die vermutlich mögliche Reformszenarien noch weiter eingrenzen wird. Diese wird im Februar oder März 2018 erwartet. [lr]

- ▶ EU-Kommission zur GAP-Konsultation: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP/17/1939)
- ▶ Dokumentation der Konferenz (engl.): [www.ec.europa.eu/agriculture/events/cap-have-your-say\\_de](http://www.ec.europa.eu/agriculture/events/cap-have-your-say_de)
- ▶ Konsultationsergebnisse (engl.; PDF): [www.kurzlink.de/konsult-gap-07.2017](http://www.kurzlink.de/konsult-gap-07.2017)
- ▶ NABU-Blogbeitrag zur Konferenz: [www.blogs.nabu.de/naturschaetze-retten/wer-hat-das-sagen-in-der-eu-agrarpolitik](http://www.blogs.nabu.de/naturschaetze-retten/wer-hat-das-sagen-in-der-eu-agrarpolitik)

## EU-Zertifizierung

### Öko-Verordnung nach drei Jahren auf Zielgeraden

■ Die maltesische Ratspräsidentschaft und das Europäische Parlament haben sich Ende Juni vorläufig auf eine Überarbeitung der EU-Öko-Verordnung einigen können. Drei Jahre wurde um diese Entscheidung gerungen. Jedoch strichen die EU-Landwirtschaftsminister sie Mitte Juli wegen offener Fragen von der Tagesordnung. Strittig sind vor allem die Nachweispflicht und Kontrolle von Pestizidrückständen.

Die Öko-Verordnung regelt den Ökolandbau sowie die Kennzeichnung von biologischen Produkten in der EU. Die Reform soll nun den Wettbewerb zwischen den Öko-Bauern und -Bäuerinnen fairer gestalten sowie das Vertrauen der Verbraucher und Verbraucherinnen in biologische Produkte verbessern. Letzteres soll vor allem durch stärkere Kontrollen zum Beispiel beim Einzelhandel garantiert werden. Auch sollen mehr Produkte als biologisch zertifiziert werden können wie Salz, Kork, Bienenwachs oder Weinblätter.

Der Verhandlungstext muss noch vom Ministerrat und EU-Parlament offiziell bestätigt werden. Dennoch wird die Einigung von den Beteiligten begrüßt. Martin Häusling (Grüne), Berichterstatter des EU-Parlaments, sieht sie als starkes Signal für die Zusammenarbeit in Europa. [es]

- ▶ Mitteilung des Rates: [www.kurzlink.de/eu-rat-oeko-vo6.2017](http://www.kurzlink.de/eu-rat-oeko-vo6.2017)
- ▶ Reaktion des EU-Abgeordneten Häusling: [www.kurzlink.de/eu-parl-oeko-vo06.17](http://www.kurzlink.de/eu-parl-oeko-vo06.17)

## Patente

### Konventionelle Züchtung ist keine Erfindung

■ Der Verwaltungsrat des Europäischen Patentamts (EPA) hat Ende Juni in Den Haag beschlossen, herkömmlich gezüchtete Pflanzen und Tiere künftig nicht mehr zu patentieren.

Das EU-Recht sieht dies ohnehin schon vor: So erfassen die europäischen Patentgesetze keine Pflanzen und Tiere, die mit „im Wesentlichen biologischen Verfahren“ – also ohne gentechnische Veränderungen – gezüchtet wurden. Dem will das EPA folgen und künftig keine Patente mehr erteilen, wenn Pflanzen oder Tiere unmittelbar aus einer Kreuzung und Selektion entstehen. Nach den neuen Regeln hätte beispielsweise das Brokkoli-Patent von 2015 keine Chance gehabt.

Das Bündnis „Keine Patente auf Saatgut!“ kritisierte Lücken im EPA-Beschluss. So könnten für Pflanzen mit zufälligen Veränderungen des Erbguts, wie sie in der Natur entstehen können, Patente erteilt werden. Als Beispiel nannte das Bündnis Braugersete, gegen deren Patentierung es Einspruch eingelegt hatte, und kündigte an, die Patentvergabe weiter kritisch zu beobachten. [mbu]

- ▶ EPA-Beschluss: [www.epo.org/news-issues/press-releases/archive/2017/20170629\\_de](http://www.epo.org/news-issues/press-releases/archive/2017/20170629_de)
- ▶ Keine Patente auf Saatgut zu EPA-Beschluss: [no-patents-on-seeds.org/de/information/aktuelles/keine-loesung-bei-patenten-pflanzen-tiere](http://no-patents-on-seeds.org/de/information/aktuelles/keine-loesung-bei-patenten-pflanzen-tiere)

## Genpflanzenzulassung

### Modifizierter Mais und Baumwolle in EU genehmigt

■ Die EU-Kommission hat im Juli grünes Licht für die Verwendung von genmanipulierter Baumwollsaat und verschiedener Maissorten gegeben.

Die Zulassung gilt zehn Jahre lang nur für den Einsatz in Lebens- und Futtermitteln, nicht für den Anbau. Sie betrifft zwei neue Baumwollsorten und zwei neue Mais-

sorten und die Verlängerung für den Genmais MON810, weil die Mitgliedstaaten sich im vorgesehenen Prozedere nicht mehrheitlich hatten einigen können. Die Entscheidung war an die Kommission zurückgegangen Sie hält sich meist an die Empfehlungen der Europäischen Lebensmittelbehörde EFSA, die keine Bedenken gegen die Genehmigung der fünf Genpflanzen hatte. Das Zulassungsverfahren ist in der Kritik und soll überarbeitet werden. [mbu]

- ▶ EU-Kommission zu Genpflanzengenehmigungen: [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: MEX-17-1908)

## NATURSCHUTZ & BIODIVERSITÄT

### Aktionsplan

### Grüne Infrastruktur gewünscht

■ „Gut leben innerhalb der planetaren Grenzen“ – dieses Motto des 7. Umweltaktionsprogrammes steht am Anfang der Schlussfolgerungen, die der EU-Umweltrat im Juni zum Aktionsplan für Natur, Menschen und Wirtschaft der EU-Kommission beschlossen hat. Die UmweltministerInnen lobten den Plan und monierten, dass Naturschutz unter verschiedenen Stressfaktoren und nicht nachhaltigen Praktiken in der Land- und Forstwirtschaft, der Fischerei, im Bauwesen und unter dem Klimawandel und dem Einfluss invasiver Arten leidet.

Unter anderem forderte der Umweltrat die EU-Kommission auf, einen Vorschlag für ein grünes Infrastrukturnetzwerk (TEN-G) zu liefern, und begrüßte, dass die Kommission konkrete Leitlinien in allen Amtssprachen vorlegen will, um die Mitgliedstaaten dabei zu unterstützen, die Naturschutzrichtlinien besser umzusetzen. Die MinisterInnen unterstützen auch ausdrücklich das weitere Engagement von Interessengruppen auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene und betonen die Verantwortung der einzelnen Mitgliedstaaten und ihrer Behörden bei der Umsetzung von Naturschutzmaßnahmen. Der Umweltrat „unterstreicht die Notwendigkeit, eine

vorhersehbare, angemessene, regelmäßige und zielgerichtete EU-Finanzierung zu gewährleisten“, hierfür wäre auch eine bessere Integration von Naturschutz in die EU-Fördermittelvergabe vonnöten. Zudem forderte der Rat sowohl die EU-Kommission als auch die Mitgliedstaaten auf, das Schutzgebietsnetz Natura 2000 und den Biodiversitätsschutz effektiver in die Gemeinsame Agrarpolitik, die Kohäsionspolitik, die Gemeinsame Fischereipolitik, die Integrierte Meerespolitik sowie die Forschungs- und Innovationspolitik zu integrieren.

Ariel Brunner von der Umweltorganisation BirdLife Europe findet, dass der Aktionsplan und ein transeuropäisches Netz für die grüne Infrastruktur wichtige Schritte seien. Die Europäische Kommission müsse aber auch Vertragsverletzungsverfahren einleiten und die fortdauernden Verstöße gegen das Naturschutzrecht verfolgen. „Viele Mitgliedstaaten schauen einfach weg, wenn Natura-2000-Gebiete zerstört werden. Diese Mitgliedstaaten an ihr heute gegebenes Versprechen zu erinnern und bei der Stange zu halten, ist entscheidend. Wir zählen dabei darauf, dass die Kommission ihre Rolle als Hüterin des EU-Rechts auch ausfüllt“, so Brunner. Der Mehrjährige Finanzrahmen und die zukünftige Gemeinsame Agrarpolitik bedürfen aus Umweltsicht dringend einer Reform, meint (nicht nur) der NABU. Auch eine Initiative für Bestäuberinsekten sei nötig. [jg]

- ▶ Rat: [www.kurzlink.de/umweltrat-2017-06-19](http://www.kurzlink.de/umweltrat-2017-06-19)
- ▶ Reaktion Birdlife: [www.birdlife.org/europe-and-central-asia/pr/19-june-2017](http://www.birdlife.org/europe-and-central-asia/pr/19-june-2017)
- ▶ Bewertung NABU: [www.blogs.nabu.de/naturschaetze-retten/umweltrat-aktionsplan](http://www.blogs.nabu.de/naturschaetze-retten/umweltrat-aktionsplan)

## Invasive Arten

### 12 neue Aliens auf EU-Liste

■ Riesenbärenklau, Marderhund und Drüsiges Springkraut gelten in der EU jetzt als invasive gebietsfremde Arten, deren Verbreitung Anlass zur Sorge gibt. Insgesamt zwölf neue Tier- und Pflanzenarten hat der zuständige Ausschuss der EU-Mitgliedstaaten benannt, die in die Liste aufgenommen werden,

weil sie potenziell negative Auswirkungen auf die biologische Vielfalt haben können.

Die Umweltorganisationen BirdLife Europe und NABU begrüßten die Entscheidung, wiesen aber darauf hin, dass die nun gelisteten 49 Arten nur einen Bruchteil der EU-weit als invasiv angesehenen Arten ausmachen. Der NABU erläutert, dass allein in Deutschland mindestens 168 Tier- und Pflanzenarten bekannt seien, die nachweislich negative Auswirkungen haben oder haben könnten. Diese liste das Bundesamt für Naturschutz in seinem Managementhandbuch für invasive Arten auf. In der gesamten EU gingen Experten sogar von rund 12.000 gebietsfremden Arten aus, von denen etwa 15 Prozent als invasiv eingestuft werden, und damit potenziell Schäden anrichten. Die EU hat das erkannt und 2015 eine Verordnung verabschiedet, denn der wirtschaftliche Schaden invasiver Arten wird auf 12 Milliarden Euro jährlich geschätzt. BirdLife erwartet eine erneute Erweiterung der Unionsliste im Frühjahr 2018.

Der deutsche Gesetzentwurf zur Umsetzung der EU-Verordnung hat im Juli auch den Bundesrat passiert. Von den bisher von der EU gelisteten 37 invasiven gebietsfremden Tier- und Pflanzenarten treten in Deutschland mindestens 24 wild lebend auf, meldet das Bundesumweltministerium (BMUB). Die Bundesländer müssen nun Managementmaßnahmen festlegen. An dem Verfahren muss auch die Öffentlichkeit beteiligt werden. [jg]

- ▶ BirdLife: [www.birdlife.org/europe-and-central-asia/pr/IAS-16-june-2017](http://www.birdlife.org/europe-and-central-asia/pr/IAS-16-june-2017)
- ▶ NABU: [www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/artenschutz/invasive-arten/unionsliste.html](http://www.nabu.de/tiere-und-pflanzen/artenschutz/invasive-arten/unionsliste.html)
- ▶ BMUB: [www.bmub.bund.de/presse](http://www.bmub.bund.de/presse) (Pressemitteilung Nr. 244/17)

### Neonikotinoide

## Umweltausschuss für Bienenschutz

■ Ende Juni hat der Umweltausschuss des EU-Parlaments (ENVI) eine Resolution abgelehnt, die gegen ein Teilverbot von

bestimmten Insektengiften Einspruch erhoben hat. Mit großer Mehrheit votierten die Abgeordneten gegen die entsprechende Resolution, die sich gegen ein Verbot dreier Neonikotinoide, nämlich Imidacloprid, Clothianidin und Thiamethoxam, richtet. „1:0 für die Bienen“, kommentierte der agrar- und umweltpolitische Sprecher der Fraktion der Grünen/EFA, Martin Häusling, das Ergebnis. Neonikotinoide stören die Weiterleitung von Nervenreizen bei Insekten – sie sind hochwirksam, gefährden aber auch Bienen. Umweltverbände wie Mellifera, die Aurelia-Stiftung, der NABU und das Pestizid Aktions-Netzwerk PAN setzen sich für ein Verbot ein.

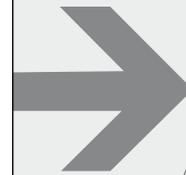
Häusling geht das Verbot von nur drei der bienengefährlichen Mittel nicht weit genug. Es werde dem Anspruch eines Totalverbotes nicht im Ansatz gerecht. Er forderte: „Es muss darum gehen, die gesamte Wirkstoffgruppe hochgefährlicher systemischer Nervengifte, die für den massiven Verlust von Bienen und Biodiversität verantwortlich ist, aus der Anwendung zu verbannen. Und das sowohl im Freiland als auch im Gewächshaus.“

Die Fraktion der Konservativen (EVP) reagierte enttäuscht. Im November 2017 solle es eine Neubewertung der drei Substanzen durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit geben, die Entscheidung werde also getroffen, bevor es Beweise für die Bienentoxizität gebe, argumentierte der Europaabgeordnete Peter Jahr (EVP, Deutschland). Seine Kollegen Norbert Lins und Albert Deß schlossen sich an.

Die Studienlage ist uneinheitlich. Die EU-Kommission schlägt jedoch vor, die Substanzen einzuschränken, da ein hohes Risiko für Honigbienen nicht ausgeschlossen werden könne. Die EFSA hatte bereits 2012 Risiken für Bienen durch Neonikotinoide konstatiert. Eine Mitte Juli erschienene Neuauflage der Studie des Journalisten Stephan Börnecke über „die (un-) heimliche Artenerosion“ europäischer Agrarlandschaften belegt, dass die Pestizid-Stoffklasse der Neonikotinoide nicht nur Bienen, sondern auch Vögel und Säugetiere bedroht. Forschungsergebnisse zum Insektenschwund, zur Unverträglichkeit „mo-

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## G wie Gutes Leben

Dieses aufwendig gestaltete Dossier stellt das Konzept der imperialen Lebensweise vor und erläutert, wie unsere derzeitige Produktions- und Lebensweise Mensch und Natur belasten. Dabei werden verschiedene Bereiche unseres alltäglichen Lebens beleuchtet, unter anderem Ernährung, Gesundheit, Mobilität und Digitalisierung. Schließlich werden sozial-ökologische Alternativen und Ansatzpunkte vorgestellt, wie wir ein gutes Leben für alle erreichen – anstatt ein besseres Leben für wenige.

I.L.A. Kollektiv (Hrsg.)

### Auf Kosten Anderer?

Wie die imperiale Lebensweise ein gutes Leben für alle verhindert

128 Seiten, broschiert, komplett farbig mit zahlreichen Abbildungen, 19,95 Euro, ISBN 978-3-96006-025-3

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

derner“ Landwirtschaft und artenreicher Natur zeigten deren Gefährlichkeit auf. Nun müsse die Politik reagieren. Die von Häusling in Auftrag gegebene Studie war 2016 erstmals veröffentlicht worden. [jg]

- ▶ ENVI: [www.europarl.europa.eu/committees](http://www.europarl.europa.eu/committees)
- ▶ Bündnis Bienenschutz: [www.aurelia-stiftung.de/de/es-lebe-die-biene/bienenschutz/](http://www.aurelia-stiftung.de/de/es-lebe-die-biene/bienenschutz/)
- ▶ Häusling: [www.martin-haeusling.eu](http://www.martin-haeusling.eu) (Pressemitteilungen 22.06. und 07.07.2017)
- ▶ Lins: [www.kurzlink.de/lins-2017-neonikotin](http://www.kurzlink.de/lins-2017-neonikotin)

### Białowieża-Nationalpark

## Klage gegen Polen

■ Nach Kritik aus dem UNESCO-Welterbekomitee, dem EU-Parlament und von zahlreichen Organisationen hat Mitte Juli auch die EU-Kommission deutlich auf die anhaltenden Verstöße Polens gegen EU-Recht reagiert. Sie erhob Klage vor dem Gerichtshof der Europäischen Union gegen Polen wegen des verstärkten Holzeinschlags im Białowieża-Wald, einem geschützten Natura-2000-Gebiet. Da der Holzeinschlag bereits in großem Umfang begonnen hat, beantragte die EU-Kommission außerdem einstweilige Anordnungen, um Polen zur Einstellung dieser Tätigkeiten zu veranlassen. Letzteres ist ungewöhnlich, da der Ge-

richtshof auf einstweilige Anordnungen nur in außerordentlich dringenden und schwerwiegenden Fällen zurückgreift. Gemäß EU-Recht (Artikel 279) kann der Gerichtshof einstweilige Anordnungen treffen, um einen Mitgliedstaat aufzufordern, von Tätigkeiten, die einen schweren und nicht wiedergutmachenden Schaden verursachen, Abstand zu nehmen, bis ein Urteil ergangen ist. Nach Auffassung der Kommission macht der verstärkte Holzeinschlag im Białowieża-Wald dies erforderlich.

Die Umweltrechtsorganisation ClientEarth hofft, dass der Gerichtshof die Anordnungen noch vor Beginn der Sommerpause verfügt, damit der einzigartige Białowieża-Urwald keinen weiteren Schaden nimmt. Die Naturschutzorganisation BirdLife begrüßte den Vorstoß der EU-Kommission. Es gehe nicht nur um die Zerstörung der Natur, sondern auch um einen Affront gegen Demokratie und geltendes Recht. BirdLife wies darauf hin, dass auch in anderen Mitgliedstaaten gegen EU-Naturschutzrecht verstoßen werde, unter anderem in Bulgarien, Zypern, Griechenland und Italien. [jg]

- ▶ [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP/17/1948)
- ▶ ClientEarth: [www.kurzlink.de/ce-bialowieza-2017](http://www.kurzlink.de/ce-bialowieza-2017)
- ▶ BirdLife: [www.kurzlink.de/birdlife-2017-07-13](http://www.kurzlink.de/birdlife-2017-07-13)
- ▶ [www.blogs.nabu.de/naturschaetze-retten/pandas-wisente-und-kettensaegen](http://www.blogs.nabu.de/naturschaetze-retten/pandas-wisente-und-kettensaegen)

### Bundesnaturschutzgesetz

## Meeresschutz ohne Veto, Höhlen besser geschützt

■ Die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes ist beschlossene Sache: Am 22. Juni hat der Bundestag dem neuen Gesetz den letzten Schliff verpasst. Die Abgeordneten haben mit großer Mehrheit gegen den Plan der Bundesministerien für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Forschung gestimmt, per Vetorecht zukünftig effektive Meeresschutzmaßnahmen verhindern zu können. Die Kritik zahlreicher Umweltverbände am ursprünglich vorgesehenen Recht anderer Ressorts, gegen derartige Schutzmaßnahmen Einspruch erheben zu können, hat damit Früchte getragen. Entsprechend erleichtert reagierten die Umweltverbände NABU, BUND, DNR, DUH, Greenpeace, Schutzstation Wattenmeer, WWF und Whale & Dolphin Conservation. Mit der heutigen Entscheidung habe der Naturschutz einen wichtigen Etappensieg erzielt. Doch nun müsse es weitergehen. Aktuell stehen weitere entscheidende Verhandlungen zu den Schutzgebietsverordnungen und zur Regulierung der Fischerei an. „Deutschland muss endlich den Hebel umlegen und konkrete Schutzmaßnahmen erlassen. Sonst bleiben Schutzgebiete Papiertiger und der Meeresschutz vor der

# Nachhaltigkeit

## A-Z



## P wie Perspektiven

»Ich kann daran ja nichts ändern.« – Diesen Ausspruch hört man oft, wenn es um ökologische Probleme wie Klimawandel und Artensterben oder Ressourcenmangel geht. »Stimmt nicht!«, sagt der Psychiater und Therapeut Andreas Meißner. Er zeigt auf, wie wir Erfahrungen aus persönlichen Umbrüchen nutzen können, um eine positive Grundhaltung und Ansatzpunkte zum eigenen Handeln zu entwickeln – auch und gerade im Angesicht fortschreitender ökologischer Krisen.

**A. Meißner**  
**Mensch, was nun?**  
 Warum wir in Zeiten der Ökokrise Orientierung brauchen  
 328 Seiten, broschiert, 23,- Euro, ISBN 978-3-86581-847-8

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

eigenen Haustür ein trauriges Lippenbekenntnis“, forderten die Verbände in einer gemeinsamen Stellungnahme. Die Novelle, die erstmals auch Höhlen als Biotop schützt, hat im Juli auch den Bundesrat passiert.

Dem Bundesumweltministerium (BMUB) war wichtig, dass es „seine starke Stellung bei der Ausweisung von Meeresschutzgebieten in Nord- und Ostsee“ behält und die Entscheidungen nicht vom Einvernehmen anderer Ressorts abhängen. Die Novelle erleichtert die Ausweisung neuer Schutzgebiete und sieht außerdem vor, dass es für Eingriffe in der Ausschließlichen Wirtschaftszone von Nord- und Ostsee künftig die Möglichkeit sogenannter „bevorzugter Kompensationsmaßnahmen“ gibt. Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen könnten im Interesse einer flexibleren Handhabung der Eingriffsregelung zum Beispiel für Offshorewindkraftanlagen (nach März 2018) oder Öl- und Gaspipelines bereits vor einem künftigen Eingriff realisiert werden.

„Rettet den Regenwald“ hatte vor dem Termin im Bundesrat noch eine Petition gegen die Novelle gestartet, weil im Gesetzentwurf von einer „hinnehmbaren Menge getöteter Tiere“ bei Bauvorhaben die Rede ist. Die Organisation hat – ebenso wie andere ArtenschützerInnen – große Bedenken, dass das neue Gesetz mit diesem unbestimmten Rechtsbegriff Artenschutzmaßnahmen gefährdet. [jg]

- ▶ Verbände: [www.kurzlink.de/buendnis-pm-2017-06](http://www.kurzlink.de/buendnis-pm-2017-06)
- ▶ BMUB: [www.bmub.bund.de/presse](http://www.bmub.bund.de/presse) (Nr. 220/17)
- ▶ [www.regenwald.org/petitionen/1082](http://www.regenwald.org/petitionen/1082)

## TIERSCHUTZ & ETHIK

### Artgerechte Haltung

## Nutztierstrategie bleibt hinter Erwartungen zurück

■ Ende Juni hat Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt seine nationale Strategie zur landwirtschaftlichen Tierhaltung vorgelegt. Aus Sicht von Tierschutzverbän-

den genügt sie nicht dem Tierwohl. So sollen durch ein Bundesprogramm „Nachhaltige Nutztierhaltung“ Innovationen entwickelt und in die landwirtschaftliche Praxis getragen werden, heißt es beim Bundeslandwirtschaftsministerium (BMEL). Dafür sollen in den kommenden Jahren „Ställe der Zukunft“ entstehen. Diese will das BMEL mit einem Agrarinvestitionsförderprogramm unterstützen, das einzelbetriebliche Investitionen in Stallneu- und -umbauten fördert.

Der Deutsche Tierschutzbund bemängelt, dass für die Zukunft erheblich größere Fördersummen als vorgesehen benötigt werden, um die Landwirte bei der Umstellung auf tiergerechte und innovative Haltungsvorgänge zu unterstützen. In den Ställen gebe es dringenden Handlungsbedarf und die Gesellschaft erwarte einen besseren Umgang mit den Tieren, sagte der Präsident des Tierschutzbundes Thomas Schröder.

Für die Tierschutzstiftung Vier Pfoten ist die Strategie des BMEL mehr Bestandsaufnahme des Status quo als ein konkreter Fahr- oder Zeitplan zur Verbesserung der Nutztierhaltung. Zudem moniert die Stiftung, dass es sich hauptsächlich um freiwillige Vereinbarungen handele statt um rechtlich verbindliche Vorgaben. Der geplanten Nutztierhaltungsstrategie fehle es an Ausstiegsplänen und Änderungen im Ordnungsrecht, etwa ein Verbot bestimmter Haltungspraktiken wie die Anbindehaltung von Rindern und Kastenstandhaltung von Sauen. [mbu]

- ▶ Nutztierhaltungsstrategie des BMEL (PDF): [www.kurzlink.de/bmel-nutztierstrat17](http://www.kurzlink.de/bmel-nutztierstrat17)
- ▶ [www.tierschutzbund.de](http://www.tierschutzbund.de)
- ▶ [www.vier-pfoten.de](http://www.vier-pfoten.de)

## UMWELTPOLITIK & UMWELTRECHT

### Aarhus-Konvention

## Ratschlag verpufft

■ Mitte Juli hat der Rat der EU entschieden, die Ergebnisse des UN-Compliance-Ausschusses vom März dieses Jahres auf der nächsten Vertragsstaatenkonferenz

der Aarhus-Konvention anzuerkennen – entgegen einer anderslautenden Abstimmungsempfehlung der EU-Kommission.

Die EU-Kommission hatte versucht, eine solche Entscheidung der Mitgliedstaaten zu verhindern. Der Justiz- und der Umweltrat lehnten jedoch ab. Der UN-Ausschuss hatte erhebliche Mängel auf EU-Ebene festgestellt, was den Zugang zu Gerichten für EU-BürgerInnen in Umweltbelangen betrifft.

Jeremy Wates, Generalsekretär des Europäischen Umweltbüros (EEB), hatte sich über den Vorstoß der Kommission besorgt gezeigt und an die EU-Mitgliedstaaten appelliert, dafür zu sorgen, dass die EU-Gesetzgebung schnellstmöglich in Einklang mit Aarhus gebracht werde.

Voraussichtlich vom 11. bis 15. September wird das sechste Treffen der Vertragsstaaten in Montenegro stattfinden. [aw]

- ▶ EU-Rat: [www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/07/17-aarhus-convention](http://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2017/07/17-aarhus-convention)
- ▶ Vorschlag der EU-Kommission: [www.kurzlink.de/eukom-aarhus-290617](http://www.kurzlink.de/eukom-aarhus-290617)
- ▶ EEB: [www.eeb.org/european-commission-seeks-to-block-access-to-justice-for-eu-citizens](http://www.eeb.org/european-commission-seeks-to-block-access-to-justice-for-eu-citizens)

### UN-Nachhaltigkeitsziele

## Druck auf EU-Kommission

■ Vor der Sommerpause haben sich sowohl der Rat der EU als auch das Plenum des EU-Parlaments zur Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele positioniert.

Die beteiligten Räte für Auswärtige Angelegenheiten sowie für Umwelt bekräftigten in ihren Schlussfolgerungen, wie wichtig es sei, die nachhaltige Entwicklung in den drei Dimensionen (wirtschaftlich, sozial, ökologisch) zu verwirklichen. Sie forderten die Kommission auf, bis Mitte 2018 in einer Strategie Zeitplan, Ziele und konkrete Maßnahmen zur Umsetzung der Agenda 2030 in allen Politikbereichen der EU vorzulegen.

Das Plenum des EU-Parlaments votierte für die Annahme des Initiativberichts des Umweltausschusses. Mit der

rechtlich nicht bindenden Entschließung will auch das EU-Parlament auf die Kommission einwirken, die Agenda 2030 zügig und strukturiert in europäisches Recht zu übertragen. [aw]

- ▶ Schlussfolgerungen des Rats:  
[www.kurzlink.de/eurat-sdgs-200617](http://www.kurzlink.de/eurat-sdgs-200617)
- ▶ Entschließung des EU-Parlaments:  
[www.kurzlink.de/ep-sdgs-060717](http://www.kurzlink.de/ep-sdgs-060717)

#### EU-Ratspräsidentschaften

### Zeugnis für Malta, Memo für Estland

■ Zum Ende der maltesischen Ratspräsidentschaft hat das Europäische Umweltbüro (EEB) ein gemischtes Zeugnis in Bezug auf Umweltfragen ausgestellt. Zugleich hat das EEB seine Erwartungen an den aktuellen estnischen Ratsvorsitz formuliert.

Basierend auf den zehn grünen Prüfstemen beurteilte das EEB die Maßnahmen Maltas zur Umsetzung des EU-Aktionsplans für Natur, Menschen und Wirtschaft als positiv. Beim Klimaschutz sind unter Malta die Lastenteilungsverordnung (effort sharing regulation) und die Energieeffizienzrichtlinie ebenso wie das Kreislaufwirtschaftspaket abgeschwächt worden.

Die Erwartungen des EEB an Estland beziehen sich auf die UN-Nachhaltigkeitsziele, deren Umsetzung auf EU-Ebene eine zentrale Rolle für die kommenden sechs Monate spielen müsse. Außerdem dürfe die Agenda zur besseren Rechtsetzung nicht zu mehr Deregulierung im Umweltbereich führen. Speziell in der Klima- und Energiepolitik sollen sämtliche laufenden Gesetzgebungsverfahren mit den internationalen Verpflichtungen von Paris in Einklang gebracht werden. Des Weiteren muss sich Estland für den Schutz von Biodiversität und Ökosystemen sowie für einen erfolgreichen Abschluss des Kreislaufwirtschaftspakets einsetzen. Auf der Agenda stehen auch die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik, der Schutz der EU-BürgerInnen vor gefährlichen

Chemikalien, eine nachhaltigere EU-Fischereipolitik und demokratische Regierungsführung. [Quelle: UWD, aw]

- ▶ Bewertung Malta:  
[www.kurzlink.de/eeb-malta-2017](http://www.kurzlink.de/eeb-malta-2017)
- ▶ Memorandum Estland:  
[www.kurzlink.de/eeb-estland-2017](http://www.kurzlink.de/eeb-estland-2017)

#### EU-Kohäsionsfonds

### Regelwerk lichten

■ Eine hochrangige Expertengruppe hat im Juli ihre Empfehlungen vorgelegt, wie der Zugang zu EU-Fördermitteln nach 2020 vereinfacht werden kann. In ihrem Abschlussbericht macht die Gruppe Vorschläge, welche Regelungen ganz abgeschafft oder radikal vereinfacht werden können.

Zum Beispiel sollten die Rechtsvorschriften für die verschiedenen EU-Fonds und -Instrumente harmonisiert werden. Denkbar seien etwa dieselben Vorschriften für die Kohäsionsfonds und für den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFSI).

Der Abschlussbericht über die Kohäsionspolitik bildet neben dem Reflexionspapier einen weiteren wichtigen Baustein im laufenden Prozess zur Zukunft der EU-Finzen nach 2020. [aw]

- ▶ EU-Kommission:  
[www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP/17/1921)
- ▶ Der vollständige Bericht (engl.):  
[www.ec.europa.eu/regional\\_policy/sources/newsroom/pdf/simplification\\_proposals.pdf](http://www.ec.europa.eu/regional_policy/sources/newsroom/pdf/simplification_proposals.pdf)

#### EU-Finzen

### Zukunft nach 2020

■ Die EU-KommissarInnen Günther Oettinger, zuständig für Haushalt und Personal, und Corina Crețu, zuständig für Regionalpolitik, haben im Juni das Reflexionspapier über die Zukunft der EU-Finzen vorgelegt. Der Europäischen Union drohe eine Finanzierungslücke wegen des Ausscheidens Großbritan-

niens und neuer Prioritäten wie Migration, Verteidigung und (Cyber-)Sicherheit. Sämtliche Finanzinstrumente des aktuellen Mehrjährigen Finanzrahmens (MFR) 2014 bis 2020 sollen deshalb auf den Prüfstand kommen. Vor allem gehe es um die Reform der Gemeinsamen Agrar- und der Kohäsionspolitik, die die größten Posten im EU-Haushalt ausmachen.

Zwar bekennen sich die KommissarInnen im Papier zu den UN-Nachhaltigkeitszielen und zum Pariser Klimaschutzabkommen. Vielen zivilgesellschaftlichen AkteurInnen geht das bloße Bejahen jedoch nicht weit genug. Markus Trilling von CAN Europe verlangte das Mainstreaming von Klimaschutz in allen EU-Politikbereichen und EU-Ausgaben. SDG Watch Europe appellierte an die EU-Kommission, sich stärker auf die Agenda 2030 zu konzentrieren. [aw]

- ▶ Reflexionspapier:  
[www.kurzlink.de/eukom-finanz-280617](http://www.kurzlink.de/eukom-finanz-280617)
- ▶ CAN Europe:  
[www.kurzlink.de/can-eubudget-280617](http://www.kurzlink.de/can-eubudget-280617)
- ▶ SDG Watch Europe:  
[www.kurzlink.de/sdg-eubudget-120617](http://www.kurzlink.de/sdg-eubudget-120617)

#### Brexit

### Beginnende Deregulierung?

■ EU-Bestimmungen zu Brandschutz, Luftqualität und Chemikalien scheinen in Großbritannien verschiedenen Quellen zufolge ersten Anflügen von Deregulierung zum Opfer zu fallen.

Nach Informationen der britischen Zeitung The Guardian hat eine Expertengruppe daran gearbeitet, EU-Brandschutzbestimmungen in Großbritannien abzubauen. Wenige Wochen, bevor es zu der verheerenden Brandkatastrophe im Grenfell Tower in London kam, hatte anscheinend eine von der britischen Regierung unterstützte Initiative zum Bürokratieabbau ein entsprechendes Papier vorgelegt. Es zielte darauf ab, die EU-Brandschutzregeln für Baumaterialien und Verschalungen von Gebäuden zu verwässern.

Greener UK, ein Zusammenschluss von 13 ▶

## „Es gibt nur eine Gerechtigkeit – wir können die Augen nicht vor der Umverteilungsfrage verschließen“

Die Kernforderungen des DNR zur Bundestagswahl zielen auf die Umsetzung der Nachhaltigkeit als zentrale Leitlinie der Politik ab. Auch für die Mehrheit der BundesbürgerInnen ist laut der jüngsten Umweltbewusstseinsstudie des Bundesumweltministeriums ein „Weiter so“ in Sachen Umwelt keine Lösung. Hier müssen die Verbände konkrete Vorschläge machen, sagt Kai Niebert.

### Der Klimawandel, der Verlust der Artenvielfalt oder Plastikmüll in den Ozeanen, um nur einige Beispiele zu nennen, beunruhigen die Deutschen. Warum werden diese Themen Ihrer Ansicht nach von den Parteien so stiefmütterlich behandelt?

Die Beschlüsse zum Klimaabkommen in Paris oder die Nachhaltigkeitsziele von New York (SDG) hat die Bundesregierung unterzeichnet. Jetzt muss es in die Umsetzung gehen: Wie gieße ich das in Gesetze hinein und wie bringe ich es in die Exekutive, wie setze ich es in Verwaltung um. Das ist das eine, das andere ist: Im laufenden Wahlkampf spielt Gerechtigkeit eine ganz große Rolle. Angeschoben von Martin Schulz, der damit Anfang des Jahres hohe mediale Aufmerksamkeit und hohe Zustimmung in der Bevölkerung auf sich gezogen hat. Aber auch die Union greift das auf und nutzt es für sich. Aber was heißt eigentlich Gerechtigkeit? Bisher wird da sehr einseitig auf soziale Gerechtigkeit, vielleicht noch auf Verteilungsgerechtigkeit gesetzt. Es gibt einen breiteren Rahmen: Was hat das etwa mit der Gesundheit der Leute zu tun? Die Themen fallen hinten runter. Aber das sind eben unsere Umweltthemen. Zum Beispiel ist gerade durch die Medien gegangen, dass reiche Menschen im Schnitt bis zu zehn Jahre länger leben als arme. Das hat damit zu tun, dass sie sich anders ernähren, dass sie anders wohnen. Wer atmet denn den Dreck aus den Auspuffen ein, wer wohnt denn unter einer hohen Lärmbelastung an viel befahrenen Straßen? Das hat alles eine lebensverkürzende Wirkung. Diese Aspekte von Gerechtigkeit spielen im Bundestagswahlkampf überhaupt keine Rolle.

### Eine Mehrheit der Deutschen betrachtet Umweltschutz als Voraussetzung für die Lösung gesellschaftlicher Zukunftsaufgaben. Gleichzeitig sehen die meisten Ökologie und Soziales in einem Spannungsfeld. Wie muss die Politik darauf reagieren?

Ja, vollkommen richtig. Das ist eine Polarisierung, die es so nicht hätte geben dürfen. Ich glaube, dass da auch wir Umweltverbände Fehler gemacht haben, nicht früh genug darauf reagiert haben. Es gibt Leute, die versuchen, soziale Gerechtigkeit der ökologischen Gerechtigkeit gegenüberzustellen. Ich halte das für falsch. Ich glaube, es gibt nur eine Gerechtigkeit. Da kann ich nicht abwägen zwischen: Was ist ökologisch

gerecht, was ist sozial gerecht? Die Beispiele, die ich gerade genannt habe, zeigen wunderbar auf, wie das miteinander verzahnt ist. Wo wohne ich aufgrund meines Einkommens und was macht das mit meiner Gesundheit? Wenn wir ein nachhaltiges Leben und mehr Umweltqualität in Deutschland ermöglichen wollen, dann können wir die Augen nicht vor der sozialen Frage, vor der Umverteilungsfrage verschließen. Deswegen halte ich es für richtig, dass sich mehrere unserer Verbände auch am Bündnis Umverteilen beteiligt haben, wo genau das deutlich wird.

### Der DNR fordert ein neues Steuersystem ohne umweltschädliche Subventionen. Was muss dafür finanzpolitisch geschehen?

Verschiedene Parteien, gerade die Union, machen sich dafür stark, dass Steuererhöhungen gar keine Rolle spielen. Politisch notwendig wäre eine grundlegende Finanzreform, wo wir viel stärker Verschmutzungen, viel weniger Arbeit besteuern müssten. Also, wenn eine Tonne CO<sub>2</sub> rund 100 Euro an Schäden verursacht – gesundheitlicher, ökologischer oder sozialer –, dann muss das eingepreist werden. Dann kann ich den Faktor Arbeit entlasten und dadurch tatsächlich auch Steuerungsmechanismen entfalten. Bei der Subventionsfrage sind die Parteien durchaus offener. Wir haben in Deutschland 59 Milliarden Euro umweltschädliche Subventionen, die wir jedes Jahr verteilen. Zum Vergleich: Das Umweltministerium hat einen Haushalt von 4,6 Milliarden Euro. Die großen Entscheidungen, wie geht es mit der Umweltqualität weiter, werden leider im Moment faktisch woanders getroffen.

### Nämlich?

Die werden im Wirtschaftsministerium, im Ministerium für Arbeit und Soziales, im Finanzministerium und im Landwirtschaftsministerium getroffen. Da müssen wir ran. Wie kann es denn sein, dass der Diesel noch subventioniert wird. Da wurde gelogen und betrogen. Wir müssen die Verkehrswende bis spätestens 2030, 2035 vollzogen haben. Dann dürfen nur noch Elektroautos auf den Straßen fahren. Es kann nicht sein, dass ich mit den sieben Milliarden das tue, als ließe sich das bisherige System so weiterführen. Wenn man diese sieben Milliarden in den Aufbau einer neuen Infra-

struktur stecken würde, etwa eine Elektromobilitätsinfrastruktur, dann erhält und schafft man Arbeitsplätze und macht deutlich, es braucht einen Übergang.

### Bestechende Idee – wie sind die Entscheidungsträger davon zu überzeugen?

Ich glaube, genau mit solchen Elementen, die zeigen, es kostet nichts und es hat eine große Lenkungs- und Symbolwirkung. Wie in den 90er-Jahren das 100.000-Dächer-Programm [zur Förderung von Fotovoltaikanlagen, die Red.]. Damit ist man in den Wahlkampf gegangen, das war etwas Greifbares, da konnte man am Ende messen, was man erreicht hat. Genau das ist die Aufgabe der Umweltverbände, nicht nur darauf hinzuweisen, das wollen wir nicht mehr, sondern aufzuzeigen, was wollen wir denn stattdessen. Und zwar mit ganz konkreten Vorschlägen.

### Wie kann die Zivilgesellschaft noch aktiver in politischen Prozessen mitmischen?

Die Zivilgesellschaft in Deutschland ist aktiv. Es gibt kein anderes Land der Welt, in dem sich so viele Menschen ehrenamtlich engagieren. Allein beim Deutschen Naturschutzring, in seinen Mitgliedsorganisationen, werden zehn Millionen Menschen erreicht, das wäre jeder achte Mensch in Deutschland, der sich für die Umwelt engagiert. Trotzdem kann man die politische Partizipationsfähigkeit noch steigern. Zum Beispiel mit bundesweiten Volksentscheiden über verfassungskonforme Vorschläge oder mit Zukunftsräten, in denen Bürgerinnen und Bürger, Experten und Politiker zur Beratung zusammenkommen. Ich glaube, wir können mehr Demokratie und mehr Experimente wagen.

[Interview: Marion Busch]

Der Professor für Didaktik der Naturwissenschaften Dr. Kai Niebert ist Präsident des DNR.

**Kontakt:**  
Tel. +49 (0)30 / 678  
775-902,  
E-Mail: niebert@  
dnr.de,  
www.dnr.de



Umweltschutzorganisationen, warnte am ersten Jahrestag des Brexit-Referendums vor der großen Unsicherheit darüber, wie sich der Brexit auf den Umwelt- und Naturschutz auswirken werde. Es sei nach wie vor unklar, ob die EU-Chemikalienverordnung REACH sowie Luftreinhaltestandards für Großbritannien weiterhin gültig blieben. Das Bündnis hat eine Risikoanalyse („Risk Tracker“) veröffentlicht, um nachzuvollziehen, welche Bereiche wie stark durch den Brexit gefährdet sind. [aw]

- ▶ Artikel im Guardian:  
[www.kurzlink.de/guardian-fire-220617](http://www.kurzlink.de/guardian-fire-220617)
- ▶ Risk Tracker von Greener UK:  
[www.greeneruk.org/RiskTracker.php](http://www.greeneruk.org/RiskTracker.php)

#### Interessenkonflikte

### Unabhängiger Schein

■ Die europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit (EFSA) hat im Juni neue Unabhängigkeitsregeln beschlossen. Darunter sind Regeln zur Cooling-off-Periode („Abkühlungsphase“), nach denen externe Sachverständige automatisch von Gremien der EFSA ausgeschlossen würden, wenn sie in den zwei Jahren zuvor bei Organisationen angestellt waren, die in den Zuständigkeitsbereich der EFSA fallen. Vor

dem Beschluss hatten zivilgesellschaftliche Akteure eine Verschärfung der Regeln eingefordert. Es müsse öffentlich gemacht werden, wer hinter der Finanzierung von wissenschaftlichen Studien stecke. Die Karenzzeit soll von zwei auf fünf Jahre angehoben werden. Die Brüsseler Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory (CEO) hatte in einem Bericht aufgedeckt, dass 46 Prozent der EFSA-Ausschussmitglieder mindestens einen finanziellen Interessenkonflikt mit Unternehmen aus der Agrar- und Lebensmittelbranche hätten, die sie regulieren sollen.

Mit den neuen Maßnahmen bleibt es fraglich, ob die EFSA-MitarbeiterInnen unabhängig von Industrieinteressen agieren. [aw]

- ▶ EFSA: [www.efsa.europa.eu/de/press/news/170621](http://www.efsa.europa.eu/de/press/news/170621)
- ▶ Kritik von CEO: [www.corporateeurope.org/efsa/2017/06/recruitment-errors](http://www.corporateeurope.org/efsa/2017/06/recruitment-errors)

#### Europäische Bürgerinitiative

### Konsultation läuft

■ Die EU-Kommission will die Verordnung der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) überarbeiten. Dafür hat sie eine öffentliche Konsultation gestartet. Interes-

sierte EU-BürgerInnen können einen Onlinefragebogen ausfüllen, der in sämtlichen Amtssprachen der EU verfügbar ist. Dafür hatte sich maßgeblich die europäische Kampagne für die EBI (ECI Campaign) starkgemacht.

Das Kampagnenteam verbindet mit dem Vorstoß der Kommission die Hoffnung, eine funktionsfähige EBI mit größerer politischer Wirkung auf den Weg zu bringen. Alle Interessierte haben noch bis zum 16. August die Möglichkeit, eigene Erfahrungen und Empfehlungen zu den verschiedenen Aspekten der EBI einzubringen. Für Ende 2017 wird der Vorschlag der EU-Kommission für eine Novellierung der EBI erwartet. [aw]

- ▶ Konsultation: [www.kurzlink.de/ebi-konsultation](http://www.kurzlink.de/ebi-konsultation)
- ▶ Kampagne: [www.citizens-initiative.eu/can-help-save-eci-now](http://www.citizens-initiative.eu/can-help-save-eci-now)

#### EU-Rechtsverstöße

### Allzeittief in EU-28

■ Die Europäische Kommission hat im Juli ihren Jahresbericht 2016 zur Umsetzung und Einhaltung von EU-Recht veröffentlicht. Das Fazit: Mitgliedstaaten verstießen häufiger gegen EU-Vorschriften als in den fünf Jahren zuvor.

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## A wie Ausweg

Ob große Prestigeprojekte oder neue Wohnanlagen – überall wird gebaut. Die ökologischen Auswirkungen einer grenzenlosen Bauwelt sind hinreichend bekannt. Trotzdem verschwindet immer mehr wertvoller Boden unter tristem Grau. Ein Ausweg könnte sein, das freie Entwerfen in der Architektur wiederzuentdecken und auf diese Weise ein fantasievolles und verantwortungsvolles Bauen zu fördern.

**H. Jennes**  
**Entwerfen statt Bauen**  
 Ein architekturphilosophisches Plädoyer für die Rehabilitation des Bodens  
 248 Seiten, broschiert, mit zahlreichen Abbildungen, 29,95 Euro,  
 ISBN 978-3-96006-019-2

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de)

Die guten Seiten der Zukunft 

Binnenmarkt, Industrie, Unternehmertum, kleinere und mittlere Unternehmen sowie Umweltschutz waren auch 2016 die Politikbereiche, in denen die meisten Vertragsverletzungsverfahren eröffnet wurden. Die meisten Verfahren liefen gegen Deutschland und Spanien (beide 91), Belgien (87) und Griechenland (86). Zypern und Belgien wiesen die höchste Zahl anhängiger Fällen wegen verspäteter Umsetzung auf, Italien, die Slowakei und Dänemark die geringste.

Die EU-Kommission überwies 2016 sechs Verfahren gegen Deutschland an den Gerichtshof der EU. Im Umweltschutz ging es zum einen um Verstöße gegen die EU-Naturschutzrichtlinien im Falle des Kohlekraftwerks Hamburg-Moorburg und zum anderen um unzureichende Maßnahmen gegen zu hohe Nitratbelastungen des Grundwassers. [aw]

- ▶ Länderberichte (engl.): [www.kurzlink.de/eukom-recht-060717](http://www.kurzlink.de/eukom-recht-060717)
- ▶ Bericht über Politikfelder (engl.): [www.kurzlink.de/eukom-policy-060717](http://www.kurzlink.de/eukom-policy-060717)

Umweltverträglichkeitsprüfung

## Auf Reformkurs: Bürgerbeteiligung online

■ Anfang Juli hat der Bundesrat dem Gesetzentwurf zur Modernisierung des Rechts der Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zugestimmt. Zum einen soll die Öffentlichkeit umfassender beteiligt werden. Im Detail sollen die BürgerInnen verstärkt auf elektronischem Weg informiert werden. Über zentrale Internetportale soll ein direkter Zugang zu den UVP-Unterlagen gewährleistet werden.

Zum anderen schließt das Gesetz eine Regelungslücke: Bislang konnten Investoren die UVP-Pflicht umgehen, indem sie eine große Anlage, zum Beispiel einen Großstall, in mehrere kleine Bauvorhaben aufteilen. Dabei nutzten sie die sogenannte Salamitaktik. Diese Umgehungsmöglichkeit soll nach Aussage des Bundesumweltministeriums (BMUB) künftig

beseitigt werden. Damit sind in Zukunft derartige Trickereien von Investoren nicht mehr möglich. [aw]

- ▶ BMUB: [www.kurzlink.de/bmub-uvp-070717](http://www.kurzlink.de/bmub-uvp-070717)

## VERKEHR & TOURISMUS

Fahrzeugemissionen

## EU-Ausschuss für strengere Regeln

■ Die Abgeordneten des Umweltausschusses im EU-Parlament befürworten strengere Regeln für den Schadstoffausstoß von Pkws und Kleintransportern.

Auf ihrer Sitzung Ende Juni verabschiedeten die Ausschussmitglieder ihre Stellungnahme zur EU-Strategie für emissionsarme Mobilität. Fraktionsübergreifend sprachen sie sich sowohl für die Einführung einer neuen Schadstoffklasse Euro 7 ab 2025 aus als auch für Kontrollen der CO<sub>2</sub>-Emissionen von leichten Nutzfahrzeugen im realen Straßenbetrieb. Des Weiteren sollen die Konformitätsfaktoren abgeschafft werden, die derzeit noch Abweichungen der tatsächlichen Stickoxidwerte von denen auf dem Prüfstand ermittelten Werte erlauben.

Die Umweltorganisation Transport & Environment (T&E) bezeichnete die Stellungnahme als sehr ehrgeizig und begrüßte insbesondere das Vorhaben, ein Verkaufsziel für saubere Autos einzuführen.

Die Stellungnahme des Umweltausschusses wird in den Bericht des federführenden Verkehrsausschusses einfließen. Die Abstimmung dürfte im September dieses Jahres erfolgen. Über den Bericht beschließt das Plenum des Europäischen Parlaments dann voraussichtlich im Oktober. [aw]

- ▶ Verfahrensdokument: [www.kurzlink.de/esflem-dossier](http://www.kurzlink.de/esflem-dossier)
- ▶ Reaktion von T&E: [www.kurzlink.de/te-reaction-290617](http://www.kurzlink.de/te-reaction-290617)

## Nachhaltigkeit

# A-Z



## Wie Innovation

Ein undurchsichtiger Tarifdschungel, unzureichende Verbindungen und ungerechtfertigt hohe Preise – das schreckt viele Menschen davon ab, den Bus oder die Bahn zu nehmen. Das »Bürgerticket«, ein neues innovatives Finanzierungsmodell, könnte das ändern und den ÖPNV deutlich attraktiver machen. Gregor Waluga untersucht dies am Beispiel Wuppertals. Abgerundet wird seine Studie durch Vorschläge an Politik und Wirtschaft, wie das Bürgerticket in der Praxis umgesetzt werden kann.

**G. Waluga**  
**Das Bürgerticket für den öffentlichen Personennahverkehr**  
 Nutzen – Kosten – Klimaschutz  
 356 Seiten, broschiert, mit zahlreichen Abbildungen, 34,95 Euro,  
 ISBN 978-3-96006-023-9

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter [www.oekom.de](http://www.oekom.de). Auch als E-Book erhältlich.



Die guten Seiten der Zukunft

Radverkehr in der EU

## Strategie überreicht

■ Am Ende der diesjährigen Radverkehrskonferenz Velo-City Mitte Juni im niederländischen Arnhem-Nijmegen haben die TeilnehmerInnen ihren Vorschlag für eine europäische Radverkehrsstrategie an EU-Verkehrskommissarin Violeta Bulc übergeben. Die EU-Exekutive wird dazu aufgerufen, die Entwicklung einer offiziellen EU-Radverkehrsstrategie in ihr Arbeitsprogramm 2018 oder nachfolgende Initiativen zu integrieren. Das Papier gibt Empfehlungen für nachhaltiges Wachstum und, wie Radverkehr attraktiver gemacht werden kann. Die Maßnahmen sind für die Umsetzung auf europäischer, aber auch auf nationaler und kommunaler Ebene ausgerichtet. Bulc teilte über den Kurznachrichtendienst Twitter mit, sie und ihr Team würden sich den Vorschlag genau anschauen.

Die nächste Velo-City wird im kommenden Jahr in Rio de Janeiro stattfinden. [aw]

- ▶ Mehr zum Vorschlag:  
[www.ecf.com/eu\\_cycling\\_strategy](http://www.ecf.com/eu_cycling_strategy)
- ▶ [www.velo-city2017.com](http://www.velo-city2017.com)

Schienenverkehr in Deutschland

## Ein Masterplan für Güter

■ Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt hat im Juni den Masterplan Schienengüterverkehr vorgestellt. Im kommenden Jahr sollen aus dem Bundeshaushalt 350 Millionen Euro in den Güterverkehr fließen, mit dem Ziel, die Trassenpreise deutlich zu senken und damit die Kosten für den Transport auf der Schiene zu reduzieren. Darüber hinaus soll mit den Bundesmitteln die Infrastruktur weiter ausgebaut sowie Digitalisierung und Automatisierung von Transport- und Verladeprozessen vorangetrieben werden.

Die Allianz pro Schiene begrüßte den Masterplan des Bundesverkehrsministeriums (BMVI). Er stelle ein „wichtiges Strategiepapier“ dar, das bestehende Wettbe-

werbsverzerrungen zwischen Güterzügen und Lkws an wesentlichen Stellen abmildert.

Nach dem Güterverkehr müsse nun der Personenverkehr auf der Schiene nachziehen. So demonstrierten Bundestagsabgeordnete auf einem parlamentarischen Abend im Juni parteiübergreifend Einigkeit bei der Frage nach Senkungen der Trassenpreise auch im Eisenbahnpersonenverkehr. [aw]

- ▶ BMVI: [www.kurzlink.de/bmvi-master-230617](http://www.kurzlink.de/bmvi-master-230617)
- ▶ Reaktion Allianz pro Schiene:  
[www.kurzlink.de/aps-master-230617](http://www.kurzlink.de/aps-master-230617)

VW-Abgasaffäre

## Staatsversagen ja oder nein

■ Ende Juni haben die Mitglieder des parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) zur Abgasaffäre ihren Abschlussbericht veröffentlicht. Ziel des PUA war es, die Ursachen für die Diskrepanz zwischen Stickoxidmesswerten von Dieselfahrzeugen auf dem Prüfstand und im realen Fahrbetrieb auf der Straße zu untersuchen. Zusätzlich gingen die Abgeordneten der Frage nach einer Mitschuld des Staates nach. Während die Regierungsparteien kein Staatsversagen feststellten, tragen staatliche Behörden nach Ansicht der Oppositionsparteien Die Linke und Die Grünen sehr wohl Verantwortung für den VW-Skandal.

BUND-Verkehrsexperte Jens Hilgenberg kommentierte das Papier: „Der Untersuchungsausschuss endet als Bettvorleger vor Herrn Dobrindts Schlafcouch. Der Verkehrsminister und die ganze Bundesregierung stellen sich tot.“ Darüber hinaus forderte der ökologische Verkehrsclub Deutschland (VCD), dass die künftige Bundesregierung für eine unabhängige Marktüberwachung sorgen müsse. Zudem könnten Typgenehmigung und die Überwachung von Abgasgrenzwerten nicht mehr aus einer Hand erfolgen. [aw]

- ▶ PUA: [www.kurzlink.de/5-pua-ende](http://www.kurzlink.de/5-pua-ende)
- ▶ BUND: [www.kurzlink.de/bund-pua-kommentar](http://www.kurzlink.de/bund-pua-kommentar)
- ▶ VCD: [www.kurzlink.de/vcd-pua-kommentar](http://www.kurzlink.de/vcd-pua-kommentar)

WASSER & MEERE

EU-Fischereipolitik

## Mehrjahresplan für die Nordsee

■ Der Fischereiausschuss des Europäischen Parlaments (PECH) hat Mitte Juli für einen Mehrjahresplan für die Nordsee gestimmt. Dieser umfasst alle Grundfischarten, die bei der Nordseefischerei rund 70 Prozent der Fänge ausmachen. Damit stellt der Managementplan Regeln für mehrere Tausend Fischereifahrzeuge aus derzeit sieben EU-Nordseeanrainerstaaten auf. Der PECH möchte auch klare Vorgaben für Drittländer wie Norwegen und zukünftig Großbritannien aufnehmen. Damit soll sichergestellt werden, dass gemeinsam bewirtschaftete Bestände nicht über die im Nordseeplan beschlossenen Höchstmengen hinaus befischt werden dürfen. „Es gilt, die Ziele und Erfolge der Fischereireform zu verteidigen – auch über den Brexit hinaus. Dafür brauchen wir eine entsprechend klare Verhandlungsgrundlage“, sagte die Berichterstatterin Ulrike Rodust (S&D, Deutschland).

Die Europäische Union hat sich mit der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) verpflichtet, ihre Fischbestände wiederaufzubauen und die Überfischung bis 2020 zu beenden. Die Meeresschutzorganisation OCEANA hatte im Vorfeld der PECH-Sitzung gefordert, sich streng nach den wissenschaftlichen Vorgaben zu richten und damit nicht die Mängel des Ostseeplans zu übernehmen. Die Organisation fordert ein Ende der Überfischung, einen strengen Schutz für sogenannte Bestandsauffüllgebiete wie Laich- und Aufzuchtgewässer und Maßnahmen zur Erholung aller Fischpopulationen. Darüber hinaus müssen der Ökosystem-Ansatz im Fischereimanagement angewendet und die negativen Auswirkungen der Fischerei auf sensible Arten und Habitate minimiert werden.

Um die Bedeutung der Nordsee für die maritime Biodiversität und die Fischerei herauszustreichen, sind einige Oceana-

Meereswissenschaftler derzeit auf einer zweimonatigen Meeresexpedition in den Gewässern von Dänemark, Deutschland, den Niederlanden, Norwegen und Großbritannien unterwegs. Das Projekt dokumentiert sensible Habitate und Arten und will das Netzwerk der geschützten Meeresgebiete in der Region stärken. Dazu gehören auch die Ausweisung von Gebieten, die wichtige Bestandserholungsgebiete sind, wo sich Fische in Ruhe entwickeln und vermehren können. [jg]

- ▶ PECH: [www.kurzlink.de/pech-2017-07-12](http://www.kurzlink.de/pech-2017-07-12)
- ▶ Berichterstatte: <http://ulrike-rodust.eu/2017>
- ▶ OCEANA: [www.kurzlink.de/oceana-2017-07-10](http://www.kurzlink.de/oceana-2017-07-10)

#### Gesamtkonzept Elbe

### Verbände fordern Überprüfung

■ Ende Juni hat der Bundestag eine Entschließung zum Gesamtkonzept Elbe (GKE) angenommen. In dem Gesamtkonzept werden flussbauliche Maßnahmen akzeptiert, „wenn sie zugleich ökologischen, wasserwirtschaftlichen und verkehrlichen Zielen dienen und diese Ziele in sinnvoller Weise verbinden“. Übergreifende Ziele sind vor allem Erosionsbekämpfung, besere

Schiffahrtsverhältnisse sowie Erhaltung und Wiederherstellung von Habitaten und Lebensraumtypen in Gewässern, Ufern und Auen. Der Bundestag verlässt allerdings mit der Entschließung die im GKE getroffenen Vereinbarungen. Mit Tschechien soll über Parameter zur Fahrrinntiefe verhandelt und ein Staatsvertrag vereinbart werden.

Die Bundesregierung wurde aufgefordert, das Gesamtkonzept rasch mit entsprechenden Maßnahmen zu unterlegen und erforderliche Planfeststellungsverfahren vorzubereiten. Damit verbunden war eine Aufforderung, dem Bundestag für die Umsetzung des Gesamtkonzeptes einen entsprechenden Haushaltsvorschlag 2018 vorzulegen. Ein Antrag von Bündnis 90/Die Grünen für ein ökologisches Gesamtkonzept wurde abgelehnt.

Die Umweltorganisationen BUND, NABU und WWF sowie die Bürgerinitiative Pro Elbe und VertreterInnen der Kirchen forderten die Regierungsparteien auf, sich an den gesteckten Rahmen des Gesamtkonzeptes Elbe zu halten und zunächst zu prüfen, ob die darin formulierten Ziele tatsächlich erreichbar sind. Zuallererst müsse geklärt werden, ob eine verlässliche Fahrrinntiefe von mindestens 1,40 Metern an 345 Tagen im Jahr überhaupt herstellbar und ob dies mit den Naturschutzzielen vereinbar sei. Der Elbe fehle immer häufiger

die nötige Wassermenge für eine rentable Güterschiffahrt. Das Konzept könne bisher allenfalls als Zwischenstand für einen wirklichen Masterplan für die Elbe gesehen werden, Planfeststellungsverfahren und Staatsverträge könnten daraus nicht abgeleitet werden. [jg]

- ▶ [www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw25-de-elbe/509796](http://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2017/kw25-de-elbe/509796)
- ▶ Pressemitteilung Verbände: [www.kurzlink.de/gke-bund-2017-06-22/](http://www.kurzlink.de/gke-bund-2017-06-22/)
- ▶ BUND Elbeprojekt, Iris Brunar, Tel. +49 (0)340 / 8507978, E-Mail: [iris.brunar@bund.net](mailto:iris.brunar@bund.net)

#### Gewässerschutz

### Spurenstoffstrategie in Arbeit

■ Seen, Flüsse und Küstengewässer sollen wirksamer vor Spurenstoffen geschützt werden, die aus Medikamenten, Haushalts- und Industriechemikalien oder Pflanzenschutzmitteln stammen können. Eine seit November letzten Jahres bestehende Dialogrunde mit VertreterInnen aus Industrie, Zivilgesellschaft, Wasserwirtschaft und Bundesländern hat für eine künftige Spurenstoffstrategie des Bundes eine Reihe von Empfehlungen erarbeitet und Ende Juni veröffentlicht. Unter anderem soll

Der Zukunftskongress vor der Wandelwoche Hamburg:

## Land unter und alle wohl auf?

Die Nachhaltigkeitsziele der UN  
Zukunftsideen für Hamburg

Sa. 30.09.2017, 10–18 Uhr

Vorträge | Diskussionen | Workshops  
Hamburg Wälderhaus, Am Inseelpark 19  
Eintritt frei

[www.zukunftsrat.de](http://www.zukunftsrat.de)

**Z** ZUKUNFTSRAT  
HAMBURG

## wandel woche.

[Berlin/Brandenburg 07. – 17. September 2017]  
[Hamburg 01. – 07. Oktober 2017] [Lüneburg 22. – 27. Oktober 2017]

Mitmach-Aktionen, Exkursionen, Vorträge und Workshops  
bei Genossenschaften und Kollektiven, Mitgliederläden,  
Solidarischer Landwirtschaft und Gemeinschaftsgärten,  
Ressourcenpools und Commons-Projekten, CoWorking-Spaces,  
Wohnprojekten, Tausch-Veranstaltungen, Repair Cafés u.v.m.

GUT LEBEN UND ARBEITEN IN UNSERER STADT!  
[HTTP://WANDELWOCHE.ORG](http://WANDELWOCHE.ORG)

der Eintrag von Spurenstoffen bei der Herstellung verringert und ein bundeseinheitlicher Orientierungsrahmen für die Behandlung dieser Stoffe in Kläranlagen geschaffen werden. Hersteller und Produzenten chemischer Produkte, die Spurenstoffe mit sich bringen, sollen weitere Vorsorgemaßnahmen entwickeln. Hierzu müssen in einem gemeinsamen Prozess der Interessengruppen relevante Spurenstoffe festgelegt werden. [jg]

- ▶ [www.bmub.bund.de/presse](http://www.bmub.bund.de/presse) (Nr. 233/17)
- ▶ Stakeholder-Empfehlungen:  
[www.kurzlink.de/spurenstoffstrat-17](http://www.kurzlink.de/spurenstoffstrat-17)

## WIRTSCHAFT & RESSOURCEN

### G20-Gipfel

## Umweltfokus: Klima, Meere und Ressourceneffizienz

■ Die Staats- und Regierungschefs der 20 größten Volkswirtschaften der Welt haben im Juli in Hamburg getagt. In ihrer Abschlusserklärung bekannnten sie sich zu den UN-Nachhaltigkeitszielen sowie zum Klimaschutzabkommen von Paris – mit Ausnahme der USA.

Im Einzelnen einigten sich die G19 auf einen Aktionsplan zu Klima und Energie für Wachstum. Dieser beinhaltet neben national festgelegten Beiträgen, Langfriststrategien zur Dekarbonisierung und dem Ausbau von Energieeffizienz und erneuerbaren Energien auch die Förderung von Nachhaltigkeit im Energie- und Finanzsektor und die Anpassung an Folgen des Klimawandels.

Für den Umweltbereich sind außerdem die folgenden Initiativen interessant: die Fortführung des Aktionsplans Agenda 2030 zur nachhaltigen Entwicklung, der Aktionsplan zur Meeresvermüllung sowie der G20-Dialog zu Ressourceneffizienz.

Die Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDGs) sowie die Bekämpfung der Meeresvermüllung sind ebenfalls

noble Ziele, jedoch bleibt die Frage, wie viel von derartigen Aktionsplänen tatsächlich umgesetzt wird. Symbolischen Wert haben diese Pläne allemal. Auf Initiative von Bundesumweltministerin Hendricks ist auch ein Dialogforum zu Ressourceneffizienz ins Leben gerufen worden, das sich im November erstmalig treffen wird. Es beruht auf freiwilliger Basis und dient dem Austausch von Best-Practice-Beispielen.

Auch im Bereich Handel bekannnten sich die G20-Staaten zu Freihandel und gegen Protektionismus, allerdings sind Ausnahmen zugelassen. [lr]

- ▶ [www.g20.org/Content/DE/StatischeSeiten/G20/Texte/g20-gipfeldokumente](http://www.g20.org/Content/DE/StatischeSeiten/G20/Texte/g20-gipfeldokumente)
- ▶ [www.germanwatch.org/de/14102](http://www.germanwatch.org/de/14102)

### Freihandelsabkommen

## JEFTA-Leak belegt schwache Umweltstandards

■ Im Juli haben die EU und Japan eine politische Einigung für ein gemeinsames Freihandelsabkommen getroffen (kurz: JEFTA). Zuvor hatte Greenpeace Niederlande rund 200 Seiten der Verhandlungen veröffentlicht.

Aus diesen Dokumenten geht hervor, dass die vonseiten der EU-Kommission versprochenen hohen Umweltstandards in dem bekannten Stand der Verhandlungen nicht gegeben sind. EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström wies die Vorwürfe zurück.

Die geleakten Dokumente weisen aber auch auf ein grundlegendes Problem der Europäischen Handelspolitik hin: fehlende Transparenz. Obwohl die Öffentlichkeit schon bei medienwirksamen Verhandlungen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) Transparenz und Einblick in den Verhandlungsprozess gefordert hatte, halten die Mitgliedstaaten daran fest, Verhandlungen um Freihandelsabkommen hinter verschlossener Tür abzuhalten.

Selbst Bernd Lange (SPD), Vorsitzender des Handelsausschusses im EU-Parlament

und Unterstützer des TTIP-Abkommens, kritisierte die mangelnde Transparenz und forderte die EU-Mitgliedstaaten dazu auf, das EU-Handelsmandat zu veröffentlichen.

Das Freihandelsabkommen zwischen Japan und der EU wird seit März 2013 verhandelt. Die offizielle Unterzeichnung soll im Herbst erfolgen. [lr]

- ▶ [www.greenpeace.org/eu-unit/en/News/2017/Leaked-trade-papers/](http://www.greenpeace.org/eu-unit/en/News/2017/Leaked-trade-papers/)
- ▶ [www.kurzlink.de/eukom-2017-06-26](http://www.kurzlink.de/eukom-2017-06-26)

### Bürgerbeteiligung

## Bürgerinitiative gegen TTIP offiziell zugelassen

■ Die EU-Kommission hat die Registrierung der Europäischen Bürgerinitiative (EBI) „Stop TTIP“ nun doch beschlossen.

Die EBI fordert die Kommission dazu auf, dem Ministerrat der EU zu empfehlen, das Verhandlungsmandat für das Freihandelsabkommen zwischen EU und USA (TTIP) aufzuheben sowie das Freihandelsabkommen der EU mit Kanada (CETA) nicht abzuschließen.

Die Initiative Stop TTIP hatte bereits 2014 die Registrierung der Bürgerinitiative beantragt und wurde von der Kommission abgewiesen. Daraufhin startete das Bündnis eine „selbst organisierte“ EBI, die weit über drei Millionen UnterzeichnerInnen fand. Nun müssen erneut Unterschriften gesammelt werden.

Damit eine EBI erfolgreich ist, müssen innerhalb eines Jahres eine Million Unterschriften in mindestens sieben Mitgliedstaaten der EU gesammelt werden. Dann wird sich die EU-Kommission mit den Forderungen der EBI auseinandersetzen, ist aber nicht verpflichtet, dementsprechend zu handeln.

Die Entscheidung der Kommission ist die Konsequenz eines Urteils des Gerichtshofs der Europäischen Union von Mai 2017. [lr]

- ▶ [www.europa.eu/rapid](http://www.europa.eu/rapid) (Search: IP/17/1872)
- ▶ [www.stop-ttip.org/de](http://www.stop-ttip.org/de)

## Spezial: Bundestagswahl 2017

Das Thema Gerechtigkeit haben sich alle im Bundestag vertretenen Parteien auf die Fahnen geschrieben. Ob die im September neu gewählten Abgeordneten und die künftige Bundesregierung dies realisieren, wird sich zeigen. Mit dem Gang zur Wahlurne können die BundesbürgerInnen beeinflussen, wie die ihnen wichtigen Themen in der Politik umgesetzt werden. Aus Umweltsicht gehören dazu unter anderem die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen, eine ökologische Verkehrswende, das Ende der Massentierhaltung und der sozial verträgliche Kohleausstieg. Unsere GastautorInnen beleuchten diese Themen genauer.

In der Debatte über mögliche neue finanzpolitische Instrumente beweisen die Parteien wenig Mut. Suchergebnis nach Steuern für Verschmutzungen in den meisten Programmen: Fehlanzeige. Björn Klusmann führt aus, welche für die Umwelt positive Lenkungswirkung Preisanreize entfalten können.

Ein wichtiger Hebel zum Erreichen der internationalen Klimaschutzziele ist eine nachhaltige Mobilität. Denn für den Großteil der Treibhausgasemissionen ist der Verkehr verantwortlich. Und auch für die Gesundheit

der Menschen ist ein kohlendioxidneutraler Verkehr dringend erforderlich. Was das neue Kabinett dafür tun muss, beschreiben Michael Müller-Görnert und Philipp Kosok.

Auch in der Landwirtschaftspolitik sind sowohl ein Strukturwandel als auch ein gesellschaftlicher Wertewandel notwendig. Ein wesentlicher Ansatzpunkt ist, die Massentierhaltung zu beenden. Thomas Schröder sagt, wer zur Bundestagswahl geht, wählt auch den Tierschutz.

Und nicht zuletzt dreht es sich um die Kohle – nein, nicht um die klingende Münze, sondern um den Ausstieg aus der klimaschädlichen Kohleverstromung. Vertagen von Entscheidungen und Maßnahmen ist verboten, mahnen Franziska Buch und Philipp Bedall. Denn es ist höchste Zeit zu handeln.

Wir wünschen viel Spaß und gute Erkenntnisse beim Lesen. Treffen Sie eine gute Wahl für sich und Ihre Umwelt!  
[Die Redaktion]

### Finanz- und Steuerpolitik

## Kein Klimaschutz ohne marktwirtschaftliche Anreize

Erst zusammen mit den CO<sub>2</sub>-Kosten sagen Preise die ökologische Wahrheit

**Die Bundesregierung will CO<sub>2</sub>-Emissionen einsparen. Der Bundestag hat das Paris-Abkommen ratifiziert. Offen ist, wie die gesetzten Ziele erreicht werden sollen. Den Parteien fehlt zumeist der Mut, wirksame Schritte einzuleiten. Damit konterkarieren sie auch die notwendige Transformation zu einer nachhaltigen Wirtschaft und Gesellschaft. Preisanreize und ihre Lenkungswirkung bieten die Möglichkeit, diesen Wandel effektiv in Gang zu setzen. ■ VON BJÖRN KLUSMANN, FÖS**

Selten lassen sich die großen Unterschiede zwischen theoretischer Übereinstimmung und praktischem Handeln deutlicher erkennen als beim Klimaschutz. Auf der einen Seite: das theoretische und konsensuale Beratschlagen darüber, wie Deutschland den Wandel zu einer Green Economy bewerkstelligen kann und die damit verbundenen immensen Chancen. Hinzu kommt die breite Unterstützung der internationalen Klimaschutzvereinbarungen. Auf der anderen Seite: die langwierigen praktischen Verhandlungen um konkrete politische Maßnahmen, die Eingang in den Klimaschutzplan der Bundesregierung finden sollen – nach einer Einigung wird lange händierend gesucht. Doch hängen beide Ebenen unweigerlich miteinander zusammen – Theorie

allein bleibt eben grau. Dabei mangelt es nicht an Unterstützern – beispielsweise hatte die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung OECD jüngst mit der Studie „Investing in Climate, Investing in Growth“ gezeigt, dass Klimaschutzmaßnahmen und Wirtschaftswachstum Hand in Hand gehen und dass ein frühzeitiger Klimaschutz enorme Folgekosten verhindern kann. Warum fehlt den deutschen Parteien also so oft die Courage, Klimaschutzpläne langfristig zu denken und auf marktwirtschaftliche Instrumente wie einen gerechten CO<sub>2</sub>-Preis zurückzugreifen?

Dass sich die meisten Parteien dem Thema verweigern, ist umso erstaunlicher, wenn man die derzeitige Steuerstruktur betrachtet. Wir zahlen unsere Steuern heute

nicht auf das, was der Gesellschaft schadet, sondern auf das, was allen nützt. Der Staat finanziert sich zu fast zwei Dritteln durch Steuern auf den Faktor Arbeit und zu weniger als fünf Prozent durch Steuern und Abgaben auf die Nutzung natürlicher Ressourcen – Tendenz seit Jahren fallend.

### Preisanreize als Hebel für nachhaltiges Wirtschaften

Ein nachhaltiges Steuersystem sollte stattdessen umweltfreundliches Verhalten belohnen und umweltschädliches Verhalten mit höheren Preisen belegen. Die tatsächlichen Kosten von Umweltschäden und sozialer Ungerechtigkeit müssen den VerursacherInnen und nicht den SteuerzahlerInnen in Rechnung gestellt werden. Dies

geht, ohne die Bürger und Unternehmen in ihrer Entscheidungsfreiheit zu bevormunden oder durch Verbote einzuschränken. Zusätzlich werden jährlich noch immer 57 Milliarden Euro als umweltschädliche Subventionen zurückgegeben. Folglich sind umweltschädliche Produkte und Technologien finanziell oft die billigste Möglichkeit für VerbraucherInnen.

Im Rahmen der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage verglich die Bundesregierung im vergangenen Jahr die Instrumente zur Einsparung von Treibhausgasen. Das eindeutige Ergebnis: Die Reform der Energie- und Stromsteuern bewirkte mit Abstand die größte Einsparung, fast doppelt so groß wie die nächsteffektive Maßnahme (Änderung der Energieeinsparverordnung) und mehr als zwölffach so hoch wie zum Beispiel der Emissionshandel.

### Von wahren Preisen keine Spur

Davon, dass die Preise jedoch in den allermeisten Fällen nicht die ökologische Wahrheit abbilden, zeugen diverse Beispiele: Flüge von Berlin nach Köln werden zeitweise für absurde 9,99 Euro angeboten – ein Preis, wie er nur zum Nachteil von Arbeitnehmern, Steuerzahlern und Umwelt entstehen kann. Ein Preis, der den Konsumenten nur eines signalisiert: immer mehr, immer weiter – aber immer auf Kosten der anderen. Diese Preispolitik wird durch eine verzerrte deutsche Steuer- und Subventionspolitik erst ermöglicht. Auch bei der Kraftstoffbesteuerung ist es nicht gelungen, in den Abbau der Dieselbevorzugung einzusteigen. Der Steuervorteil beträgt etwa 18 Cent pro Liter und ist ökologisch nicht zu rechtfertigen. Denn Diesel wird trotz des 10 Prozent höheren Energiegehalts und des 13,3 Prozent höheren CO<sub>2</sub>-Gehalts gegenüber Benzin steuerlich begünstigt. So unterstützen die Steuern die Kaufentscheidung zugunsten der umweltschädlicheren Technologie.

Ähnliches gilt für die gesamte Energiebesteuerung: Die Steuersätze sind über die Energieträger hinweg nicht konsistent und in ihrer Höhe nicht ausreichend. Rechnet man die Energiebesteuerung auf CO<sub>2</sub> um,

entspricht die Energiesteuer auf Erdgas beispielsweise einem Preis von 27 Euro pro Tonne CO<sub>2</sub>, die auf leichtes Heizöl etwa 23 Euro pro Tonne. Zudem besteuert Deutschland leichtes Heizöl mit nur sechs Cent pro Liter, was in etwa ein Drittel des europäischen Durchschnitts darstellt. Da überrascht es nicht, dass der Absatz der Ölheizungen wieder ansteigt, während der Verkauf von Heizungen auf Basis erneuerbarer Energien stagniert.

### Wo die nächste Bundesregierung ansetzen muss

Mit einer grundlegenden Ausrichtung der Steuer- und Abgabenpolitik auf die beschlossenen Ziele könnte der Staat Anreize für eine nachhaltigere Wirtschaftsweise schaffen. Ein Umweltsteueranteil in Höhe der von der EU empfohlenen 10 Prozent würde jährliche Mehreinnahmen in Höhe von 75 Milliarden Euro gegenüber dem Status quo bedeuten. Damit könnten beispielsweise die Steuern und Abgaben auf den Faktor Arbeit gesenkt oder BürgerInnen sowie Unternehmen anderweitig entlastet werden. Auch die energie-, klima- und umweltpolitischen Ziele der Bundesregierung rückten damit wieder in greifbare Nähe.

In der Energiebesteuerung können weitreichende, umweltschädliche Ausnahmen und Vergünstigungen abgebaut werden. Ein zentrales Element ist zudem ein gerechter und effektiver CO<sub>2</sub>-Preis über alle Sektoren hinweg – eine finanzielle Sektorkopplung. Dazu müssen die bestehenden Energiesteuern innerhalb der Sektoren Strom, Wärme und Verkehr angeglichen und zusätzlich ein CO<sub>2</sub>-Preis von anfänglich mindestens 30 Euro pro Tonne veranschlagt werden, der den unzureichenden Emissionshandel ergänzt. Zudem sollten die Folgekosten der Atom- und Kohleenergie verursachergerecht finanziert werden.

Im Verkehrssektor ist es unter anderem notwendig, das Dieselprivileg sowie milliardenschwere Steuerbegünstigungen in der Luftfahrt (durch Ausnahmen bei der Energie- und Mehrwertsteuer) abzuschaffen. Dies trüge zu mehr Kostengerechtig-

keit zwischen den Verkehrsträgern und zu mehr Technologieneutralität bei. Für eine nutzungsabhängige Finanzierung der Infrastruktur bedarf es darüber hinaus der Ausweitung intelligenter Mautsysteme (sowohl für Lkws als auch Pkws).

Im Agrarbereich kann die Beihilfepolitik umweltgerechter ausgestaltet werden, um die externen Kosten und den Nutzen der Landwirtschaft besser abzubilden. Pestizideinsatz sowie Stickstoffüberschüsse können mit Steuerinstrumenten geregelt werden. Natürliche Ressourcen müssen angemessen bepreist werden, sodass ihr Abbau auf ein gesellschaftlich und ökologisch verträgliches Maß beschränkt bleibt.

Im Sinne einer nachhaltigen Finanzreform ist das Ziel jedoch nicht, den Faktor Umwelt einfach stärker zu belasten. Vielmehr geht es um eine Umschichtung des Steueraufkommens zwischen den Faktoren: Was an zusätzlichen Umweltsteuereinnahmen erwirtschaftet wird, könnte wiederverwendet werden, um Lohnnebenkosten zu senken, Geringverdienende, EmpfängerInnen von Transferleistungen sowie nachhaltig wirtschaftende Unternehmen zu entlasten, Zukunftsinvestitionen zu tätigen oder Schulden abzubauen. Auf diese Weise würden bestehende Hemmnisse und Belastungen verringert und eine umwelt- und sozial verträgliche Transformation der Wirtschaft beschleunigt.

Um diese Ziele anzuschieben, hat das Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS) die „Initiative nachhaltige Finanzreform“ geschmiedet. Gemeinsam mit 18 weiteren Akteuren aus den Bereichen Umwelt, Soziales und Wirtschaft ebenso wie aus dem gewerkschaftlichen und kirchlichen Spektrum engagieren wir uns für einen Umbau der Steuerstruktur.

Björn Klusmann ist Geschäftsführer des Forums Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft (FÖS).

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 7623991-40,  
E-Mail: bjoern.klusmann@foes.de,  
www.foes.de



## Verkehrspolitik

# Nachhaltige Mobilität ist ein Muss

## Verkehrspolitische Forderungen an eine neue Bundesregierung

**Wesentlicher Treiber für die steigenden Treibhausgasemissionen ist in Deutschland der Verkehr. Eine Verkehrswende ist dringend nötig, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Doch nicht nur das: umweltschädliche Subventionen, das Steuersystem und die Gesundheit der Menschen verlangen einen CO<sub>2</sub>-neutralen Verkehr. ■ VON MICHAEL MÜLLER-GÖRNERT, PHILIPP KOSOK, VCD**

2017 ist das Jahr richtungsweisender Wahlen und mit der Bundestagswahl am 24. September streben wir seinem Höhepunkt entgegen. Neue Bedeutung erhält dabei die Klimaschutzpolitik. Nach der Ankündigung von US-Präsident Donald Trump aus dem Pariser Klimaabkommen auszusteigen, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel umgehend bekräftigt, am Klimavertrag festzuhalten und noch ambitionierter vorzugehen. Daran muss sich die künftige Regierung messen lassen. Um glaubwürdig zu bleiben, muss sie das Ruder herumreißen. Denn aktuell steigen die Treibhausgasemissionen in Deutschland und gefährden das für 2020 anvisierte Ziel, den Ausstoß gegenüber 1990 um 40 Prozent zu verringern. Wesentlicher Treiber für den Anstieg der Emissionen ist der Verkehr.

Deutschland braucht also Impulse für eine umfassende Verkehrswende – und zwar jetzt. Der im November 2016 verabschiedete Klimaschutzplan 2050 gibt mit dem Ziel eines klimaneutralen Verkehrs bis 2050 die richtige Richtung vor. Für die neue Bundesregierung gilt es klare Maßnahmen aufzustellen, um die gesteckten Ziele tatsächlich zu erreichen.

Das zweite wichtige Augenmerk gilt den Menschen und ihrer Lebensqualität. Luftverschmutzung, Lärm, immer weniger Raum zum Verweilen, all das beeinträchtigt die Lebensqualität und auch hier kann eine neue Mobilität entscheidend wirken. Ohne eine Änderung der Rahmenbedingungen zugunsten der umwelt- und klimaschonenden Verkehrsarten geht das nicht. Vor der Bundestagswahl hat der ökologische Verkehrsclub

Deutschland (VCD) zehn Kernforderungen aufgestellt – für die Einleitung der Verkehrswende als unverzichtbare Voraussetzung für die Verbesserung der Lebensqualität aller Menschen.

### Effizienz steigern und emissionsfreie Antriebe forcieren

Die maximale Reduktion des Endenergiebedarfs ist der Kern einer erfolgreichen Klimaschutzstrategie. Neben verkehrsvermeidenden und -verlagernden Maßnahmen ist es elementar, die Effizienzsteigerungspotenziale der Antriebe aller motorisierten Verkehrsträger auszuschöpfen sowie den Wechsel hin zu emissionsfreien Antrieben zu forcieren. Wichtiger Treiber sind hierbei die CO<sub>2</sub>-Grenzwerte. Die neue Bundesregierung muss sich auf EU-Ebene für eine ambitionierte Fortschreibung der bestehenden Regelungen für Pkws und leichte Nutzfahrzeuge bereits ab 2025 einsetzen, da nur so eine nennenswerte Emissionsminderung bis 2030 erreicht werden kann. Angesichts der prognostizierten Zuwächse im Straßengüterverkehr müssen entsprechende CO<sub>2</sub>-Vorgaben auch für schwere Nutzfahrzeuge spätestens ab 2020 eingeführt werden.

### Reform für Subventionen, Abgaben und Steuern im Verkehr

Laut Umweltbundesamt entfällt rund die Hälfte aller umweltschädlichen Subventionen in Deutschland auf den Verkehr. Dazu zählen insbesondere der vergünstigte Steuerersatz auf Dieselmotoren, die Pendlerpau-

schale sowie die Energiesteuerbefreiung für Kerosin und die Mehrwertsteuerbefreiung für grenzüberschreitende Flüge. Diese Subventionen sind kontraproduktiv und müssen abgebaut werden. Für die neue Bundesregierung heißt das: Dieselprivilegien beenden und Kraftstoffe einheitlich auf Basis des Energiegehalts oder der daraus resultierenden CO<sub>2</sub>-Emissionen besteuern. Im Flugverkehr gibt es Möglichkeiten, die Erhebung der Mehrwertsteuer auf Flugtickets bei grenzüberschreitenden Flügen zu verankern und zwar über eine Steuerüberarbeitung auf EU-Ebene.

Darüber hinaus ist es für die Verkehrswende notwendig, Abgaben und Steuern generell am Verursacherprinzip zu orientieren. Dann spiegeln Preise auch die ökologische Wahrheit wider, Marktverzerrungen werden abgebaut und umweltschonendere Alternativen gestärkt. Konkret heißt dies: emissions- und fahrleistungsabhängige Maut statt Flatrate auf Autobahnen sowie Umbau der Kfz- und Dienstwagensteuer auf Basis des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Frei werdende und zusätzliche Mittel schaffen Spielräume und können für Investitionen in die ökologischen Alternativen zum Autoverkehr investiert werden.

### Die Bahn als Zugpferd der Verkehrswende

Die heutigen Investitionen in das Schienennetz sind nicht ausreichend. Das zeigen immer mehr Engpässe gerade in den großen Bahnhöfen, aber auch zahlreiche überalterte Eisenbahnbrücken. Einer Verkehrsverlagerung hin zur Schiene ist das Schienennetz so nicht gewappnet. ►

VCD-Kernforderungen	CDU/CSU	SPD	GRÜNE	LINKE
CO <sub>2</sub> -Grenzwerte Pkw/Lkw 2030 eAutos	* (Keine Aussage)	(✓) Ambitionierte Grenzwerte für Pkw / Keine Aussage zu Lkw, eAuto	✓	✓
Abgasskandal Blaue Plakette Emissionstest	* (Keine Aussage) „Dieselfahrzeuge bleiben aufgrund ihres geringen CO <sub>2</sub> -Ausstoßes eine wichtige Option“	* (Keine Aussage)	✓	✓ / *: Aufklärung Abgasskandal ja / Blaue Plakette keine Aussage
Luftverkehrsteuer	* (Keine Aussage)	* (Keine Aussage)	✓	✓
Deutschland-Takt	✓	✓	✓	(✓) „Verlässliche, getaktete Fahrpläne“
Halbierung Schienenmaut	(✓) Nur für Güterverkehr	✓	✓	✓
Mindeststandards ÖPNV	* (Keine Aussage)	* (Keine Aussage)	* (Keine Aussage)	✓
Radschnellwege / NRVP eLastenrad-Prämie	✓/*: Radschnellwege ja/ eLastenrad-Prämie nein	✓/*: Radschnellwege ja / eLastenrad-Prämie nein	✓	✓
Straßenverkehrsgesetz Tempolimit Autobahn T30 reg. innerorts	* Ablehnung	* (Keine Aussage)	✓/(✓): Tempolimit Autobahn ja / mehr Möglichkeiten für Kommunen Tempobeschränkung	* / ✓: Keine Aussage Straßenverkehrsgesetz / Tempolimit Autobahn und Tempo 30 Regel innerorts ja
Mobilitätsbildung	* (Keine Aussage)	* (Keine Aussage)	* (Keine Aussage)	* (Keine Aussage)
Ökologische Steuerreform	* (Keine Aussage)	* (Keine Aussage)	✓	✓

► Die 10-Kernforderungen des VCD zur Bundestagswahl finden Sie ausführlich unter: [www.vcd.org/themen/verkehrspolitik/bundestagswahl](http://www.vcd.org/themen/verkehrspolitik/bundestagswahl)

Doch es bedarf noch mehr als Geld. Bundesregierung und Deutsche Bahn AG müssen effektiver investieren. Die Zeiten von kostspieligen, einzelnen Höchstgeschwindigkeitsstrecken sind vorbei. Der Deutschlandtakt muss zur Maßgabe für den Ausbau der Schienenwege werden. Denn auf seiner Basis werden Strecken nicht mehr für eine größtmögliche Geschwindigkeit ausgebaut, sondern für eine Geschwindigkeit, die notwendig ist, um gute Reise- und Umsteigemöglichkeiten ohne lange Wartezeiten und mit sicher erreichbaren Anschlüssen auch in den ländlichen Regionen zu erlangen.

Doch auch das beste Schienennetz nutzt wenig, wenn der Bahnverkehr weiter in einem verzerrten Wettbewerb mit der Straße steht. Hier sei das Stichwort Schienenmaut genannt. Im Gegensatz zum Straßenverkehr wird auf der Schiene überall und im vollen Umfang eine Nutzungsgebühr gezahlt. Hier braucht es eine Korrektur. Aus Sicht des VCD ist die generelle Halbierung der Trassenpreise unumgänglich. Der Schienenpersonenahverkehr könnte dadurch sein Angebot kontinuierlich ausbauen. Die Ticketpreise im Fernverkehr würden nicht weiter nach oben getrieben und im Güterverkehr stiege die Wettbewerbsfähigkeit der Bahnen erheblich gegenüber den Lkws.

## Die Gesundheit der Menschen in den Mittelpunkt

Immer mehr Kommunen wollen die Gesundheit und Lebensqualität ihrer Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt der Verkehrspolitik stellen, denn sie spüren, wie überfällig die Verkehrswende hier ist. Der Gesetzgeber muss die Gemeinden hierbei endlich unterstützen. Aktuell drängt die Einführung der blauen Plakette. Mit ihr können emissionsarme Fahrzeuge gekennzeichnet werden und Kommunen könnten dann gezielt Fahrzeuge mit hohem Schadstoffausstoß die Zufahrt untersagen. Derzeit steht das Straßenverkehrsrecht der Verkehrswende im Wege. Immer noch betont die Straßenverkehrsordnung den Vorrang für die „Flüssigkeit des Verkehrs“ und meint damit den Autoverkehr. Maßnahmen zum Schutz und zur Bevorrechtigung von Fußgängern und Radfahrern bedürfen hingegen stets einer örtlichen Einzelfallprüfung. So ist ein stadtweites Programm, das einer umweltfreundlichen Mobilität den Vorrang gibt, kaum möglich.

Die nächste Bundesregierung muss sich also klar zu einer Verkehrswende bekennen. Sie muss den Städten den rechtlichen Rahmen zum selbstbewussten

Handeln geben, den verzerrten Wettbewerb zwischen Schiene und Straße zu rechtrücken und umgehend einen Pfad für einen CO<sub>2</sub>-neutralen Verkehr auch auf der Straße einschlagen.

Dieser Text entstand mit Unterstützung der Pressesprecherin des VCD Anja Smetanin.

Philipp Kosok ist Referent für Verkehrspolitik beim VCD mit den Schwerpunkten Bahn- und öffentlicher Verkehr sowie multimodale Verkehrssysteme.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 280351-36,  
E-Mail: [philipp.kosok@vcd.org](mailto:philipp.kosok@vcd.org),  
org,  
[www.vcd.org](http://www.vcd.org)



Michael Müller-Görnert ist Referent für Verkehrspolitik beim VCD und Vorstandsmitglied des europäischen Dachverbands Transport & Environment.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)30 / 280351-19,  
E-Mail: [michael.mueller-goernert@vcd.org](mailto:michael.mueller-goernert@vcd.org),  
[www.vcd.org](http://www.vcd.org)



## Tierschutzpolitik

# Mehr Tierwohl im Stall

Der Deutsche Tierschutzbund fordert von der neuen Bundesregierung ein neues Tierschutzgesetz

**Der globalisierte Preiskampf in der Agrarpolitik geht nach wie vor auf Kosten der Tiere. Ein Tierschutzgesetz im wahrsten Wortsinn statt ein Tiernutzgesetz wie zurzeit praktiziert muss das Ziel einer neuen Bundesregierung sein. Dafür sind ein Strukturwandel und ein gesellschaftlicher Wertewandel nötig. Für Tierschutzbewegte ist diese Bundestagswahl auch eine Tierschutzwahl. ■ VON THOMAS SCHRÖDER, DEUTSCHER TIERSCHUTZBUND**

Die konventionelle Tierhaltung in der Landwirtschaft wird in der Gesellschaft zunehmend kritisch hinterfragt. Und das zu Recht: Tierschutz wurde zu oft mit dem Argument der Wirtschaftlichkeit weggewischt. Immer mehr Landwirte erkennen jedoch, dass die bisher nahezu ausschließlich auf Export und Wachstum ausgerichtete Agrarpolitik nicht mehr zukunftsfähig ist. Auch wenn Fleischverzehr der direkteste Weg zu mehr Tierschutz ist und bleibt, so müssen für die Tiere, die jetzt und heute in den Intensivställen gehalten werden, dennoch die bestmöglichen Bedingungen geschaffen werden. Dabei darf Wirtschaftlichkeit nicht vor Tierschutz gehen. Wichtig ist, dass die notwendige Wende in der Landwirtschaft nicht als Kampf gegen Landwirte interpretiert wird. Im Gegenteil: Es braucht eine zukunftsorientierte Tierhaltung, die auch für LandwirtInnen Chancen bietet. Dies sollten sich die Parteien im Bundestag, sollte sich die zukünftige Bundesregierung auf die Fahnen schreiben.

### Wirtschaftlichkeit darf nicht über Tierschutz gehen

Schaut man auf das Tierschutzgesetz, Artikel 1, dürfen keinem Tier ohne vernünftigen Grund Schmerzen, Leiden oder Schäden zugefügt werden. Das Staatsziel Tierschutz kommt hinzu. Von diesem Grundsatz ausgehend sollte die Tierhaltung in der Landwirtschaft – heute und in Zukunft – gedacht werden.

Dennoch haben wir ein Tierschutzgesetz, das den Namensteil „schutz“ im Grunde nicht verdient hat und das eher ein Tiernutzgesetz ist. Unter dem Strich weisen

das Tierschutzgesetz und seine Umsetzung erhebliche Mängel auf. Zum einen sind die Vorschriften des Gesetzes und nachgeordneten Regelungen oft unvollständig, auslegungsbedürftig, das heißt unklar, oder der Schutz, der den Tieren gewährt wird, ist schlicht nicht ausreichend, um ihr Wohlbefinden tatsächlich sicherzustellen. Für Puten und Milchkühe, für die es bisher nicht einmal eine gesonderte Halteverordnung gibt, sollte Artikel 1 des Tierschutzgesetzes eigentlich ganz besonders gelten. Die Realität sieht jedoch anders aus: Puten sind so extrem auf Leistungsmaximierung gezüchtet, dass viele der Tiere am Ende der Mast nicht mehr richtig laufen können. Ein natürlicher Deckakt ist nicht mehr möglich. Auch für Milchrinder fehlen gesonderte Haltevorgaben. Ihre durchschnittliche Lebenszeit liegt mittlerweile bei nur noch knapp fünf Jahren, weil die extreme Milchmenge die Physis der Tiere überfordert. Wirtschaftliche Gründe führen dazu, dass hochträchtige Kühe in den Transport und in die Schlachtung gehen. Hinzu kommen die vielen Ausnahmeerlasse zum Tierschutzgesetz, die schmerzhaft Eingriffe am Tier – ohne Betäubung – letztlich doch zulassen: Schnabelkürzen bei Geflügel, Schwänze kürzen und Eckzähne schleifen bei Schweinen, Hörner brennen bei Rindern. Millionen männliche Küken werden Jahr für Jahr aus wirtschaftlichen Gründen getötet. Die spezialisierte Zucht hat dafür gesorgt, dass die Legehennenrasen zwar maximale Legeleistung bringen, aber kein Fleisch ansetzen – männliche Tiere liefern also weder Eier noch Fleisch.

Darf aber wirtschaftlicher Zwang ein vernünftiger Grund sein, Tieren Schmerzen zuzufügen oder sie sogar zu töten?

Wer die Wirtschaftlichkeit an erster Stelle sieht und glaubt, seinen Markt damit zu sichern, dass man in den Preiswettbewerb in der immer mehr globalisierten Welt einsteigt, irrt. Statt einer Quantitätsdebatte brauchen wir eine Qualitätsdebatte. Tiere dürfen nicht manipuliert werden, um Defizite in der Haltung auszugleichen oder bestimmte Produktionsziele zu erreichen. Die Ausnahmen im Tierschutzgesetz, die diese Manipulationen zulassen, müssen gestrichen werden. Wir brauchen tiergerechte Haltungssysteme, die sich an dem natürlichen Verhalten und den Bedürfnissen der Tiere orientieren. Dazu braucht es ein neues Tierschutzgesetz. Dass die Zukunft nur mit einem wirklichen Mehr an Tierschutz im Stall möglich ist, bestätigen mittlerweile alle seriösen Experten. Die gesellschaftliche Debatte um mehr Tierwohl ist nicht mehr zurückzudrehen. Wir sprechen schon längst von einem Wertewandel, nicht mehr nur von einem Trend. Wir debattieren über das „Wie“, nicht mehr über das „Ob“. Dies sollte auch bei den Parteien angekommen sein. Bisher versuchte die Politik auf freiwilliger Basis Verbesserungen für die Tiere umzusetzen. Die Politik der „verbindlichen Freiwilligkeit“ von Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt (CSU) hat bisher jedoch praktisch keine Änderungen gebracht.

### Nationale Nutztierstrategie für Umwelt und Gesellschaft

Die zukünftige Bundesregierung und die sie tragenden Fraktionen müssen neben der Klärung der Strukturfragen und einer Anhebung des gesetzlichen Niveaus auch eine nationale Nutztierstrategie voranbringen ▶

und einen Plan liefern, der mit Tier- und Umweltschutz und den gesellschaftlichen Anforderungen im Einklang steht. Eine nationale Nutztierstrategie würde auch den Landwirten Planungssicherheit geben und die Chance bieten, den gesellschaftlich gewünschten Wertewandel mit allen Beteiligten in einer Art Roadmap festzulegen. Zudem könnten dann alle Fördertöpfe auf das gemeinsame Ziel ausgerichtet werden, beispielsweise für aufwendige Investitionen in Haltungssysteme aufseiten der Landwirte. Die entsprechenden Erkenntnisse und Handlungsempfehlungen für eine nationale Nutztierstrategie liegen bereits vor: So liefert beispielsweise das Gutachten des wissenschaftlichen Beirats im Bundeslandwirtschaftsministerium „Wege zu einer gesellschaftlich akzeptierten Nutztierhaltung“. Ebenso bieten der Abschlussbericht des Kompetenzkreises „Eine Frage der Haltung“ und der Tierschutzplan Niedersachsen eine Grundlage für eine andere, zukunftsorientierte Tierschutzstrategie, die bundesweite Umsetzung finden muss. Ein staatliches Tierschutzlabel kann dabei ein erster Schritt sein – vorausgesetzt die Kriterien bringen den Tieren ein wirkliches Mehr an Schutz.

Es liegt jetzt an den zur Bundestagswahl antretenden Parteien, mit ihren Wahlprogrammen ein schlüssiges Konzept für eine zukunftsfähige und tiergerechte Nutztierhaltung in der Landwirtschaft vorzulegen. Mit unseren Wahlprüfsteinen und unserer Kampagne „#Bundestagswahl ist Tierschutzwahl“ fragen wir die tierschutzrelevanten Positionen der Parteien ab und machen sie unseren Mitgliedern und allen interessierten Bürgern transparent. Klar ist: Diese Bundestagswahl wird auch eine Tierschutzwahl!

Thomas Schröder ist der Präsident des Deutschen Tierschutzbundes.

Kontakt:  
Tel. +49 (0)228 / 60496-0,  
E-Mail:  
bg@tierschutzbund.de,  
www.tierschutzbund.de/  
bundestagswahl



## Überblick – Tierschutz in ausgewählten Parteiprogrammen

### CDU/CSU

- ▶ Klonverbot
- ▶ Ressort BMEL soll erhalten bleiben
- ▶ EU-Agrarpolitik bleibt auf zwei Säulen, Direktzahlungen bleiben erhalten
- ▶ Weniger Bürokratie für Landwirtschaftsbetriebe
- ▶ Nutztierhaltungsstrategie einführen
- ▶ „Für CDU und CSU ist Tierschutz ein wichtiges Anliegen, denn Tiere sind unsere Mitgeschöpfe“
- ▶ Einführung staatliches Tierwohllabel
- ▶ „Artenschutz ist wichtig und unverzichtbar“

### SPD

- ▶ Einführung staatliches Tierschutzlabel auf Basis der Tierschutzlabel-Kriterien des Deutschen Tierschutzbundes
- ▶ Modernes Tierschutzgesetz, das nicht kurative Eingriffe verbietet – wörtlich genannt auch Schenkelbrand
- ▶ Qualzuchtverbot bei „Haustieren“
- ▶ Einführung „Ombudsstelle“ für besseren Tierschutz
- ▶ Sachkunde verbessern
- ▶ Verbandsklagerecht auf Bundesebene
- ▶ Baurechtsänderung
- ▶ „Öffentliche Gelder für öffentliche Aufgaben“
- ▶ Verbot gentechnisch veränderter Organismen

### Bündnis90/Die Grünen

- ▶ Pelztierverbot
- ▶ Tierheimfinanzierung stärken
- ▶ Überarbeitung des Tierschutzgesetzes
- ▶ Wildtierverbot im Zirkus
- ▶ Delfinhaltung beenden
- ▶ Verbandsklagerecht auf Bundesebene
- ▶ Handel mit exotischen Tieren regulieren
- ▶ Stärkung Alternativmethoden zu Tierversuchen

### Die Linke

- ▶ Klonverbot
- ▶ Schutz der Tiere in der Landwirtschaft
- ▶ Verbot tierquälerischer industrieller Nutztierhaltung
- ▶ Antibiotikareduktion
- ▶ Öffentliches Geld für öffentliche Leistungen/ Gemeinsame Agrarpolitik (GAP)
- ▶ Wilderei und illegalen Wildtierhandel bekämpfen
- ▶ Wildtierverbot in Zirkussen
- ▶ Schluss mit Delfinarien
- ▶ Verbot des gewerblichen Exotenhandels
- ▶ Bessere Transportbedingungen
- ▶ Verbandsklagerecht für Tierschutzorganisationen
- ▶ Verbot des Kükenschreddens
- ▶ Ersatz von Tierversuchen durch Alternativmethoden

### FDP

- ▶ Keine Verschärfung des Jagdrechts
- ▶ Kein Verbot der Freizeidfischerei, Tierschutz in der Fischerei sicherstellen
- ▶ Aquakulturen entbürokratisieren
- ▶ Keine ordnungsrechtlichen Vorgaben in der Nutztierhaltung
- ▶ Keine ehrgeizigen Tierwohl-Zertifizierungen
- ▶ Bei Heimtieren: „Lenken statt verbieten“
- ▶ Sachkunde bei Heimtieren verbessern
- ▶ Absage an Positiv- und Negativlisten
- ▶ Bundesweite Strategie zur Regulierung der Kormoranbestände

### AFD

- ▶ Schächtverbot
- ▶ Bäuerliche Tierhaltung
- ▶ Förderung von „Kleintierhaltungen“

[Quelle: Deutscher Tierschutzbund]

Überblick über alle Wahlprogramme:  
[www.bundestagswahl-2017.com/wahlprogramm](http://www.bundestagswahl-2017.com/wahlprogramm)

## Klima- &amp; Energiepolitik

# Das Pariser Klimaabkommen ist in Gefahr

Die deutsche Kohlepolitik kann den Weltklimavertrag zum Scheitern bringen

**Seit Jahren wird die Debatte um den klimapolitisch notwendigen Kohleausstieg Deutschlands ohne Ergebnis geführt. Die Politik duckt sich weg – unter Einfluss von Lobbyinteressen und aus Angst vor den Reaktionen aus den betroffenen Regionen. Wenn das Pariser Klimaabkommen umgesetzt werden soll, bleibt zum Vertagen der politischen Maßnahmen jedoch keine Zeit mehr. ■ VON FRANZISKA BUCH, UMWELTINSTITUT MÜNCHEN, UND PHILIP BEDALL, ROBIN WOOD**

Der Countdown läuft. Die Menschheit darf nur noch eine begrenzte Menge an Treibhausgasen emittieren, soll die globale Erwärmung auf 1,5 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau begrenzt werden. Dass es eine solche Beschränkung geben soll, darüber war sich die internationale Staatengemeinschaft beim Pariser Klimagipfel Ende 2016 einig. Doch war den Beteiligten klar, was dies bedeutet? Denn wenn die weltweiten Emissionen im Durchschnitt so hoch bleiben wie im Jahr 2014, ist das CO<sub>2</sub>-Budget für die Einhaltung des 1,5 Grad-Ziels bereits in etwas mehr als einem Jahr verbraucht. Angesichts dieser Dramatik ist die derzeitige Untätigkeit der Politik erschreckend. Zugegeben: Bei den internationalen Klimaverhandlungen

der letzten Jahre wurden die vereinbarten Ziele immer ambitionierter. Im Jahr 2010 hatte sich die Staatengemeinschaft in Cancún noch darauf geeinigt, dass die Erderwärmung die Zwei-Grad-Marke nicht überschreiten darf. Fünf Jahre später wurde das Pariser Klimaabkommen beschlossen. Nun soll der Temperaturanstieg deutlich unter zwei Grad bleiben und die Länder verpflichteten sich, Anstrengungen für eine Begrenzung unter 1,5 Grad zu unternehmen.

Doch dass diese Entscheidung sofort drastische wirtschafts- und umweltpolitische Maßnahmen nach sich ziehen müsste, scheint kein Thema zu sein. Dabei haben es kürzlich erschienene Studien für die Energieerzeugung vorgerechnet: Um den Weltklimavertrag zu erfüllen, muss Deutschland 2025 aufhören, Kohle zu verbrennen.<sup>(1)</sup> Selbst für die Erreichung des Zwei-Grad-Ziels von Cancún müsste sofort und konsequent gehandelt werden: Bis 2020 müsste über die Hälfte der heutigen Kohlekraftwerkskapazitäten vom Netz gehen und spätestens 2035 müsste der Ausstieg aus der Kohle abgeschlossen sein.<sup>(2)</sup>

## Klimaschutz als rhetorische Fassade

In völligem Kontrast zu den klimapolitisch notwendigen Maßnahmen steht das (Nicht-)Handeln der Bundesregierung. Zwar echauffiert sich Kanzlerin Angela Merkel über Trumps polternden Austritt aus dem Weltklimavertrag. „Nichts kann uns aufhalten“, gibt sie sich kämpferisch. Doch hinter dieser rhetorischen Fassade verabschiedet sich auch Deutschland aus dem Pariser Abkommen – still und leise.

So weigert sich die Regierung bisher, auch nur ein Datum für den Kohleausstieg zu nennen, geschweige denn einen verbindlichen Fahrplan festzulegen.

Das Argument: Die Menschen in den betroffenen Regionen sollen nicht verunsichert werden. Doch dies ist ein Trugschluss. Die Bundesregierung und mit ihr eine Vielzahl der politischen EntscheidungsträgerInnen leugnet zwei unabwendbare Entwicklungen: Erstens ist der Niedergang der Kohleindustrie in Deutschland seit vielen Jahren im Gange und nicht mehr abzuwenden. Die hier Beschäftigten sind bereits verunsichert und so oder so auf entschlossene Fördermaßnahmen für ihre berufliche Zukunft angewiesen.

Zweitens steigt mit der Verzögerung des Kohleausstiegs auch die Anzahl der Betroffenen. Die mit einer fortgesetzten Kohleverfeuerung steigenden Emissionen tragen zur Verschärfung des Klimawandels bei. Von ihm bedroht sind vor allem die besonders verwundbaren Bevölkerungsschichten in den Ländern des Südens, die aufgrund verstärkter und sich häufender Dürren, Überschwemmungen, Wasser- und Nahrungsmittelknappheit sowie daraus resultierender Konflikte ihre Lebensgrundlagen verlieren.

Auch in der Bundesrepublik sind bereits heute Folgen des Klimawandels spürbar. Jahrhundertüberschwemmungen und Hitzesommer treten inzwischen bereits alle paar Jahre auf. Unaufhaltsam schmelzen in den Alpen die Gletscher und der Skitourismus hängt am Tropf der künstlichen Beschneigung. Gerade hat das Umweltbundesamt einen Aktionsplan für den Gesundheitsschutz bei zunehmenden Hitzewellen veröffentlicht.

## Kernforderungen des DNR

Der Deutsche Naturschutzring hat vier Kernforderungen für die Bundestagswahl aufgestellt:

- ▶ ökologische Verkehrswende mit dem Ziel von Verkehrsvermeidung und Verlagerung auf umweltverträglichere Verkehrsträger,
- ▶ sozial verträglicher Ausstieg aus der Kohleerzeugung bis spätestens 2035,
- ▶ Neuausrichtung der Agrarpolitik mit Beendigung der industriellen Massentierhaltung,
- ▶ Abschaffung umweltschädlicher Subventionen durch Neuausrichtung des Steuer- und Abgabensystems.

Den vollständigen Forderungskatalog finden Sie im Internet unter [www.dnr.de/positionen/kernforderungen-bundestagswahl-2017](http://www.dnr.de/positionen/kernforderungen-bundestagswahl-2017)

Indes schockiert auch im beginnenden Bundestagswahlkampf die Gleichgültigkeit gegenüber der Klimakrise. Sowohl Peter Altmaier (CDU) als auch Christian Lindner (FDP) kamen bei öffentlichen Auftritten im Juni zu der Einschätzung, dass Deutschland seine Klimaziele verfehlen wird. Beide verbanden dies jedoch nicht damit, einen Maßnahmenkatalog vorzustellen, der das Fiasko verhindert. Im Gegenteil: In Nordrhein-Westfalen machte die neu gewählte schwarz-gelbe Landesregierung eine klimapolitische Rolle rückwärts. Mit ihrer Energiepolitik verweigert sie sich der Umsetzung des Weltklimavertrags. Das Klimaschutzgesetz soll abgeschafft, der Ausbau der erneuerbaren Energien gebremst und der Kohleausstieg verhindert werden. Auch im bereits veröffentlichten FDP-Bundestagswahlprogramm finden sich diese Leitlinien wieder.

### Klimapolitischer Rollback auf Bundesebene?

Und wie steht es mit der SPD? Die ambitionierteren umweltpolitischen Ziele strich sie im letzten Moment aus dem Leitprogramm zum Bundestagswahlprogramm. Übrig geblieben ist ein unmotiviertes „Weiter so“, das von der Rücksicht auf die Lobbyinteressen der konventionellen Energieindustrie und der Kohle-Gewerkschaften geprägt ist. Das Wort „Kohleausstieg“ kommt im Wahlprogramm nicht einmal vor.

Anders Bündnis 90/Die Grünen: Auf dem Programmparteitag im Juni rang die Partei um ihr Zieldatum für den Kohleausstieg als einen der zentralen Angelpunkte für den Klimaschutzbeitrag der Bundesrepublik. Während die Parteibasis bereits Ende 2016 einen Beschluss für den Kohleausstieg bis 2025 fasste, schlug der Parteivorstand für das Bundestagswahlprogramm ein Ende der Kohleverstromung im Jahr 2037 vor. Am Ende der Debatte steht nun ein Kompromiss: Mit den Grünen soll 2030 das letzte Kohlekraftwerk vom Netz gehen, die 20 emissionsintensivsten Kraftwerke jedoch sollen sofort abgeschaltet werden. Nun bleibt abzuwarten, ob Bündnis 90/Die Grünen den Kohleausstieg in der vorgeschlagenen Ausgestaltung im

Falle eines positiven Wahlergebnisses zur Koalitionsbedingung machen würden.

Dass ein beschleunigter Kohleausstieg bis 2025 oder spätestens 2030 nicht nur klimapolitisch notwendig, sondern auch technisch machbar ist, darauf macht ein Bündnis von Umweltorganisationen, darunter die Naturfreunde, Attac, Robin Wood und das Umweltinstitut München, mit dem Verweis auf aktuelle Forschungsergebnisse aufmerksam. Die Voraussetzung dafür ist ein beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien. Gleichzeitig fordern die Organisationen eine absolute Reduktion des Energieverbrauchs durch veränderte Produktions- und Konsummuster, um den Ausbaubedarf zu verringern und eine naturverträgliche Energiegewinnung zu ermöglichen.

Vor allem in den nächsten Jahren muss viel passieren: Um das 1,5-Grad-Ziel zu erreichen, ja selbst, um die Zwei-Grad-Grenze nicht zu überschreiten, müsste bereits innerhalb der nächsten Legislaturperiode mindestens die Hälfte der Kohlekraftwerkskapazitäten vom Netz gehen. Die ältesten und klimaschädlichsten Kraftwerke müssen sofort abgeschaltet werden. Um zugleich die Versorgungssicherheit zu gewährleisten, muss sich der Zuwachs der erneuerbaren Energien mindestens am Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) in seiner Fassung von 2014 orientieren.

Eine Begrenzung der globalen Erwärmung auf deutlich unter zwei Grad und möglichst auf 1,5 Grad ist für viele Menschen, gerade im Globalen Süden, lebensnotwendig. Eine entsprechende Begrenzung der CO<sub>2</sub>-Emissionen – und damit der Kohleausstieg bis 2025 – ist insofern aus Menschenrechtsperspektive eine Notwendigkeit. Doch auch die Situation der Beschäftigten in den Kohlerevieren darf nicht unberücksichtigt bleiben. Um den gefürchteten „Strukturbruch“ zu vermeiden, müssen zielgenaue Entschädigungen der Beschäftigten in der Kohleindustrie ebenso wie verlässliche Arbeitsplatzperspektiven zeitnah politisch konzipiert und garantiert werden. Die Erneuerbare-Energien-Branche sowie der soziale Sektor können die Jobverluste durch den Kohleausstieg mit sinnstiftenden Arbeitsplätzen (über-)kompensieren.

Eine solche Wende in der Energiepolitik könnte einhergehen mit einem zukunftsweisenden gesellschaftspolitischen Projekt. Die Positionierung der großen Parteien zum Klimaschutz erinnert hingegen an die Vergangenheit. So erklärte George Bush senior, als 1992 die UN-Klimarahmenkonvention verabschiedet wurde: „Der US-amerikanische Lebensstil ist nicht verhandelbar.“ Sein Sohn George W. Bush stoppte Jahre später die Ratifizierung des Kyoto-Protokolls durch die USA. Lässt Deutschland nun in ähnlicher Manier das Pariser Abkommen eines langsamen Todes sterben, nur um kurzfristig Besitzstände zu sichern? Starker Widerstand aus der Zivilgesellschaft ist notwendig, um das zu verhindern.

### Anmerkungen

- ▶ (1) Höhne, N. et al. (2016): Was bedeutet das Pariser Abkommen für den Klimaschutz in Deutschland? Kurztudie von NewClimate Institute im Auftrag von Greenpeace.
- ▶ (2) Matthes, F. Chr. et al. (2017): Zukunft Stromsystem – Kohleausstieg 2035. Vom Ziel her denken. Studie im Auftrag des WWF Deutschland.

Franziska Buch ist Referentin für Energie und Klima am Umweltinstitut München. Sie hat Volkswirtschaftslehre und Lateinamerikanistik studiert und arbeitet seit Jahren zu energiepolitischen Themen.



Kontakt:  
Tel. +49 (0)89 / 30774917,  
E-Mail:  
fb@umweltinstitut.org,  
www.umweltinstitut.org

Philip Bedall ist Energiereferent bei der Umweltorganisation Robin Wood in Hamburg. Der Umwelt- und Politikwissenschaftler beschäftigt sich seit mehreren Jahren mit Klima- und Energiepolitik.



Kontakt:  
Tel. +49 (0)40 / 38089221,  
E-Mail:  
philip.bedall@robinwood.de,  
www.robinwood.de

## „Das expansive Wirtschaftsmodell führt zur Verarmung der breiten Masse und nutzt den Populisten“

Am 12. Juli diskutierten über 200 TeilnehmerInnen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft bei der Konferenz „Postwachstum in Zeiten von Rechtspopulismus“, wie die Themen Wachstum und Rechtspopulismus zusammenhängen und wie eine Gesellschaft mit einem gerechteren Zukunftsmodell aussehen müsste. Darauf will die Zivile Enquete Antworten geben, sagt Hermann Ott.

**Herr Ott, wie kam es, dass sich das Netzwerk Zivile Enquete diesem Thema widmet? Beschreiben Sie uns bitte, wie Sie den Zusammenhang zwischen den Themen Rechtspopulismus und Postwachstum sehen?**

Die Zivile Enquete versteht sich als eine Plattform, um den öffentlichen Diskurs zum Thema Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität voranzubringen. Die Bundestags-Enquete gleichen Namens hatte von 2011–2013 ja genau das geboten: einen Ort, wo Expertinnen und Politiker zusammentrafen, um zu diskutieren, zu streiten und vielleicht sogar zu gemeinsamen Lösungen zu kommen. Es gibt vermutlich keine wichtigere Frage für den Fortbestand unserer Zivilisation als diejenige nach dem Verhältnis zwischen Mensch und Erde: Können wir neun oder zehn Milliarden Menschen auf einem begrenzten Planeten einen gewissen Wohlstand bieten – ohne unsere Lebensgrundlagen zu zerstören? Welches Wirtschaftssystem brauchen wir dafür? Und wie kann eine Gesellschaft organisiert sein ohne ständiges Wachstum? Darüber müssen wir reden.

**Aber was hat dieses wichtige Anliegen mit Rechtspopulismus zu tun?**

Für die meisten Menschen ist das Thema „Postwachstum“ etwas sehr Fernes, fast schon Esoterisches, worüber sich Leute Gedanken machen, die „keine anderen Sorgen haben“. Wir wollten jedoch mit dieser Konferenz zeigen, dass die Frage nach unserem Wirtschaftssystem eine direkte Verbindung zu einem der drängendsten Probleme unserer Zeit hat: dem Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen in vielen Ländern, in Osteuropa, Großbritannien, Frankreich und den USA. Es geht also darum, dieses etwas nebulöse Thema mit den ganz realen Ängsten und Sorgen unserer Zeit zu verbinden – und das ist uns auch gelungen, denke ich.

**Was waren für Sie die zentralen Ergebnisse der Konferenz?**

Das eine zentrale Ergebnis gibt es nicht. Wir hatten am Nachmittag fünf Workshops zu verschiedenen Themen und am Abend eine spannende Podiumsdiskussion. Aber lassen Sie mich ein paar Hinweise geben. Erstens, es gibt einen kausalen Zusammenhang zwischen einem expansiven Wirtschaftsmodell

und den Exzessen wirtschaftlicher Globalisierung. Das sogenannte neoliberale Modell hat nach Aussage der Jenaer Soziologin Silke van Dyk auf der Konferenz zwar die Profitraten erhöht, aber nicht wirklich zu mehr Wohlstand der breiten Masse geführt. Die Verarmung großer Teile der klassischen Industriearbeiterschaft gerade in den USA und Großbritannien hat viele menschliche und soziale Tragödien zur Folge gehabt. Doch wäre es gleichzeitig unredlich, den Rechtspopulismus nur als Reaktion der wirtschaftlich Abgehängten zu erklären. Es gibt auch eine kulturelle Erklärung, dass nämlich vielen Menschen – und da nehme ich mich nicht aus – der rasende Wandel der Lebensverhältnisse viel zu schnell geht. Die rapide Entwicklung von Technologien und kulturellen Mustern zusammen mit einer stärkeren Mobilität der Menschen verdrängt das Vertraute und macht vielfach Angst. Das wird häufig kompensiert mit simplen Erklärungen und mit Wut – und diese Wut richtet sich meistens gegen Menschen, gegen Fremde, denn die sind am sichtbarsten. Diese Ressentiments machen sich Populisten zunutze.

**Und wie kann da eine Postwachstumsgesellschaft helfen?**

Indem Wirtschaft wieder zu dem wird, was sie eigentlich sein soll: die Menschen mit Produkten und Dienstleistungen zu versorgen, die sie wirklich brauchen. Und nicht ein alles verschlingender Moloch bleibt, der im Wesentlichen die Gier der oberen zehn Prozent einer Gesellschaft befriedigt. Indem also Menschen die Fortschritte der Technologien mit neuen Lebensformen verbinden. Damit der Mensch als freiheitliches Wesen seine Wertschätzung nicht im Eigentum von Dingen suchen muss, sondern in dem, was er oder sie wirklich ist. Das klingt vielleicht ein wenig pathetisch. Aber ohne eine positive Vorstellung dessen, was wir individuell und gesellschaftlich sein wollen, werden wir keine bessere Welt bekommen.

**Zur Konferenz kamen mehr als 200 Menschen, viele Anmeldungen mussten abgelehnt werden, weil der Platz nicht ausgereicht hätte. Offenbar ein Thema, das viele umtreibt. Müssen wir mehr zu diesem Thema arbeiten?**

Absolut. Bei allen Veranstaltungen zum Thema Postwachstum ist die Bude voll. Sehr viele Menschen spüren, dass etwas nicht stimmt mit unserer Art zu leben und zu wirtschaften – und sie wollen Antworten. Die Zivile Enquete hat also noch viel vor und wir werden dieses Thema mit anderen gesellschaftlichen Diskussionen verbinden – zum Beispiel mit dem Thema eines Grundeinkommens, wie wir unsere Sozialsysteme vom Wachstum unabhängig machen können oder wie wir die richtige Balance zwischen Familie und Beruf finden. Und natürlich die Frage nach dem Ressourcenverbrauch: Können wir eine Wirtschaft erfinden, die nicht immer mehr Ressourcen und Energie braucht? Ich freue mich drauf!

► Die „Zivile Enquete Wohlstand Wachstum Lebensqualität“ ist ein Zusammenschluss von Akteuren aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft, die sich im Nachgang zur Bundestags-Enquete „Wohlstand Wachstum Lebensqualität“ (2012–2015) gegründet hat. Sie bildet ein Forum, um die in der parlamentarischen Enquete diskutierten Probleme des wachstumsfixierten Gesellschaftsmodells weiterzuarbeiten und nach Lösungen für eine vom Wachstum unabhängige, emanzipatorische Gesellschaft zu suchen.

[Interview: Theresa Klostermeyer]

**Hermann Ott ist Mitglied des Präsidiums des Deutschen Naturschutzrings und Initiator des Netzwerks „Zivile Enquete Wohlstand Wachstum Lebensqualität“.**



**Kontakt:**  
E-Mail: [hermann.ott@dnr.de](mailto:hermann.ott@dnr.de)  
[www.dnr.de](http://www.dnr.de)

## DNR INTERN

## Politik der Zukunft

## Appell an nächste Regierung


 Bundestagswahl  
 2017

■ Vor der Bundestagswahl haben der DNR, die Klima-Allianz Deutschland und die Entwicklungsorganisation VENRO die künftige Regierung aufgefordert, ihre Nachhaltigkeits-, Klimaschutz- und Entwicklungspolitik deutlich zu verbessern. Darüber diskutierten VertreterInnen der Verbände Ende Juni mit PolitikerInnen der im Bundestag vertretenen Parteien.

Der Präsident des DNR Kai Niebert betonte die notwendige Verkehrswende. Diese müsse auf umweltverträgliche Mobilität, die Abkehr vom fossilen Verbrennungsmotor und den Abbau von umweltschädlichen Subventionen wie dem Dienstwagen- oder Dieselprivileg setzen.

Um die Ziele des Pariser Klimaabkommens zu erreichen, müsse das neue Kabinett „ein Sofortprogramm auflegen, mit dem die ältesten und dreckigsten Kohlekraftwerke zügig vom Netz gehen“, forderte die Sprecherin der Klima-Allianz Viviane Raddatz.

Aus Sicht von VENRO ist es besonders wichtig, national und weltweit soziale Ungleichheit abzubauen. Neben einer nachhaltigen Art des Wirtschaftens und Konsumierens gehörten dazu etwa gesetzliche Regelungen zur menschenrechtlichen Sorgfaltspflicht von Unternehmen, sagte Bernd Bornhorst, Vorstandsvorsitzender von VENRO.

Die bei der Podiumsdiskussion anwesenden ParteienvertreterInnen Peter Altmeier (CDU), Ralf Stegner (SPD), Katja Kipping (Linke) und Anton Hofreiter (Grüne) bekräftigten die jeweiligen Positionen ihrer Parteien. Wie dann in Zukunft etwa ein sozial verträglicher Kohleausstieg umgesetzt wird, bleibt abzuwarten. [mbu]

► DNR, Präsident Dr. Kai Niebert, Tel. +49 (0)30 / 6781775-70, E-Mail: niebert@dnr.de, www.dnr.de

## Jubiläum

## 70 Jahre BBN

■ Der Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN) kann in diesem Jahr auf 70 Jahre Engagement im Berufsfeld Naturschutz und Landschaftspflege zurückblicken – und wird dies im September feiern.

Im Oktober 1947 wurde der BBN auf Schloss Burg an der Wupper gegründet – ursprünglich als Arbeitsgemeinschaft deutscher Landes- und Bezirksbeauftragter für Naturschutz und Landschaftspflege. Dabei ging es um die Professionalisierung des Verbandes bei der Wahrnehmung der Aufgaben, die das Bundesnaturschutzgesetz vorgab, die Stärkung berufsständischer und -politischer Interessen, um ein positives Image für das Berufsfeld, die Darstellung und Begründung von Qualifikationsanforderungen, den Einfluss auf entsprechende Ausbildungsinhalte und eine sinnvolle Formulierung der rechtlichen Grundlagen. Drei Jahre nach seiner eigenen Konstituierung war der BBN 1950 Mitbegründer des Umweltdachverbandes DNR.

Bei der Festveranstaltung auf Schloss Burg in Solingen am 29. September geht es nach einem Rückblick auf die Historie vor allem um die gegenwärtigen Herausforderungen für das Berufsfeld Naturschutz und Landschaftspflege und um zukünftige Perspektiven und notwendige Strategien. Zeit für lockere Gespräche wird es auch geben. [mbu]

► Bundesverband Beruflicher Naturschutz (BBN), Bonn, Tel. +49 (0)228 / 8491-3243, E-Mail: mail@bbn-online.de, www.bbn-online.de

## AUS DEN VERBÄNDEN

## Fachtagung

## Zukunft der Metropole ist grün

■ Auf der Konferenz „metropolitan open space“ im Frühjahr haben LandschaftsarchitektInnen und PlanerInnen aus neun Ländern Impulse für die grüne Stadt von morgen geliefert.

Veranstaltet wurde die Tagung von der Berliner Senatsumweltverwaltung und der IGA Berlin in Kooperation mit dem Bund deutscher Landschaftsarchitekten (bdla). Bdla-Präsident Till Rehwaldt sagte, dass der Urban Advantage, der Standortvorteil für die Attraktivität von Städten, zunehmend mit dem Green Advantage verknüpft sein werde. Erfolgreich Stadtentwicklung setze auf qualifizierte Grünräume. [mbu]

► Bund deutscher Landschaftsarchitekten (bdla), Berlin, Tel. +49 (0)30 7 2787150, E-Mail: info@bdla.de, www.bdla.de

## EHRENAMT

## Bürgerschaftliche Beteiligung

## Engagement macht stark

■ Vom 8. bis 17. September findet die 13. Woche des bürgerschaftlichen Engagements statt. Die Anmeldungen und Einträge dafür laufen bereits. Wer sich dieses Jahr in den Engagementkalender einträgt, erhält ein kostenloses digitales Jahresabonnement der Zeitschrift „enorm – Zukunft fängt bei Dir an“. Nach der Anmeldung lässt sich die App herunterladen und man kann loslesen. Das Abonnement muss nicht gekündigt werden und es gibt auch kein Kleingedrucktes.

Mitmachen lohnt sich sowieso. Denn durch die Aktionswoche werden der Wert und die Vielfalt jeglichen Engagements ins Rampenlicht gerückt. Der Einsatz der vielen Freiwilligen, der oft im Verborgenen geschieht, wird hervorgehoben, gewürdigt und wertgeschätzt.

Bei der Auftaktveranstaltung am 8. September in Berlin werden die Bundesratspräsidentin Malu Dreyer und Bundesfamilienministerin Katarina Barley anwesend sein. Auf dem Programm steht unter anderem ein bunter Engagementmarkt. Dort haben die TeilnehmerInnen und die EngagementbotschafterInnen Gelegenheit, sich auszutauschen und ihr Engagementnetzwerk auszubauen. [mbu]

- ▶ [www.engagement-macht-stark.de](http://www.engagement-macht-stark.de).
- ▶ [www.engagement-macht-stark.de/engagementkalender](http://www.engagement-macht-stark.de/engagementkalender)
- ▶ [www.engagement-macht-stark.de/aktionswoche/auftaktveranstaltung-2017](http://www.engagement-macht-stark.de/aktionswoche/auftaktveranstaltung-2017)

#### Transitioninitiative

### Burnout von Mensch und Erde

■ Am 6. Oktober findet in München im Rahmen des Klimaherbstes eine Tagung zum Thema „Burnout von Mensch und Erde – Wie Psychologie und Psychotherapie beiden helfen können“ statt. Veranstalter sind die Initiative Trudering im Wandel und der Verein für Nachhaltigkeit in Zusammenarbeit mit der Münchner Arbeitsgemeinschaft für Psychoanalyse (MAP).

Vor dem Hintergrund, dass Änderungen menschlichen Verhaltens trotz vielfältiger Aufklärung über die Umweltkrise äußerst schwerfallen, werden psychologische Aspekte zunehmender Burnoutscheinungen und fortschreitender Umweltzerstörung sowie Zusammenhänge zwischen beiden diskutiert. Auch Wege vom Wissen zum Handeln sollen erörtert werden. [red]

- ▶ Infos und Anmeldung:  
[www.truderingimwandel.de/burnout-von-mensch-und-erde/](http://www.truderingimwandel.de/burnout-von-mensch-und-erde/)

#### PREISE & AUSSCHREIBUNGEN

### Deutscher Landschaftspflegepreis 2017

#### Leistungen für Kulturlandschaften ausgezeichnet

■ Im Juli hat der Deutsche Landschaftspflegeverband (DVL) seine diesjährigen Preise vergeben. Der erste Preis in der Kategorie „Innovative Projekte“ geht an ein Gemeinschaftsprojekt der vier Landschaftspflegeverbände Amberg-Sulzbach, Neumarkt, Regensburg und Schwandorf für das Projekt „Biodiversitätsprojekt Juradistel – Biologische Vielfalt im Oberpfälzer Jura“. Den zweiten Preis erhält der Verein Sächsische Schweiz-Ostgebirge, der mit dem Projekt „Goldmarie sucht Eremit & Co“ punkten konnte.

Das Wirken von Rudolf Sirch und Gerhard Süßmaier, Landwirte des LPV Augsburg, würdigt der DVL mit dem ersten Preis in der Kategorie „Engagierte Personen“. Den zweiten Preis erhält Heinrich Faatz aus dem Landkreis Bamberg. In der Kategorie „Private Förderer von Naturschutz und Landschaftspflegeprojekten“ ehrt der DVL den Einsatz von Josef Homeier und Konrad Seilbeck aus dem Wasserwirtschaftsamt Regensburg mit einem undotierten Sonderpreis.

Jürgen Huber, Bürgermeister der Stadt Regensburg, und Josef Göppel, Vorsitzender des Deutschen Verbandes für Landschaftspflege, übergaben die Preise im Juli in Regensburg. Der Deutsche Landschaftspflegepreis wird seit 2005 jährlich vergeben. Der DVL lobt den Landschaftspflegepreis für herausragende Projekte sowie außerordentliches Engagement von Privatpersonen und Unternehmen aus.

- ▶ [www.lpv.de](http://www.lpv.de)

#### SDW-Fotowettbewerbe

### „Mein Freund der Baum“ und „Deutsche Alleenstraße“

■ Die Natur hat viele Schönheiten zu bieten. Einige muss man selbst erleben, andere kann man bewahren und teilen. Ab sofort sind alle Naturliebhaber und Fotografen herzlich eingeladen, an den Fotowettbewerben der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) teilzunehmen. Teilnehmen kann man zwei Kategorien, der für Berufs- und Amateurfotografen und der für Jugendliche ab 14 Jahre. Einsendeschluss für beide Wettbewerbe ist der 31. Dezember 2017. [mbu]

- ▶ [www.fotowettbewerb.sdw.de](http://www.fotowettbewerb.sdw.de)

# U M U N D U

Unsere Zukunft  
in einer  
geteilten Welt

# RECHT- TUM

## 20. bis 28. Oktober 2017

Festival für nachhaltige Entwicklung

Vorträge | Workshops | Filme  
Diskussionen | Lesungen  
Stadtführungen

[www.umundu.de](http://www.umundu.de)  
#umundu2017

**UMUNDU  
FESTIVAL  
DRESDEN**

## TERMINE

## AUGUST

05.–11.08., Sehlis (D)  
**Ackern für die Zukunft.  
 Lokale Landwirtschaft  
 und globale Ernäh-  
 rungssouveränität.**  
 Seminarwoche

► Konzeptwerk Neue Ökonomie, Leipzig, Tel. +49 (0)341 / 39281686, E-Mail: info@knoe.org, www.konzeptwerk-neue-oekonomie.org/ackern

14.–18.08., Bonn (D)

**Alternativen leben. Seminar**

► BUNDjugend NRW, Soest, Tel. +49 (0)2921 / 3364-0, E-Mail: info@bundjugend-nrw.de, www.bundjugend-nrw.de/termin/alternativen-leben

26.–27.08., Berlin (D)

**Tag der offenen Tür der Bundesregierung**

► Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit u. a. Bundesbehörden, BMUB-Gebäude Stresemannstraße 128–130, Berlin, www.bmub.bund.de/E550/

30.08.–04.09., Lutherstadt Wittenberg (D)

**Reformation 2017 – Themenwoche Bewahrung und Schöpfung**

► Reformationsjubiläum e.V., Tel. +49 (0)3491 / 6434-700, E-Mail: info@r2017.org, https://r2017.org/weltausstellung/programm/kalender#15

## SEPTEMBER

07.–08.09., Essen (D)

**Konferenz „Baden in der Stadt“**

► EWA – European Water Association e.V, Hennef, Tel. +49 (0)2242 / 8721-89, Fax -35, E-Mail: info@ewa-online.eu, www.essen.de/veranstaltungen\_4/veranstaltungendetail\_1035440.de.jsp

07.–10.09., Dortmund (D)

**Fair Friends. Messe für nachhaltige Lebensstile, fairen Handel und gesellschaftliche Verantwortung**

► Fair Friends, Messe Westfalenhallen Dortmund GmbH, Tel. +49 (0)231 / 1204-0, Fax -678, www.fair-friends.de/kontakt.html

08.09., Rostock (D)

**Müll im Meer – Neue Handlungsfelder**

► Leibniz-Institut für Ostseeforschung Warnemünde, Rostock, Tel. +49 (0)381 / 519-0, www.lung.mv-regierung.de/dateien/landeslehrst\_46.pdf

08.09., Berlin (D)

**Innovation in der Landwirtschaft – Wie soll die Landwirtschaft in Zukunft aussehen?**

► Euractiv Germany, Berlin, Anmeldeformular: www.kurzlink.de/euractiv080917, http://events.euractiv.com

08.–10.09., Tutzing (D)

**Jung – und politisch?**

► Evangelische Akademie Tutzing, Maria Wolff, Tel. +49 (0)8158 / 251-123, E-Mail: wolff@ev-akademie-tutzing.de, www.ev-akademie-tutzing.de/veranstaltung/jung-und-politisch??

14.09., Berlin (D)

**BilRes-Netzwerkkonferenz**

**Bildung:Ressourcen:Garten:Landschaft**

► VDI Zentrum Ressourceneffizienz, Faktor 10 – Institut für nachhaltiges Wirtschaften, IZT – Institut für Zukunftsstudien Technologiebewertung, Alexandra Hahn, Tel. +49 (0)6031 / 791137, E-Mail: info@bilress.de, www.bilress.de

21.–22.09., Kassel

**Bundesfachtagung Naturschutzrecht 2017:**

**Naturschutzrecht und Städtebaurecht**

► BBN-Geschäftsstelle, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 8491-3244, Fax -9999, E-Mail: mail@bbn-online.de, www.bbn-online.de/start (Anm. bis 04.09.)

23.–27.09., Berlin (D)

**WWF 2°Changemaker-Seminar für Jugendliche**

► WWF Deutschland, Ivonne Dröbler, Berlin, E-Mail: changemaker@wwf.de, www.wwf-jugend.de/pages/2-grad-changemaker (Anm. bis 23.08.)

26.–28.09. Greifswald (D)

**Konferenzwoche RRR2017: Erneuerbare**

**Ressourcen von wiedervernässten Mooren**

► Universität Greifswald, Institut für Botanik und Landschaftsökologie, Hans Joosten, Greifswald, Tel. +49 (0)3834 / 864177, E-Mail: info@rrr2017.com, www.paludiculture.uni-greifswald.de/de/projekte/rrr2017/rrr2017.php

29.09., Solingen (D)

**70 Jahre Bundesverband Beruflicher Naturschutz**

► BBN-Geschäftsstelle, Bonn, Tel. +49 (0)228 / 84913244, E-Mail: mail@bbn-online.de, www.bbn-online.de

Weitere Termine: [www.dnr.de/termine](http://www.dnr.de/termine)

## Impressum

umwelt aktuell August/September 2017

ISSN 1865-3901

**Herausgeber:** Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

**Verlag:** oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

**Chefredaktion:** Helga Inden-Heinrich [hnh] (gesamtverantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Juliane Grüning [jg], Antje Mensen [am], Lavinia Roveran [lr], Elena Schäggen [es], Ann Wehmeyer [aw]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Max Ferber [mf], Cedric Hörder [ch], EU-Umweltbüro des Umweltschutzverbandes [UWD].

**Kontakt/Probehefte:** Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

**Schlusskorrektur:** Gotlind Blechschmidt, Augsburg. **Fotos:** DLR (Titel), S. 23 © Frank Bruederli. **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Kessler Druck + Medien GmbH & Co. KG, D-86399 Bobingen. Gedruckt auf 100% FSC-Recyclingpapier, Circooffset White, von Arjowiggins/Igepa group, zertifiziert mit dem Blauen Engel (RAL-UZ 14).

**Erscheinungsweise:** monatlich am Monatsanfang  
**Redaktionsschluss:** 10. des vorhergehenden Monats

**Abonnements/Bestellungen/Probeabos:** InTime Media Services GmbH, D-82034 Deisenhofen, Tel. +49 (0)89 / 85853-570, Fax -62570, E-Mail: oekom@intime-media-services.de, www.oekom.de

**Anzeigen:** oekom verlag, Janine Gaumer, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

